

EINZIGES PRIVILEG – VERANTWORTUNG

"Er ist einfach wie die Wahrheit" — das sagte der russische Arbeiter Dmitri Pawlow von Lenin.

Einfach wie die Wahrheit. So sahen ihn die arbeitenden Menschen, die ihn gut kannten und sehr liebten. Gäste aus dem Ausland erblickten in ihm einen ehrlichen, aufrichtigen und konsequen-ten Politiker und Staatsmann.

Jedes Posieren und jeder Dünkel waren ihm fremd. Das sind sie auch denen, die jetzt Lenins Werk weiterführen. Der Frieden und die Sicherheit der Völker sind eine viel zu ernste Angelegenheit, als daß man mit ihnen ein unverantwortliches Spiel treiben könnte. Unsere Partei und unser Staat sind in ihrer Innen- und Außenpolitik offen, ehrlich und konsequent.

Die Sowjetrepublik entstand mit dem Wort "Frieden" auf den Lippen. Lenin formulierte die Prinzipien der friedlichen Koexistenz und erleichterte der Menschheit damit die Suche nach einem friedlichen Ausweg aus der Sackgasse, in die sie vom Imperialismus gedrängt worden war. Aus dem von Lenin unterzeichneten Dekret über den Frieden ist unser jetziges Friedensprogramm hervorgegangen, das dem Sinnen und Trachten des Sowjetvolks und aller Völker der Welt entspricht.

Nicht wir sind schuld daran, daß die Erde jetzt wieder wie vom Fieber geschüttelt wird und daß sich der Himmel über Europa, das ein Kontinent festen Friedens und ersprießlicher Zusammenarbeit sein könnte, mit Wolken bezieht. Die Kräfte des Imperialismus, allen voran die USA, suchen die Völker zur Feindschaft und Konfrontation zu drängen. Gerade Washington will aus Westeuropa ein nukleares Pulverfaß machen. Unseren Lesern sind die neuesten Friedensinitiativen der UdSSR sehr wohl bekannt. Wir kämpfen weiter für Entspannung, für Abrüstung und Bannung der Kernkriegsgefahr. Aber wir sagen offen und ehrlich: Washingtons Versuche, eine militärische Überlegenheit über uns zu erlangen, sind sinn- und zwecklos. Die UdSSR wird ihre Lebensinteressen immer zu wahren wissen.

Unsere feste Haltung hat nichts mit der Aggressivität zu tun, die uns unsere Widersacher

in den USA und den anderen NATO-Staaten zuschreiben, womit sie uneingeweihte Menschen täuschen wollen. Die UdSSR ist dafür, die internationalen Gegensätze friedlich aus der Welt zu schaffen. Wir lehnen die These vom "Export der Revolution" grundsätzlich ab. Jetzt ist eine militärische Parität mit dem Imperialismus erzielt, und die UdSSR hat nicht die Absicht, sich eine Überlegenheit zu verschaffen.

Davon zeugen unsere Friedensinitiativen wie auch die Innenpolitik der KPdSU und des Sowjetstaates. Man braucht kein Militärstrategie zu sein, um zu verstehen, daß ein Land, in dem man vorrangig an die wirtschaftliche und soziale Entwicklung denkt, an einem festen Frieden interessiert ist. Die Menschen sind mit friedlichen Angelegenheiten beschäftigt.

In den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts sehen sich unsere Partei und unser Volk vor große Aufgaben gestellt. Juri Andropow sagte: "In einem Komplex zusammengefaßt, laufen diese Aufgaben auf das hinaus, was als die Ver vollkommenung des entwickelten Sozialismus bezeichnet werden könnte, mit der der schrittweise Übergang zum Kommunismus einhergehen wird. Unser Land steht am Anfang dieser langen geschichtlichen Etappe." Ohne das in den verschiedenen Lebensbereichen Geleistete zu idealisieren, ist das Sowjetvolk mit Recht auf die großartigen Leistungen seines Heimatlandes stolz.

Bald begehen wir den 80. Jahrestag des 11. Parteitags der SDAPR, auf dem die bolschewistische Partei gegründet wurde. Damals, zu Beginn des Jahrhunderts, schrieb Lenin über die Kommunisten: "Wir schreiten als eng geschlossenes Häuflein, uns fest an den Händen haltend, auf steilem und mühevollm Wege dahin." Heute, am Geburtstag des Gründers der Kommunistischen Partei, ist es besonders angebracht, daran zu erinnern, daß die KPdSU die Regierungspartei eines großen Landes ist und jetzt über 18 Millionen Mitglieder zählt.

Lenin und seine Kampfgefährten und Gleichgesinnten sahen es als ihre einzige Auszeichnung an, sich revolutionäre Marxisten nennen zu dürfen. Wir gedenken voll Dankbarkeit derer, die für den Sieg der Freiheit, Wahrheit und Gerechtigkeit, für die Zukunft ihres Heimatlandes ins Zuchthaus und auf die Barrikaden gingen und Panzer bestiegen. Die Kommunisten kennen kein wirksameres Mittel zur Beeinflussung der Menschen als das eigene Vorbild. Es ist das einzige Vorrecht des Kommunisten, eine größere Verantwortung für alles Geschehen im Land, für das Fortschreiten des sozialistischen Aufbaus und den sozialen Fortschritt zu tragen.

Eine Lösung des ZK der KPdSU zum 1. Mai 1983 lautet: "Die Einheit von Partei und Volk, die Treue zum Vermächtnis des großen Lenin sind ein Unterpfand aller unserer Siegel"

NEUE ZEIT

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Nr. 17 APRIL 1983

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FJODOROW

Redaktionskollegium: L. BESYMENTSKI, S. GOLJAKOW (Stellv. Chefredakteur), A. PIN, B. PISTSCHIK (Stellv. Chefredakteur), W. RUBZOW, W. SCHELEPIN (Verantw. Sekretär), I. TROFIMOWA, V. TSCHERNJAWSKI (Stellv. Chefredakteur für die fremdsprachigen Ausgaben), M. TSCHERNOUSSOW, D. WOLSKI

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. KRESTJANINOW

IN DIESEM HEFT:

| | |
|--|----|
| Einziges Privileg — Verantwortung | 1 |
| L. Medwedko — Eingreiftruppe — Wegbereiter des Krieges | 5 |
| A. Stepanow — Afghanistan. Frühling in Herat | 7 |
| L. Makarow — Empörung und Unverständnis | 9 |
| A. Baryschew — Mittelamerika. Fackelträger im Pulverkeller | 10 |
| W. Godynä — Schlüssel zur Stabilisierung | 10 |
| A. Tolpegin — Preis des Vertrauens | 11 |
| W. Boikow — Niederlande. Schlacht gegen Raketen | 12 |
| B. Slawin — Dem Frieden eine Chance | 12 |
| W. Joumblatt — Der Aggressor muß gehen (Interview) | 14 |
| D. Sgerski — Keine Verjährung! | 14 |
| D. Wolski — Getarnte Erpressung | 15 |
| Notizen ♦ Glossen | 16 |
| B. Koslow — Transeuropa-Express | 18 |
| W. Pawlow — BRD. Der Bundeswehr-Rebell | 20 |
| F. Gorjunow — Business as usual | 22 |
| A. Dolgow — Südliches Afrika. Auf Biegen und Brechen | 24 |
| J. Gudkow — Verseuchtes Amerika | 26 |
| W. Pochwalin — General der freien Menschen (Das politische Buch) | 28 |
| Diskussion mit dem Leser | 31 |
| PS | 32 |



Die USA dehnen ihre militaristischen Aktivitäten bereits auf große Regionen des Erdalls aus. Im Rahmen dieser Politik wurde in den USA Anfang d. J. das Central Command (Centcom) gebildet, dem die Eingreiftruppe unterstellt ist.

Titelgestaltung: A. Garanin

Gestaltung: A. Garanin

Verlag der Zeitung „Trud“, Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer und tschechischer Sprache

ANSCHRIFT DER REDAKTION: UdSSR, 103782 GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja Plotschadj. Rufnummern: 229-88-72, 209-07-67 [Auskünfte]. Telex: 411164a NEWT SU, 411164b NEWT SU, 411164c NEWT SU. Telegrammadresse: Neue Zeit, Puschkinskaja Plotschadj, Moskau.

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics

Am 15. April veröffentlichte die sowjetische Presse eine Mitteilung über eine Sitzung des Politbüros des ZK der KPdSU. Das Politbüro nahm eine Information über die Prager Tagung des Außenministerkomitees der Warschauer Vertragsstaaten entgegen; ferner billigte es die Ergebnisse der Unterredungen Nikolai Tichonows und Andrej Gromykos mit einer Regierungsdelegation Finnlands sowie die Unterredung einer Regierungsdelegation der UdSSR unter Grigori Romanow mit führenden finnischen Politikern. Die Delegationen weilten in der UdSSR bzw. in Finnland anlässlich des 35. Jahrestages des sowjetisch-finnischen Vertrags über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe. Entgegengenommen wurde eine Information Dmitri Ustinows über den DDR-Besuch einer sowjetischen Militärdelegation; seine Gespräche mit führenden Politikern der DDR wurden genehmigt. Die Sitzung erörterte andere außenpolitische sowie volkswirtschaftliche Fragen. Die Vorschläge des Ministerrates der UdSSR über die Senkung der staatlichen Einzelhandelspreise für einige Konsumgüter wurden genehmigt.

Am 16. April fand in der UdSSR anlässlich des 113. Geburtstages Lenins der traditionelle kommunistische Subbotnik statt.

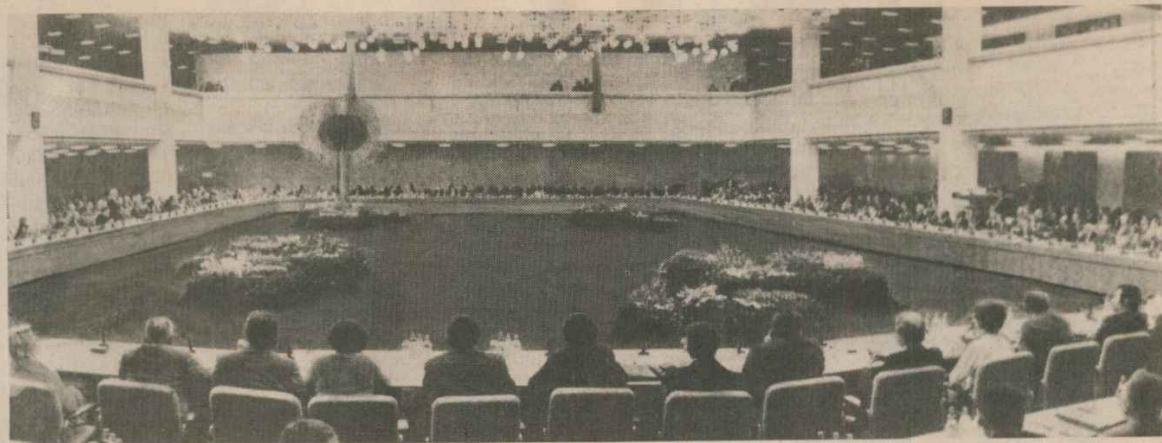
Am 17. April brachte die sowjetische Presse die Aufrufe des ZK der KPdSU zum 1. Mai 1983, dem Tag der internationalen Solidarität der Werktätigen.

Am 17. April beging das syrische Volk seinen Nationalfeiertag, den 37. Jahrestag des Abzugs fremder Truppen. Das ZK der KPdSU und das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR richteten eine Grüßbotschaft an den Generalsekretär der Partei der Arabischen Sozialistischen Wiedergeburt und Präsidenten Syriens Hafez Assad. Der Ministerrat der UdSSR sandte ein Grüßtelegramm an den Vorsitzenden des Ministerrates Syriens Abdel Rauf al-Kasm.

Am 19. April beging die Sozialistische Partei Chiles ihren 50. Gründungstag. Das ZK der KPdSU richtete ein Grüßschreiben an das ZK der Partei.

Am 15. April empfing Andrej Gromyko den Botschafter Indiens V. K. Ahuja, der ein Schreiben Indira Gandhis an Juri Andropow überreichte.

Am 15. April traf sich Andrej Gromyko mit Maurice Bishop, Vorsitzender des Politbüros des ZK der Neuen JEWEL-Bewegung



Vom 11. bis zum 16. April fand in Berlin die Internationale Wissenschaftliche Konferenz "Karl Marx und unsere Zeit — der Kampf um Frieden und sozialen Fortschritt" statt. [Leiter der KPdSU-Delegation war Grigori Romanow]. Unsere Bild: Im Konferenzsaal

Aus: "Neues Deutschland" (DDR)

und Ministerpräsident der Revolutionären Volksregierung Grenadas. Beim Gespräch wurde besonders die gefährliche Entwicklung in Mittelamerika und der Karibik, wo die USA haräckig ihre hegemonistische Politik betreiben, betont. Die Umrübe des Imperialismus gegen Grenada, Nicaragua und andere Länder wurden kategorisch verurteilt. Andrej Gromyko bekundete die Solidarität des Sowjetvolkes mit dem Volk von Grenada, das seine Freiheit und Unabhängigkeit behauptet.

Am 15. April traf sich Michail Solomenzew, Kandidat des Politbüros des ZK der KPdSU und Vorsitzender des Ministerrates der RSFSR, mit dem britischen Ex-Premierminister Harold Wilson, Vorsitzender der Gesellschaft "Großbritannien-UdSSR", und den Mitgliedern einer vom ihm geführten Delegation der Gesellschaft. Michail Solomenzew betonte die Wichtigkeit der Zusammenarbeit verschiedener Länder, darunter ihrer Öffentlichkeit, für die Entspannung der Weltlage und die Bannung der Kriegsgefahr. Von großer Bedeutung wäre daher der Ausbau der sowjetisch-britischen Beziehungen auf gesunder Grundlage. Harold Wilson und die Delegationsmitglieder sprachen sich für eine Politik des Dialogs, die in den internationalen Beziehungen die Polemik ablösen müsse, und für die Förderung der traditionellen vielseitigen Kontakte zwischen ihrem Land und der UdSSR aus.

Am 18. April begann in Moskau die 10. Tagung der sowjetisch-norwegischen Regierungskommission für wirtschaftliche, industrielle und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit. Nikolai

Tichonow richtete ein Grußschreiben an die Tagungsteilnehmer.

Am 14. April tagte in Havanna die sowjetisch-kubanische Regierungskommission für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zum 13. Male.

Vom 10. bis zum 14. April befand sich eine Mission des UNO-Rates für Namibia unter dem stellvertretenden Ratsvorsitzenden Ignaz Golob, Ständiger UNO-Vertreter Jugoslawiens, in der UdSSR. Der Mission gehörten Vertreter von Bangladesch, Sambia, der UdSSR sowie der SWAPO (Volksorganisation Südwestafrikas) an. Bei Gesprächen mit sowjetischen Staatsmännern und Vertretern der Öffentlichkeit wurden Meinungen über die baldmöglichste Gewährung der Unabhängigkeit an Namibia ausgetauscht. Beide Seiten brachten ihre volle Unterstützung für den nationalen Befreiungskampf des Volkes Namibias unter Führung der SWAPO, seiner einzigen wahren Vertreterin, zum Ausdruck und bekräftigten das Recht des namibischen Volkes auf die Anwendung aller, auch bewaffneter Formen des Unabhängigkeitskampfes.

Vom 13. bis zum 15. April fand in Nikosia die 35. Tagung des WGB-Generalrates statt. Vertreten waren Gewerkschaften von 90 Ländern. Leiter der sowjetischen Delegation war WZSPS-Vorsitzender Stepan Schalajew. Die Tagung erörterte die Teilnahme des WGB am Kampf für Frieden und sozialen Fortschritt und billigte ein Aktionsprogramm des WGB für 1983–1985.

Der Verband der Gesellschaften vom Roten Kreuz und Roten Halbmond der UdSSR spendete, geleitet von den Prinzipien des Humanismus und als Ausdruck seiner Anteilnahme für das iranische Volk anlässlich eines starken Erdbebens, Medikamente, Verbandsmittel, Decken, Zelte, Klappbetten und Kindernahrung.

Am 12. April konferierten in Phnom Penh die Außenminister von Kampuchea, Vietnam und Laos. Wie es im Abschlußkommuniqué heißt, soll ein weiteres Kontingent der vietnamesischen Freiwilligentruppen aus Kampuchea im Mai 1983 abgezogen werden (S.10).

Der Vietnamesischen Nachrichtenagentur zufolge beschoss die chinesische Artillerie am 16. April verstärkt einige Grenzgebiete der vietnamesischen Provinzen Cao Bang, Lang Son und Ha Tuyen. Ein Sprecher des Außenministeriums der SRV wies Chinas Behauptungen, die chinesischen Behörden hätten "Gegenmaßnahmen" gegen vietnamesische "Provokationen" an der Grenze ergriffen, zurück. Am 17. April beschoss die chinesische Artillerie die Grenzgebiete der Provinzen Ha Tuyen, Lai Chau und Hoang Lien Son. Im Kreis Muong Khuong wurde ein starkbesuchter Markt beschossen, wobei 16 Personen, hauptsächlich Frauen und Kinder, ums Leben kamen. Wie die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua meldete, eröffneten Artillerieverbände Chinas am 16. April Feuer auf vietnamesische Truppen; Xinhua nennt diese Handlungen "Gegenfeuerschläge".

Am 11. und 12. April fand in Brüssel ein Treffen der Oberbürgermeister und Gemeinderäte jener westeuropäischen Städte statt, die ihr Territorium zur kernwaffenfreien Zone proklamiert haben (S. 12).

Am 11. April begann in New York die nächste Tagung des UNO-Sonderausschusses für den Indischen Ozean.



Während der Ostermarsche in der BRD gegen die Stationierung neuer US-Raketen blockierten Hunderte Friedenskämpfer in Neu-Ulm, einem vorgesehenen Pershing-2-Stützpunkt, die Zufahrtsstraßen zur US-Militärbasis. Die Polizei trieb die Manifestanten mit Tränengas und Knüppeln auseinander. Einige von ihnen wurden verwundet. AP/TASS-Bild: Bei der Auflösung der Manifestation

Am 16. und 17. April fand in Athen auf AAPSO-Initiative eine internationale Konferenz der Solidarität mit dem palästinensischen und dem libanesischen Volk statt (S.14).

Das äthiopische Außenministerium verbreitete eine Erklärung, in der es Somalia der Vorbereitung einer weiteren Aggression gegen Äthiopien beschuldigt. In Somalia sei eine Masseneinberufung zur Armee bekanntgegeben worden, es entstünden interventionistische Truppen, aus den USA trafen große Waffenpartien im Lande ein.

Laut Radio Teheran verloren die iranischen Truppen bei den am 11. April begonnenen aktiven Kampfhandlungen an der iranisch-irakischen Front bei Khuzistan mehr als 8500 an Toten und Verwundeten und 350 an Gefangenen; es wurden 98 irakische Panzer vernichtet und 5 Hubschrauber abgeschossen, die Truppen des Gegners aus einem Territorium von 150 qkm verdrängt. In einem Kommuniqué des militärischen Oberkommandos Iraks heißt es, seine Truppen hätten die Offensive des Gegners zum Stehen gebracht. Bei den Gefechten am südlichen Frontabschnitt, im Raum der irakischen Provinz Maysan, seien 4650 iranische Soldaten getötet und viele andere verwundet worden. An einem anderen Abschnitt seien über 9830 iranische Soldaten und Offiziere getötet, ferner 17 Panzer, 14 SPW, 12 Militärfahrzeuge und 2 Raketenstartrampen des Gegners vernichtet sowie ein Kriegsschiff versenkt worden.

Am 18. April kam es in der US-Botschaft in Beirut zu einer starken Explosion. Das Gebäude ist teilweise zerstört. Nach vorläufigen Angaben fanden etwa 40 Personen den Tod, weitere mehr als 100 wurden verletzt. Die Organisation Al-Djihad al-Islami ("Heiliger Islamkrieg") hat die Verantwortung für diesen Terrorakt auf sich genommen.

Am 14. und 15. April stattete BRD-Bundeskanzler Helmut Kohl den USA einen Besuch ab (S. 11).

Am 17. April brachte Indien einen künstlichen Erdsatelliten RS-D-2 (Rohini-Serie) mit einer indischen vierstufigen Trägerrakete auf eine Erdumlaufbahn.

FÜR FRIEDEN UND LEBEN

In Moskau fand eine erweiterte Sitzung des Präsidiums des Sowjetischen Friedenskomitees statt. Anwesend waren die Vorsitzenden der Friedenskomitees der Unionsrepubliken, Regionen, Gebiete, Großstädte der UdSSR, Vertreter anderer Massenorganisationen.

Der Vorsitzende des Sowjetischen Friedenskomitees Juri Shukow berichtete über die in der UdSSR einsetzenden Massenaktionen im Rahmen der von der UNO proklamierten weltweiten Abrüstungskampagne. Zur Erörterung stand die Vorbereitung der sowjetischen Öffentlichkeit auf die Weltassembly "Für Frieden und Leben, gegen einen Nuklearkrieg", die im Juni nach Prag einberufen wird.

Das Präsidium des Sowjetischen Friedenskomitees nahm eine Resolution an, die alle, die sich gegen die nukleare Gefahr auflehnen, zu einem offenen, freundschaftlichen Dialog aufruft.

J. LWOW

Aus welchem Grund richtet man auf die Sowjetunion die "Euroraketen" und fordert sie auf, auf die Festigung der eigenen Verteidigung zu verzichten? Zynisch erhoffen sich die USA, die europäischen Völker würden sich in einer Nuklearkatastrophe umbringen lassen. Diese Herrschäften haben wohl die Lehren des zweiten Weltkrieges vergessen. Die Werktafeln sind nicht so dumm, sich einem von den USA provozierten Gegenschlag der Sowjetunion aussetzen zu lassen. Ich bin sicher, daß die Nuklearkatastrophe durch den Widerstand der Volksmassen vermieden werden kann.

Marcel QUERIN

Beziers, Frankreich

Wenn ich die Fotos der Arbeitslosen in den kapitalistischen Ländern anschau, empfinde ich tiefes Mitleid mit diesen Leuten, die sich vom Leben nicht mehr viel versprechen können und ihre Zeit in langen Schlangen an Arbeitsämtern vergeuden müssen. Der Staat und die Gesellschaft brauchen diese Leute nicht mehr. Wir haben uns auch einmal notdürftig ernährt, aber damals wütete der Krieg. In den USA gibt es keinen Krieg, aber Millionen von Amerikanern fristen ein elendes Dasein, sind der elementarsten Menschenrechte, insbesondere des wichtigsten Rechts auf Arbeit, beraubt!

M.P.SHADANOWA
Gebiet Sachalin, UdSSR

Uns, den Einwohnern der kapitalistischen Länder, werden von der bürgerlichen Propaganda ständig zwei Mythen eingetrichtert. Der erste Mythos heißt die "sowjetische Bedrohung", und im zweiten geht es um die "Unvoreingenommenheit" und die "Freiheit" der bürgerlichen Massenmedien. Mit der wirklichen Sachlage hat das aber nichts gemein. Unsere Regierung ist sich darüber im klaren, und eben deswegen schafft sie so viele Hindernisse auf dem Wege zur Wahrheit, die die beiden Mythen widerlegt. Von dieser Erwägung ließ sie sich beispielsweise beim Boykott der Moskauer Olympiade leiten.

Dennis MILNER
Newbury, Großbritannien

EINGREIFTRUPPE - WEGBEREITER DES KRIEGES

Leonid MEDWEDKO

Unweit des internationalen Flughafens von Beirut, auf dem Ouzai-Strand, sind amerikanische Marines einquartiert. Das ist einer der Verbände, die zwei Namen haben. In Libanon nennen sie sich US-Kontingent der "internationalen Friedenskräfte". Ebenso heißt das US-Kontingent auf Sinai. In Washington aber nennt man beide Verbände Vorausabteilungen der amerikanischen "schnellen Eingreiftruppe" (RDF). In einem für den Kongress bestimmten Bericht US-Verteidigungsminister Weinbergers über das Militärprogramm 1984–1988 wird ohne weiteres zugegeben, daß das Pentagon die RDF-Einheiten als Bestandteil der "internationalen Sicherheitsstreitkräfte" in Libanon bereits aktiviert hat.

Aufmarschgebiet am Strand

Ihrem Gefechtaufbau nach sind die beiden Einheiten eher Landungstruppen, die die Aufmarschgebiete an der libanesischen Mittelmeerküste halten. Den Dienst ausübende Soldaten stehen mit dem Gesicht zum Meer und mit dem Rücken zur halbzerstörten Stadt, als wollten sie ihre absolute Gleichgültigkeit gegen alles demonstrieren, was im leidgeprüften Libanon geschieht. Neben den US-Marines sind dort auch Truppenkontingente der NATO-Länder Großbritannien, Italien und Frankreich disloziert und behaupten ihre "Aufmarschgebiete". Sie landen nicht zum erstenmal am Strand von Beirut.

Im Sommer 1982, als es Bomben und Geschosse auf Westbeirut hagelte, schufen US-Diplomaten dem israelischen Militärklüngel die günstigsten Bedingungen für die Massenmorde unter der Zivilbevölkerung der Hauptstadt und der palästinensischen Lager. In jenen Tagen gab die "New York Times" zu, daß die damals dort erstmals eingeführten "internationalen Kräfte" im Grunde die Handlungen gegen die Palästinenser und die national-patriotischen Kräfte Libanons deckten. Die Verantwortung für das Massaker in den Flüchtlingslagern Sabra und Chatila teilen mit Israel und den USA bis zu

einem gewissen Grade auch jene NATO-Länder, die in den "internationalen Kräften" vertreten sind. Nach Vereinbarung mit Washington und Tel Aviv zogen sie ihre Kontingente sogar zeitweilig aus Beirut ab, wie eigens dazu, bei den blutigen Untaten nicht zu stören. Kurz, diese Kräfte gewährleisteten die Sicherheit nicht der zivilen Bevölkerung Beiruts, sondern der Interventen.

Nachdem die schwarze Tat verübt worden war, kehrten die "internationalen Kräfte" nach Beirut zurück. Nun schalten und walten sie nicht nur in der Hauptstadt und Umgebung, sondern auch in anderen Landesteilen. Sie zählen jetzt beinahe 5000 Mann.

Unter Berufung auf Erklärungen von Pentagon-Sprechern sagt die amerikanische Fernsehgesellschaft CBS voraus, daß der Abschluß des Abkommens über den Abzug fremder Truppen aus Libanon zur Erhöhung der zahlenmäßigen Stärke der "internationalen Kräfte" (der Truppen der NATO-Länder) auf 50 000, darunter des US-Kontingents auf 10 000 Mann, führen könne. Präsident Reagan gab zu verstehen, daß US-Truppen nicht nur bei Beirut stationiert werden sollten, sondern auch in Südlibanon, dies vor allem, um "die Sicherheit der Grenzen Israels zu garantieren". Anders gesagt, handelt es sich um die Bereitschaft der USA und einiger NATO-Länder, die israelischen Okkupationstruppen in Libanon durch eigene zu ersetzen. Als Grund wird ebenfalls die Notwendigkeit angegeben, Israels "Sicherheit" zu gewährleisten. Die USA sind bereit, die Israelis durch eigenes Personal auch auf einigen Radarstationen zu ersetzen, die in Libanon zur Überwachung der angrenzenden Länder bestehen. Die vorgespiegelten Differenzen zwischen Tel Aviv und Washington über Fragen der Wartung der Stationen oder über die Breite des Streifens zur Unterbringung des US-Kontingents sind nur ein Trick, der kaum jemanden irreführen kann.

Test der Aggressionsstrategie

Aufgrund von Weinbergers erwähntem Bericht erließ das Pentagon eine "Verteidigungsdirektive für die

Finanzjahre 1984–1988". Darin wird bestätigt, daß die Einheiten der US-Marineinfanterie in Libanon ein Bestandteil nicht nur der "internationalen Kräfte", sondern auch der RDF sind. Obwohl die Aufrechterhaltung des Friedens als deren Hauptziel proklamiert wird, erklärte der Pentagonchef, dieser "Frieden" müsse in erster Linie "den für die USA günstigen Bedingungen" genügen. In der Direktive wird präzisiert, was unter dem "Frieden auf amerikanisch" gemeint ist: die vielzitierte "Sicherheit" Israels und der anderen den USA "freundschaftlich gesinnten" Staaten; die "Sicherung des Zutritts des Westens" zu den Energieressourcen des Nahen Ostens und Südwestasiens; und schließlich die Kontrolle über die wichtigsten Seewege.

Angesichts der wachsenden antimilitaristischen Bewegung in den USA und in Westeuropa verschiebt Weinberger etwas die Akzente, um die Weltöffentlichkeit glauben zu machen, die US-Strategie sei defensiv und verfolge das Ziel, die Kriegsgefahr zu bannen. Dabei bezeichnete es der Oberste NATO-Befehlshaber Europa, US-General Rogers, relativ un längst als möglich, Kern-, darunter Neutronenwaffen, auch außerhalb Europas einzusetzen. Wie die "New York Times" schrieb, halte das Pentagon ihren Einsatz im Raum des Persischen Golfs für "potentiell wirksam". Das ist eine reale Gefahr des nuklearen Neokolonialismus, eine revanchistische Herausforderung der frei gewordenen Länder, die Bedrohung des Weltfriedens und der Sicherheit.

Die Schürung der alten und die Provokierung neuer lokaler Kriege, insbesondere im Nahen Osten und im angrenzenden Raum, sind für das Pentagon ein Bestandteil der Konzeption einer "geographischen bzw. horizontalen Eskalation" bewaffneter Konflikte. Eine solche Eskalation sehen die US-Strategen als Mittel zur Erhöhung globaler Spannungen an. Es liegt auf der Hand, daß sich diese aggressive Strategie nicht nur gegen die UdSSR, sondern auch gegen die frei gewordenen Länder richtet.

Die jüngsten Ereignisse im Nahen Osten bestätigen das erneut. Die

militaristischen US-Kreise wollen ihre strategischen Konzeptionen sowohl inner- als auch außerhalb des Verantwortungsbereichs der NATO testen. So hätten sie nichts dagegen, unter bestimmten Bedingungen ihre strategischen Konzeptionen auf den an

bereit. Seit die Reagan-Administration an die Macht kam, wurde die zahlenmäßige RDF-Stärke verdoppelt, die Unterstützungs Kräfte wurden erheblich vergrößert. Auch der Unterhalt dieser ganzen Truppe stieg beinahe auf das Doppelte. Heute, nach Bildung des Centcom, wird bereits davon gesprochen, ihre Stärke auf 400 000, vielleicht sogar auf 600 000 Mann zu bringen.

Gleichzeitig wird die Präsenz der US-Flotte im Centcom-Bereich, besonders im Indik, intensiviert. In den 70er Jahren kreuzten dort US-Flugzeugträger, um ihre Stärke den Anrainerstaaten zu demonstrieren, 18mal auf. Aber in den 80er Jahren befindet sich schon ständig im Golfraum ein Verband der US-Flotte und der Flotte anderer NATO-Länder (15–20 Kriegsschiffe). Ihre Präsenz im Indik wird durch Patrouillenflüge von Aufklärungsflugzeugen und strategischen Kernwaffenträgern unterstützt. Zur Sicherstellung all dieser Interventionskräfte werden neue Militärstützpunkte angelegt und die alten auf Diego Garcia, in Oman, Somalia und Kenia modernisiert. Um der Operativität willen soll der Centcom-Stab aus den USA unmittelbar nach Südwestasien verlegt werden. Für die Infrastruktur im "Verantwortungsbereich" des Centcom wurde 1980–1983 bereits rd. eine Milliarde Dollar verausgabt; in den bevorstehenden 5 Jahren sind dafür weitere über 13 Md. geplant.

Die Präsenz der US-Seestreitkräfte im östlichen Mittelmeerraum wird ebenfalls ausgebaut. Schon befinden sich dort ständig Verbände der US-Flotte und der Flotte anderer NATO-Länder, insgesamt etwa 20 Kriegsschiffe. Sie halten sich vor den Küsten der Anrainerstaaten auf und haben Kernwaffen und die nötigen Trägermittel an Bord. Unter diversen Vorwänden, wie z. B. im Zusammenhang mit der angeblichen Bedrohung Sudans Mitte Februar, "entfaltet sich" die US-Eingreiftruppe bald für die Durchführung eines Manövers, bald für eine Demonstration der Stärke vor der Küste Libyens oder eines anderen souveränen Landes.

Die erdölreichen Wüsten Arabiens und Nordostafrikas, die angrenzenden Gewässer werden provokatorisch von AWACS-Flugzeugen oder strategischen B-52-Bombern, Kernwaffenträgern, überflogen. In Washington und Tel Aviv werden immer häufiger unverhohlene Dro-

hungen laut, einen Präventivkrieg gegen die "radikalen" Regimes zu beginnen und ihn auf den gesamten Nahen und Mittleren Osten auszudehnen. Israel, das sich unter diesen Bedingungen für eine "Supermacht der Region" hält und fast uneingeschränkte Unterstützung der USA genießt, wird immer frecher. Offen bedroht es Syrien und spricht ihm das Recht ab, seine Luftverteidigung zu stärken.

Aber niemand läßt sich von Israels Prätentionen irreführen. Immer mehr Menschen und Länder verstehen, daß die arabischen Staaten angesichts der Eskalation der israelischen Aggressionen und der militärischen US-Aktivitäten durchaus berechtigt sind, ihre Sicherheit zu festigen und ihr Verteidigungspotential zu erhöhen. Sie können hierbei mit der unwandelbaren Unterstützung der UdSSR und aller friedliebenden Kräfte rechnen. Die Zusammenarbeit der UdSSR mit den arabischen Ländern beruht ja nicht auf einer Strategie von Expansion und Hegemonismus, sondern auf der Übereinstimmung bzw. Nähe ihrer Standpunkte zu den Problemen der Sicherung des Friedens in der Region und der ganzen Welt, zu den Fragen einer Nahostregelung.

Die Gesundung der Weltlage hängt in hohem Maße davon ab, daß die bestehenden militärischen Konfliktherde beseitigt und neue verhindert werden. Wenn sich solche Konflikte zu langwierigen lokalen Kriegen auswachsen, beschwört das neue Krisenherde herauf und steigert die Spannungen in der Welt. Deshalb wird in der Prager Politischen Deklaration der Warschauer Vertragsstaaten direkt auf die Gefahr des Hinüberwachsens lokaler Konflikte in bewaffnete Zusammenstöße globalen Ausmaßes hingewiesen. Darin bestätigen diese Länder erneut, daß sie den Wirkungsbereich ihres Bündnisses nicht auszudehnen beabsichtigen, und fordern die NATO-Staaten auf, den Wirkungsbereich ihres Blocks ebenfalls nicht auf andere Regionen, vor allem nicht auf den Golfraum, auszudehnen. Eine Minderung der Kriegsgefahr, ob in globalem oder regionalem Rahmen, ist ohne ein Vertrauensklima in den zwischenstaatlichen Beziehungen unmöglich. Damit es aber entsteht, müssen insbesondere Versuche eines direkten oder indirekten Druckes auf die frei gewordenen Länder aufgegeben werden.



RDF-Soldaten in Beirut

Aus: "Time" (USA)

Europa anstoßenden Raum des Nahen und Mittleren Ostens auszudehnen. Deshalb beschloß das Pentagon Anfang 1983, den Status der RDF zu erhöhen, und gründete faktisch eigens für sie das neue Central Command (Centcom). In der erwähnten Direktive wird gesagt, daß dieses Kommando in Anbetracht der Wichtigkeit des Raums Südwestasien das größte von allen ist, die seit 35 Jahren nach dem geographischen Merkmal gegründet wurden. Der Verantwortungsbereich des Central Command umfaßt bekanntlich auch die ausgedehnte Region des Indischen Ozeans und des Persischen Golfs.

Das Centcom und andere

Die Gründung des neuen Kommandos der US-Interventionskräfte hängt mit ihren qualitativen und quantitativen Veränderungen zusammen.

Ende der 70er Jahre, als die RDF entstanden, sollten sie 110 000 Mann zählen. Ihnen wurden bis zu 1000 Jäger und Bomber, etwa 500 Transportflugzeuge und zwei Flottenverbände, darunter 1–2 Flugzeugträger, beigegeben. Im Finanzjahr 1980 stellte man für den Unterhalt dieser Kräfte 22% des Militärbudgets (28,5 Md. Dollar)

FRÜHLING IN HERAT

Von unserem Sonderberichterstatter
Andrej STEPANOW

Von den hohen Mauern der alten Festung Qala-i-Ikhtiyaruddin in Herat tut sich ein großartiger Blick auf die ganz von Bergen eingefasste Oase Herat auf. Unten glänzen in der Sonne die hellblauen Kacheln der Moschee, eng aneinander geklebt stehen die Lehmhäuschen der Altstadt da. Auf der gegenüberliegenden Seite erheben sich die sechs Minarette des grandiosen Architekturkomplexes Musallah. Um die Stadt aber fesselt den Betrachter die Verbindung zweier Farben — des Smaragdgrünen der Felder und des zärtlichen Rosa, der Aprikosenfarbe der Gärten.

Herat ist eine uralte Stadt, bekannt bereits seit Alexander von Mazedonien. Es war stets ein wichtiges wirtschaftliches und kulturelles Zentrum des Orients. Einst gab es in der Festung zwei riesige Glocken, die bei aufziehender Gefahr geläutet wurden: Dann wurden die Stadttore sofort geschlossen. Auch wenn es die Glocken bis heute gäbe, dürften sie nicht schweigen. Diese blühende Ecke im Nordwesten Afghanistans wurde auch von der Flamme des nichterklärten Krieges erfaßt, den die Kräfte des Imperialismus und der Reaktion gegen das Land entfesselten.

Auf dem Innenhof der Festung befinden sich Granatwerferstellungen, an ihrem Fuß steht ein Panzerbataillon der afghanischen Armee. Die Fahrt zur Grabstätte von Alisher Navoi, dem großen Dichter und Denker des Orients, ist riskant: Die Straße wird immer wieder von Konterrevolutionären vermint, nachts beschließen sie auch das Gelände des riesigen Zementwerkes.

"Von Herat, das heute ca. 150 000 Einwohner hat, bis zur iranischen Grenze ist es nur ein Katzensprung", erklärt uns der Gouverneur der Provinz, Rafik Radmir. "Eben von dort dringen zu uns Gruppen der Banditen, der Duschmanen, ein, die gut bewaffnet, ausgestattet mit Geldern und konterrevolutionären Propagandaschriften sind. Wir würden gern mit Iran gutnachbarliche Beziehungen unterhalten, doch eine solche Einmischung in unsere Angelegenheiten ist unzulässig, sie stört uns sehr beim Aufbau des neuen Lebens..."

Rafik Radmir selbst, der aus Herat stammt und Bauingenieur ist, unterrichtete eine Zeitlang, war Sekretär der hiesigen Organisation der Demokratischen Volkspartei Afghanistans (DVPA) noch vor der Aprilrevolution von 1978.

Die Aprilrevolution gestaltete das Leben des Landes um, und in den seitdem vergangenen fünf Jahren hat sich ein tiefgreifender und sehr schwieriger Umbruch im Schicksal Herats vollzogen. Die Volksmacht verwirklicht konsequent, wenn auch nicht so schnell wie sie möchte, ihr Programm im Interesse der Werkstätten. So wurden oder werden in Herat 13 nach afghanischen Maßstäben bedeutende Betriebe errichtet. Es gibt ein Baumwollentkörnungskombinat, die Anlagen einer Weberei werden montiert, ein Fleischkombinat entsteht, und in nächster Zeit soll das Zementwerk, dem die Duschmanen schweren Schaden zugefügt haben, in Betrieb genommen werden.

In der Provinz selbst wird die Bodenreform weiterverwirklicht. Darin kommt das Wesen der nationaldemokratischen Revolution in dem wirtschaftlich unterentwickelten Agrarland zum Ausdruck, wo die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung, die Bauern, stets unter der Land- und Wasserlosigkeit litten, sich für die Feudalherren abrackern mußte. Und natürlich findet die Volksmacht, die dem Dechkanen Boden und Wasser gegeben und ihn zum Besitzer der eigenen Ernte gemacht hat, in ihm den treuesten Anhänger. Jetzt werden die in der Anfangsphase begangenen Fehler korrigiert. Sonderkommissionen, die an die Verwirklichung der Reform mit Sachkenntnis herangehen, arbeiten sehr differenziert: Sie berücksichtigen die Zahl der Familienmitglieder wie die Fruchtbarkeit des Bodens, die angebaute Kultur und die Nähe einer Wasserquelle. Im Bezirk Shindand sollen 130 Bodenparzellen zusätzlich an die Bauern verteilt werden, im Bezirk Kushk 102 Parzellen. Von den 72 anfänglich geschaffenen Produktions- und Absatzgenossenschaften bestehen noch 30, die übrigen wurden von den Banditen geplündert; doch jene Genossenschaften, die standhielten, machen immer größere Fortschritte.

Angaben des Gouvernements zufolge besuchten in diesem Jahr die Kinder und Jugendlichen über 60 Schulen in Herat — d. h. 10 mehr als im vergangenen Jahr, und die Zahl der Schüler dort nähert sich 16 000. In der ganzen Provinz gibt es über 100 Schulen. Die Pläne der Konterrevolution, dem Land seine Zukunft zu rauben, sind gescheitert. Es bestehen 180 Alphabetisierungskurse, die ca. 4000 Erwachsene erfassen. In der Provinz gibt es

8000 Geschäfte und Verkaufsstände, 90 % von ihnen sind täglich geöffnet. Ohne Unterbrechungen sendet die örtliche Rundfunkstation. Eine der ältesten Zeitschriften des Landes, die "Itfake Islam", erscheint. Jetzt ist sie das Organ des DVPA-Provinzkomitees und des Gouvernements.

An allem Konstruktiven, Schöpferischen in Herat ist der Anteil der Provinzparteiorganisation groß. Ihr Ansehen und damit ihre Mitgliederzahl nehmen zu. Im letzten Jahr ist die Zahl der Parteimitglieder auf das 2,5fache und die der Kandidaten auf über das 3fache gestiegen. 60 % der Neuaufgenommenen sind Arbeiter, Bauern und Soldaten. Jetzt gibt es in der Provinz bereits an die 90 Grundorganisationen.

In den durch Armee und Miliz von den Banditen gesäuberten Regionen leisten die Parteiaktivisten eine große Aufklärungsarbeit unter der Bevölkerung. In die Kischlaks kommen besondere Agitationstruppen. Sie erklären den dortigen Bewohnern den Sinn der Aprilrevolution und berichten ihnen, welche Aufgaben sich die DVPA und die Regierung zur Verbesserung des Lebens des Volkes, vor allem der Bauernschaft, stellen. Die ihnen angehörenden Ärzte leisten medizinische Hilfe. Die Teilnehmer der Agitationstruppen geben Konzerte, zeigen Filme. Für viele Bauern sind das die ersten Filme in ihrem Leben. Besonderes Interesse finden bei ihnen Dokumentarfilme über die Aprilrevolution. Nicht selten bringen diese Gruppen den Bauern Waren und Kleidungsstücke mit, verteilen sie kostenlos.

"Die Duschmanen fürchten die Tätigkeit der Agitationstruppen sehr, legen auf deren Weg Hinterhalte und drohen jenen Landbewohnern, die zu unseren Veranstaltungen kommen, mit dem Tode", sagte mir der Leiter der Propagandaabteilung des Provinzparteikomitees, Muhammad Ali Samim. "Doch Sie sollten einmal sehen, mit welcher Freude in den Kischlaks jeder unserer nächsten Besuche aufgenommen wird!"

Und zeigt nicht die Tatsache, daß solche berühmten architektonisch-historischen Denkmäler Herats wie die Festung Qala-i-Ikhtiyaruddin restauriert werden, die ganze Breite der Tätigkeit der Volksmacht? Die große Moschee von Herat und der Friedhof Ash-Sharif! Dort sind über 200 Arbeiter beschäftigt. In diesem Jahr hat die Regierung ebenso wie im Vorjahr 8 Mio Afghani für die Restaurierung bereitgestellt.

Herat ist das alte religiöse Zentrum Afghanistans. Es hat über 200 Moscheen und in der Provinz über 2000.

"In allen werden Gebetsstunden abgehalten", sagte mir Mulla Abdul Rashid aus dem Bezirk Indjil. "Bei uns wurde ein Provinzrat der Ulema-Theologen gebildet, dem 500 Geistliche angehören. Die Banditen behaupten, der Islam im demokratischen Afghanistan sei bedroht — das ist die unverschämteste Lüge. Ich bin bereits ein alter Mann und kann bezeugen, daß die Geistlichen bei

uns nie von solcher Fürsorge des Staates umgeben waren. Wir sagen den Menschen, daß gerade die Volksmacht in voller Übereinstimmung mit den islamischen Idealen der Gleichheit und Brüderlichkeit handelt. Die Duschmanen aber schonen weder Gläubige noch selbst die Mullahs, wenn jene deren Untaten nicht unterstützen. Die Banditen haben auch meinen Sohn ermordet, er war Vertreter der Volksmacht, Chef des Bezirks Abe. Doch bis zum Ende meiner Tage werde ich sein Werk fortsetzen..."

Die Kräfte der Reaktion und der ausländischen Einmischung tun alles, um die Keime des Neuen zu zerstören, das Land ins Mittelalter zurückzuziehen und es imperialistischem Einfluß unterzuordnen.

"Nach der Revolution", berichtete mir der Gouverneur, "gab es einen Moment, als die Duschmanenbanden in allen Bezirken um Herat und sogar in einigen Vierteln der Stadt selbst wüteten. Doch jetzt hat sich die Lage grundlegend geändert: Die Volksmacht behauptete sich in 14 Verwaltungseinheiten (Bezirken und Landkreisen) von den 15 der Provinz. Der einzige Landkreis, der noch nicht unter unserer Kontrolle steht, ist Farsi. Doch auch dort wollen wir gegen Ende April, zum 5. Jahrestag der Revolution, Organe der Volksmacht wiederherstellen. An den wichtigsten Punkten der Stadt gibt es über 70 Sicherheitsposten der Miliz, der afghanischen Armee, der Parteiaktivisten und von Freiwilligentruppen der Verteidiger der Revolution. Das trägt natürlich zur Normalisierung der Lage bei. In letzter Zeit haben ein Dutzend feindliche Gruppierungen den Kampf eingestellt und sind auf unsere Seite übergegangen, mit etwa 30 Gruppen werden Verhandlungen geführt. Doch in der Provinz agieren unseren Berechnungen nach immer noch bis zu 50 große Banden mit insgesamt ca. 4000

Mann. An ihrer Spitze stehen Leute vor allem von drei Gesellschaftsgruppen: ehemalige Feudalherren, die ihre Privilegien verloren haben, oder konservative Geistliche; Berufsverbrecher, die lange vor der Revolution agierten und sich jetzt, um Hilfe aus dem Ausland zu bekommen, als ideologische Streiter ausgeben; schließlich jene, die durch die Repressionen unter Amin abgestoßen und eine leichte Beute der verlogenen konterrevolutionären Propaganda wurden. Selbst diese Menschen beginnen, die ganze Verderblichkeit des von ihnen gewählten Weges des Kampfes gegen die eigene Heimat, gegen ihr Volk zu verstehen. Sie selbst begannen sich davon zu überzeugen, daß die revolutionäre Macht das Leben der einfachen Menschen verbessern will..."

Der Gouverneur nennt die Namen einiger Anführer, die auf die Regierungsseite übergetreten sind... Mit Hilfe der afghanischen Armee haben sie jetzt fünf Trupps für den Kampf gegen das Banditenwesen gebildet.

Rafik Radmir nennt die Namen auch einiger unversöhnlicher Feinde der Volksmacht, die ihre Banditentätigkeit forsetzen.

"So z. B. Turan Ismail: Ihn ernannte ein Anführer der afghanischen Konterrevolution, B. Rabbani, zum ... Oberhaupt des 'islamischen Emirs Herat'. Oder Kari Ali Ahmed, genannt 'Jikdast' (der 'Einarmige'). Er agiert im Namen der mit der iranischen schiitischen Geistlichkeit eng liierten Partei Hezbe Alah. Er selbst und seine Helfershelfer absolvierten eine militärische Ausbildung in der Garnison Teheran, im Viertel Pedegane Wali, in der Asr-Sarbaz-Straße. Die an die 400 Mann zählende Jikdast-Bande erhält von der anderen Seite ständig Munition und Waffen. Am Geburtstag des Propheten Mohammed beschossen Jikdast-Leute mit Granatwerfern sogar das Stadtzentrum. Einige Menschen kamen um, darunter Arbeiter von Reparaturwerkstätten. Wie ein in die Enge getriebener Wolf zieht Jikdast durch die Kischlaks im Nordwesten der Oase Herat, doch früher oder später werden wir ihn fassen..."

"Einstweilen aber setzen die Banditen ihre Lieblingswaffe ein — Terror, Einschüchterung und hemmungslose Spekulation mit der Religion", schaltet sich der zweite Sekretär des DVPA-Provinzkomitees, Khalil Sipakhi, in das Gespräch ein. "Im vergangenen Jahr fielen durch Banditenhand in unserer Provinz über 60 Parteimitglieder. Im Januar lauerten Duschmanen im Bezirk Goulran dem Mulla Abdul Rasul vor dessen Haus auf und schossen ihn nieder, weil er für die Volksmacht eingetreten war. Die Mauer der Vorurteile einzureißen, ist nicht leicht. Die Konterrevolutionäre erlauben es den Schülern nicht, die Schule zu besuchen, schüchtern die Eltern ein, brennen Schulen nieder und ermorden Lehrer. Doch der Drang zum Wissen, zu einem neuen Leben kann nicht unterdrückt werden. Die Kinder und Jugendlichen — bisweilen insgeheim, die Bücher versteckend — gehen trotz allem in die Schulen..."

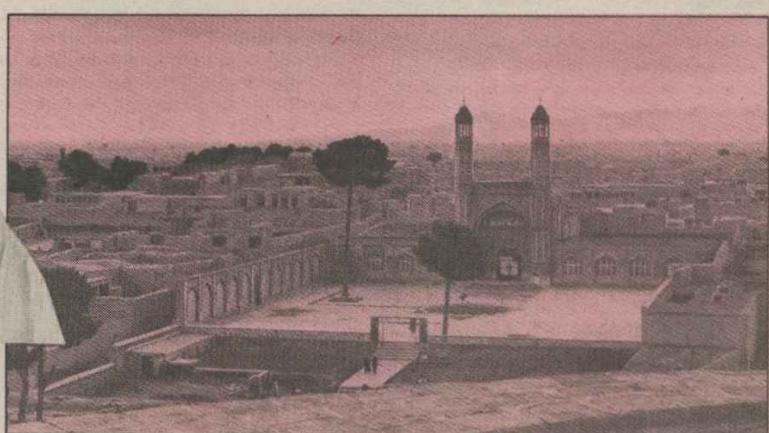
"Das Volk ist der Willkür der Duschmanen überdrüssig", betonte Kh. Sipakhi. "Sie nehmen ja den Bauern den größeren Teil der Ernte fort, wobei sie dafür nur einen symbolischen Preis zahlen. Die durch Betrug oder Gewalt zu den Banden getriebenen Dechkanen murren: Die Anführer plündern uns aus und zwingen uns gleichzeitig, auf Vertreter der Volksmacht zu schießen, die uns zu Herren des Bodens wie der Ernte macht. Solche Leute kommen immer häufiger reuig zu uns. So hat in Bekrabad, im Südosten der Oase Herat, die Miliz für völlige Sicherheit gesorgt, und dorthin, unter den Schutz der Volksmacht, kommen aus den umliegenden Dörfern und von den noch nicht geschlagenen Banden viele angstgequälte Menschen..."

Die Revolution erfaßte wie ein Wirbelwind Tausende und Abertausende Afghanen. Die einen wie Mulla Abdul Rashid führte sie in hohem Alter in ihre Reihen, andere wie den Gouverneur Rafik Radmir in blühendem Mannesalter und andere wie die Aktivisten der Jugendorganisation am Anfang ihres Lebensweges. Hier einige charakteristische Schicksale.

Abdul Ahad Kemali, stellvertretender Sekretär des Provinzkomitees des Demo-

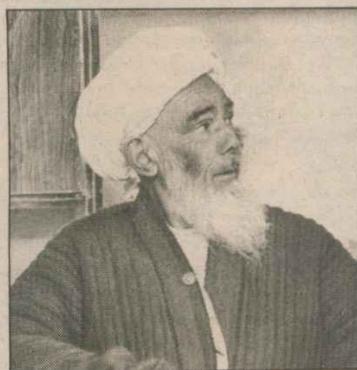


Amanullah, ein junger Held des Kampfes gegen das Banditentum



Panorama der alten Stadt Herat, eines wahren Freilichtmuseums

kratischen Jugendverbandes Afghanistans (DJVA), stammt aus einer Armbauernfamilie von Herat. Sie war so arm, daß der Vater letztlich seine drei Djerib (ein Djerib = 0,2 ha) verpfänden mußte. Er starb, als Abdul Ahad gerade drei Jahre alt war. Die Mutter übernahm, um ihre beiden Söhne großzuziehen, jede Gelegenheitsarbeit. Die beiden Brüder erhielten unter großen Entbehrungen Grundschulbildung. Bald starb die Mutter an Herzversagen. Doch



Mulla Abdul Rashid: "Bis ans Ende meiner Tage werde ich die Volksmacht verteidigen."

Fotos des Verfassers

die Brüder waren beharrlich genug, um an die pädagogische Hochschule zu gelangen. Nach ihrer Absolvierung war Abdul Ahad als Lehrer tätig, dann kam die langersehnte Revolution. Er schloß sich sofort der DVPA an, wurde einer der Leiter der Provinzjugendorganisation.

"Jetzt hat sie sich bedeutend gefestigt", berichtete Abdul Ahad Kemali, "ihre gehören etwa 2000 junge Männer und Frauen an. Kürzlich erhielten wir eine geräumige Behausung für unser Komitee. Früher legten wir das Schwergewicht auf die Arbeit mit der studierenden Jugend, jetzt aber wenden wir uns immer mehr an die Kinder der Arbeiter, Handwerker und Bauern. Beim DJVA wurde eine Jugendbrigade der öffentlichen Ordnung mit 450 Mitgliedern gebildet. Zusammen mit der Armee, der Miliz und den Parteiaktivisten nimmt sie an Operationen zur Liquidierung konterrevolutionärer Banden teil. Bei einer solchen Operation im vergangenen Monat kamen in einem Vorort von Herat drei unserer Leute um. Der älteste von ihnen war 18. Dort, wo es noch ziemlich viele Banditen gibt, arbeiten die Mitglieder unserer Organisation nicht offen. Ihre Mitgliedsausweise werden in meinem Safe aufbewahrt. Denn jene, bei denen die Duschmanen diese finden, erschießen sie auf der Stelle. Ich wurde auch wiederholt bedroht. Doch mich kann man nicht so leicht erschrecken. Jede Revolution muß es verstehen, sich zu verteidigen, das hat doch, wie ich meine, Lenin gesagt. Auch ich selbst geriet in den Kugelhagel, doch, Allah sei's gedankt, keine Kugel traf", lächelte Abdul Ahad.

Der 17jährige Amanullah aus dem Kischlak Nangabad im Bezirk Indjil. Sowohl er als auch sein erblindeter Vater waren Landarbeiter bei einem Großgrundbesitzer. Die Schule konnte er nicht besuchen. Eines Nachts überfiel Abdurraims Bande das Dorf und entführte Amanullah.

"Zu jener Zeit war ich bereits Mitglied der DJVA-Untergrundorganisation", erinnert sich Amanullah. "Ich tat so, als sei ich zur Zusammenarbeit mit den Duschmanen bereit, trat sogar einem von ihnen geschaffenen 'Islamischen Komitee' bei. Dann aber, in einem günstigen Augenblick, floh ich aus der Bande, wobei ich einen Granatwerfer, zwei MPis und eine Patronenkiste mitnahm. Soviel ich fragen konnte. Die Banditen waren außer sich und setzten auf meinen Kopf 100 000 Afghani aus. Da ich alle Mitglieder der Bande persönlich kannte, liquidierten wir sie recht schnell. Und mich hat man, wie Sie sehen, immer noch nicht einen Kopf kürzer gemacht."

"Mein Traum? Ich möchte die Alphabetisierungskurse beim DJVA absolvieren, Traktorist werden und in mein Dorf zurückkehren, um dort zu pflügen..."

Eine junge Frau, nennen wir sie sicherheitshalber Fatima. Vor einem Jahr, als sie noch nicht verheiratet war, fand ein Duschmane Gefallen an ihr. Er versuchte sie zu entführen, doch das Mädchen vermochte dem Banditen eine Pistole aus dem Gürtel zu ziehen und erschoß ihn. Da wollte sie der Anführer der Bande zur Frau nehmen. Sie wurde zu ihm geführt, doch Fatima sagte, sie müsse erst mit den Eltern sprechen und die Hochzeit vorbereiten. Als am nächsten Tage der Anführer mit 20 Helfershelfern zu ihr ins Haus kam, wurden sie von dort versteckten Kämpfern der Brigade für öffentliche Ordnung niedergeschossen.

Fatima beteiligte sich auch an anderen Operationen. So entdeckte sie einige Banditen unter Frauenschleier und über gab sie den Sicherheitsorganen. Sie heiratete ihren Erwählten. Fatima wünscht sehnlichst, daß endlich Frieden einkehrt, damit ihrem künftigen Kind nichts droht, damit das neue Leben für immer in den Häusern Herats Einzug hält.

Die 25jährige Sadyka arbeitet in einer Tierklinik. Sie hat das Lyzeum absolviert. Verheiratet, vier Kinder. Sadyka ist Aktivistin des Demokratischen Frauenverbandes von Afghanistan, mit dem Agitationstrupp fährt sie aufs Land und leistet eine große Arbeit unter den Frauen auch in der Stadt Herat.

Noch trägt sie wie alle Frauen in Herat die Parandscha, den Schleier. Das ist der Tribut an die Tradition und Sicherheits erwägungen. Doch bei ihrer Rede am Internationalen Frauentag des 8. März nahm sie vor Hunderten Frauen von Herat den Schleier ab und sprach leidenschaftlich von einer glücklichen Zukunft. Ist das nicht einer der Hauptzüge des Neuen in Herat, ein Symbol des afghanischen Frühlings 1983!

Herat--Kabul--Moskau

EMPÖRUNG UND UNVERSTÄNDNIS

Die Frankreich unwürdige antisowjetische Hysterie, deren Höhepunkt die unbegründete Ausweisung einer Reihe von Mitarbeitern der Botschaft und anderer Vertretungen der UdSSR in Paris war, häuft an. Die provokatorische Aktion der französischen Behörden ruft bei den sowjetischen Menschen Empörung und Unverständnis hervor. Was die Franzosen angeht, so haben viele von ihnen der Presse zufolge diese Geste einfach nicht verstanden. Viele Pressekommentare sind voller Proteste, bisweilen auch böser Ironie. Hinter dem Geschehenen, schreibt "Les Echos", sieht man Reagans zufriedenes Lächeln. Zu der Erklärung des französischen Außenministeriums, die ergriffenen Maßnahmen würden die Entwicklung der Beziehungen Paris--Moskau nicht stören, bemerkt der "Monde" sarkastisch: Schon beim ersten Durchlesen dieser Erklärung kann man nur lachen. Wie kann man meinen, eine solche Entscheidung, wie es sie selbst in den finsternen Zeiten des kalten Krieges nicht gab, würde den sowjetisch-französischen Verbindungen nicht schaden! Die ergriffenen Schritte, betont die Zeitung, würden die bilateralen Beziehungen schwer belasten.

Einen ähnlichen Gedanken äußert auch die "L'Humanité", die hervorhebt, daß die wirtschaftlichen Interessen beider Seiten leiden werden, daß der Sache des Friedens und der Abrüstung Schaden zugefügt wird. In derartigen Fragen, erklärte der Vorsitzende der FKP-Fraktion in der Nationalversammlung, A. Lajoinie, solle man Verantwortung zeigen, da die Entwicklung der französisch-sowjetischen Zusammenarbeit im Interesse Frankreichs liege. Nicht in Frankreichs Interesse sei auch eine Wiederaufnahme des kalten Krieges und der Ost-West-Spannungen, sagte er. Die Presse unterstreicht, daß die französische Regierung bis jetzt keinerlei überzeugende Beweise für die unbegründete Beschuldigung Moskaus vorlegte.

Die Willkürakte gegenüber den Angehörigen der sowjetischen Vertretungen in Frankreich, Provokationen wie die Beschießung des UdSSR-Generalkonsulats und der Aeroflot-Vertretung in Marseille durch Unbekannte sowie die bösartige antisowjetische Kampagne fragen nicht zu normalen Beziehungen bei, stehen im Widerspruch zu den traditionellen freundschaftlichen Verbindungen zwischen unseren Völkern.

L. MAKAROW

FACKELTRÄGER

IM PULVERKELLER

Die Schlüsselfiguren im politischen Leben von Honduras sind Gustavo Alvarez und John Negroponte. Die Zeitschrift "Newsweek" schrieb: "Die beiden befehligen die Armee von Honduras, obwohl nur einer von ihnen den nötigen Dienstgrad hat." Nun, General Alvarez ist der Oberbefehlshaber der Streitkräfte von Honduras, Negroponte aber der in der honduranischen Hauptstadt Tegucigalpa akkreditierte US-Botschafter.

Unter Berufung auf einen Augenzeugen, Mitglied des Obersten Kommandos, schrieb die US-Wochenschrift über die beiden Männer und ihre regelmäßigen Zusammenkünfte: "Zuerst besprechen sie, was zu tun sei, dann tut Alvarez, wie ihm

Negroponte geheißen." Inzwischen weiß man genau, was General Alvarez, der "starke Mann" des Regimes, und sein Militärklüngel tun: Mit Methode, beharrlich treiben sie ihr Land in einen Bruderkrieg mit Nikaragua.

Mit Hilfe von Honduras ist die US-Aggression gegen Nikaragua gegenwärtig in ein neues, breiteres Stadium getreten, das sich durch viel stärkere Provokationen seitens der honduranischen Armee auszeichnet. Ohne sich auf den Beschuß nikaraguanischer Grenzorte zu beschränken, fallen jetzt hondurische Truppen offen in die Republik ein und unterstützen direkt die "operativen Gruppierungen" der Somozistas. Der

nikaraguanische Außenminister Miguel D'Escoto berichtete auf einer Pressekonferenz im April darüber, wie honduranische Truppeneinheiten Somozistas 20–30 km tief über die Grenze Nikaraguas begleiten und erst dann zurückkehren.

Die Luftstreitkräfte von Honduras verletzen immer häufiger den Luftraum Nikaraguas. Ihre Flugzeuge überfliegen frech dessen Territorium und versuchen, eine Luftbrücke herzustellen, damit die Banden der Somozistas, die in schwerzugänglichen Gebirgsgegenden nisten, mit Waffen, Munition und Proviant versorgt werden können.

Es ist bekannt, daß die CIA und das Pentagon mit Hilfe des honduranischen Regimes ein Spionagenetz angelegt haben, das die Somozistas über die Dislozierung und zahlenmäßige Stärke von Einheiten der sandinistischen Armee informiert. Zum gleichen Zweck werden US-Spionageflugzeuge und 2 mit mächtigen Radar-anlagen ausgerüstete Fregatten, die vor der Küste Nikaraguas kreuzen, eingesetzt. Laut Presse treiben auf nikaraguanischem Boden schon etwa 100 US-Bürger und Hunderte Agenten, die zwar keine amerikanischen Bürger sind, aber von der CIA ausgehalten werden, ihr Unwesen. Ihre Aufgabe besteht u. a. darin, regie-

SCHLÜSSEL ZUR STABILISIERUNG

Alle Staaten Südostasiens — Vietnam, Kampuchea und Laos einerseits und die ASEAN-Länder andererseits — sprechen sich für gute Nachbarschaft aus. Thailand redet ebenfalls davon. In Wirklichkeit aber unternimmt es Bombenangriffe auf Ortschaften der VR Kampuchea in der Nähe der thailändischen Grenze und beschließt sie. Außerdem erweist Thailand den Pol-Pot- und anderen reaktionären Khmer-Banden, die sich in Thailand festgesetzt haben und von dort aus bewaffnete Überfälle auf friedliche kampucheansche Orte verüben, materielle, finanzielle und militärische Hilfe.

Bangkok behauptet zur Rechtfertigung seiner aggressiven Schritte, daß die Freiwilligentruppen aus Vietnam (sie erweisen Volkskampuchea internationalistische Hilfe) und die Streitkräfte dieses Landes angeblich die thailändische Grenze verletzen. Aber die Politik von Vietnam sowie von Kampuchea und Laos strafft solche Erfindungen Lügen. Diese Länder demonstrierten wiederholt ihre Treue zur Sache des Friedens, indem sie sich für die Umwandlung Südostasiens in eine Zone von Frieden, Stabilität und Zusammenarbeit

einsetzen. Die Gipfelkonferenz der drei Staaten vom Februar hat keinen Zweifel darüber belassen. Frieden, Sicherheit und gute Nachbarschaft zwischen den Völkern Südostasiens: Das ist nach fester Überzeugung der Konferenzteilnehmer ein Ziel, um dessentwillen unermüdlich weiterzuarbeiten sich lohnt.

Aber der Frieden ist unteilbar. Deshalb wurde in Vientiane auf höchster Partei- und Staats Ebene der Vorschlag der drei Länder über einen Dialog mit den ASEAN-Ländern erhärtet. Normale Beziehungen zwischen beiden Ländersgruppen der Region auf der Grundlage der friedlichen Koexistenz müssen eine politische Realität werden. Der Vorschlag von Vietnam, Kampuchea und Laos, mit den ASEAN-Staaten (übrigens auch mit China) Nichtangriffspakte zu schließen, verfolgt gerade dieses Ziel.

Außerdem ging die Initiative zu einer internationalen Konferenz über Südostasien gleichfalls von diesen drei Staaten aus. Ein so repräsentatives Forum könnte die Streitigkeiten zwischen beiden Staatengruppen wenn nicht beseitigen, so doch auf ein Minimum reduzieren. Die Konfe-

renz könnte ferner wesentlich zur Herbeiführung einer Atmosphäre guter Nachbarschaft und des Vertrauens beitragen. Selbstverständlich würden der Frieden und die Stabilität in der Region davon nur profitieren.

Vom Geist des Strebens nach Frieden, nach einem Dialog zwischen den Ländern Südostasiens war auch die unlängst in Phnom Penh durchgeführte Außenministerkonferenz von Vietnam, Laos und Kampuchea durchdrungen. Im Kommuniqué ihrer Teilnehmer wird erneut hervorgehoben, daß die Gewährleistung von Frieden und Ruhe an der kampucheatisch-thailändischen Grenze ein großer Beitrag zur Lösung der regionalen Probleme wäre. Fördlicher könnten auch Sicherheitszonen beiderseits der Grenze sein, heißt es im Dokument. Die VR Kampuchea und die SR Vietnam erklären, daß ein weiteres Kontingent der vietnamesischen Freiwilligentruppen im Mai d. J. aus Kampuchea abgezogen wird. Wie es im Kommuniqué heißt, wurde dies angesichts des heutigen Stabilitätsgrades in Kampuchea und gemäß einer Erklärung über den Aufenthalt der vietnamesischen Freiwilligentruppen in Kampuchea beschlossen.

Kurz, Vietnam, Kampuchea und Laos sind mit mehreren positiven friedensdienlichen Initiativen und Vorschlägen hervorgetreten.



Gefährliches Duo: General Alvarez (l.), Oberbefehlshaber von Honduras, und US-Botschafter Negroponte

Aus: "Senal de Libertad" (El Salvador)

rungsfeindliche Aktionen zu finanzieren und zu leiten.

Die US-Presse teilte mit, es liege ein Plan vor, dem zufolge die Lager der Konterrevolutionäre mit Hilfe der honduranschen Streitkräfte über die Grenze hinweg nach Nikaragua und später in den Raum von Managua und noch südlicher verlegt werden sollen. Das Schlussstadium des Plans sieht vor, daß der unvollständige Ring um die nikaraguaneische Hauptstadt geschlossen wird, und dann... Wie ein Führer der Somozistas sagte, "haben wir dann noch mehr als eine Rechnung vorzulegen. Das ganze Territo-

rium von der Grenze bis Managua wird mit Leichen bedeckt sein."

Von Washington angetrieben, kauft die Regierung von Honduras immer neue Mengen Angriffswaffen. Schon hat sie die Ist-Stärke ihrer Streitkräfte verdreifacht. Wie Pilze schießen in Honduras immer neue US-Militärobjecte — Beobachtungsstationen, Lagerdepots, Nachrichtenzentralen — aus dem Boden. Die Nachrichtenagentur EFE meldet, die USA und Honduras hätten die Anlegung eines großen Militärstützpunktes auf seinem Territorium vereinbart. Pentagon-Vertreter hoffen, daß er spätestens in zwei Monaten in Betrieb gesetzt werden kann.

Aus all dem Gesagten geht hervor, warum sämtliche Friedensinitiativen, die in Nikaragua und anderen lateinamerikanischen Staaten vorgeschlagen werden, ständig abgelehnt werden. Die wiederholten Aufforderungen der Regierungen von Mexiko, Venezuela, Kolumbien, Panama u. a. zu einem Dialog werden von Washington und Tegucigalpa nicht beantwortet. Die Initiative der sandinistischen Regierung, zweiseitige Verhandlungen mit den USA und mit Honduras durchzuführen, findet kein Echo.

Um die Öffentlichkeit aber irrezuführen, ersuchte die honduranische Vertretung bei der Organization of American States — offenbar von Washington inspiriert — den Ständigen OAS-Rat darum, eine außerordentliche Sitzung abzuhalten, um "die Krise in Mittelamerika" und "die von Nikaragua ausgehende Kriegsgefahr" zu erörtern. Dieser Schrift soll den Eindruck erwecken, als würde nach einer konstruktiven Lösung gesucht, um von der schon begonnenen Verwirklichung der Pläne von Gewaltanwendung abzulenken.

Der Führungsrat der Regierung der Nationalen Erneuerung Nikaraguas lehnt diesen Vorschlag entschieden ab. In einer offiziellen Antwort betonte die sandinistische Regierung, daß sie unbeirrbar entschlossen ist, die Tür zu Dialogen und Verhandlungen offen zu lassen, verlangte aber als notwendige Voraussetzung den Abzug der ins Land eingefallenen Somozista-Banden und die sofortige Einstellung der Grenzprovokationen durch Honduras.

Es wird immer klarer, daß die Reagan-Administration Honduras mit Hilfe seines Militärklüngels zu einer Hochburg des Imperialismus in Mittelamerika ausbauen will. Die argentinische Wochenschrift "Que pasa" schreibt: "Honduras heute ist ein gigantischer Militärstützpunkt der Yankees, ein Aufmarschgebiet für die imperialistische Aggression gegen die Völker Mittelamerikas und der Karibik." Aber ob es lange so bleibt?

A. BARYSCHEW

PREIS DES VERTRAUENS

Die Tagesordnung des USA-BRD-Gipfeltreffens enthielt drei Fragen, die im unmittelbaren Interesse der BRD liegen: das Madriter Treffen, der Handel mit den RGW-Ländern und die Verhandlungen über eine Begrenzung der Kernwaffen in Europa.

Aus Washington heimgekehrt, sprachen sich Kohl und Genscher befriedigt über die Ergebnisse aus. Der Presse zufolge hatte Kohl darauf bestanden, daß die USA das von einer Gruppe neutraler und nichtpaktgebundener Länder aufgestellte Projekt für die Schlußakte des Madriter Treffens als Grundlage annehmen. Das könnte zum erfolgreichen Abschluß des Treffens und dazu führen, daß eine Konferenz über vertrauensbildende Maßnahmen und Sicherheit in Europa für den kommenden Herbst anberaumt wird.

Zum zweiten Punkt versprach Reagan Kohl, den "Osthandel" auf dem Gipfel der führenden sieben kapitalistischen Staaten in Williamsburg nicht in den Vordergrund zu rücken. Aber auch in diesem Punkt kann von einem Stellungswechsel Washingtons, das versucht, seine Bündnispartner in den Wirtschaftskrieg gegen die sozialistischen Länder zu verstricken, keine Rede sein.

In der Kardinalfrage — hinsichtlich der Kernwaffen in Europa — gab es erwartungsgemäß zwischen den USA und der BRD keine Reibungen. Kohl bejahte auch früher Reagans "Null-Variante" und dann auch seine "Zwischenlösung". Also war nicht davon die Rede, ob amerikanische Mittelstreckenraketen aufgestellt werden sollen oder nicht, sondern wie man diese Operation propagandistisch besser zurechtfürsieren könnte.

Nach Bonn unterwegs, erklärte Kohl im Flugzeug in einem Interview, er habe zur Wiederherstellung des Vertrauens der USA zu ihren europäischen Bündnispartnern beisteuern können. Er selbst hat das Vertrauen des Weißen Hauses bestimmt verdient. Um welchen Preis?

Am Tag seiner Heimkehr brachte die "Frankfurter Rundschau" eine Karikatur, die einen großen gestreiften Hut mit der Aufschrift "Interessen der USA" darstellt. Unter dem Hut steht Kohl mit einem Kofferchen mit der Aufschrift "Interessen der BRD". Der Hut scheint den Kanzler mitsamt seinem Kofferchen jeden Augenblick zudecken zu wollen.

A. TOLPEGIN
Eigenbericht

Bonn

SCHLACHT GEGEN RAKETEN

- GEHEIMAKTEN BERICHTEN
- KEINE "AUTOMATISCHE" STATIONIERUNG
- "NACHRÜSTUNGS" VERFECHTER UNZUFRIEDEN

"Die USA und die NATO haben sich über die reservierte Haltung der niederländischen Regierung zur Raketenstationierung hinweggesetzt."

Diese Erklärung Mint Jan Fabers, Generalsekretär des Interkonfessionellen Friedensrates, von Mitte März rief in den Niederlanden eine Woge der Unruhe hervor. Im Haag wurde noch keine endgültige Entscheidung über die Stationierung von 48 US-Flügelraketen in den Niederlanden getroffen, indessen erfuhren die Landesbewohner, daß diese Frage hinter ihrem Rücken schon gelöst worden sei. Von wem? Von den Wohltätern aus den USA. Bekannt wurde das aus den Protokollen einer geschlossenen Sitzung des Haushaltsausschusses des Repräsentantenhauses des US-Kongresses, die Faber in die Hand geraten waren.

Laut Protokollen billigte der US-Kongreß Mitte Januar 34 Mio Dollar für den Bau von Raketenstartrampen in den Niederlanden. Genannt ist als Stationierungsort der ersten 16 Raketen der stillgelegte Fliegerhorst De Peel im Landessüden.

Der Interkonfessionelle Friedensrat, die größte antimilitaristische Organisation der Niederlande, richtete ein Schreiben an den Verteidigungsminister Ruiter. Darin wird betont: Der Inhalt der Geheimprotokolle stehe im Gegensatz zum Versprechen der Regierung, keine aktiven Vorbereitungen zur Raketenstationierung ohne Konsultationen mit dem Parlament durchzuführen.

Der Minister entgegnete, die US-Kongreßleute hätten nur die Möglichkeiten für die Stationierung von Pershing 2 und Flügelraketen in Europa erwogen, und versicherte: Die Regierung stehe zu dieser Frage unverändert.

Ist der Fall erledigt? Die niederländischen Friedensanhänger finden das nicht. Wie sie meinen, zeigen die US-„Erwägungen“, daß Washington die Hoffnung, Den Haag neue Waffen aufzuzwingen, nicht aufgibt. „Wir werden kämpfen, bis die NATO auf ihre eurostrategischen Pläne verzichtet“, sagte in einem Gespräch mit mir Guy Dilweg, Generalsekretär der niederländischen Abteilung der Pax

Christi, die in der Antikriegsbewegung des Landes großen Einfluß hat. „Die Raketen werden bei uns nicht einziehen.“

Guy Dilweg baut auf politischen Realitäten. Die Antikriegsbewegung genießt im Lande breite Unterstützung und stellt eine reale Kraft dar. Sie hat den Kampf gegen die Stationierung der Neutronenbombe in Europa mit eingeleitet. Nicht von ungefähr wurde diese Bewegung, die sich auf ganz Westeuropa ausbreite und Washington und die NATO zu einem Rückzug zwang, „Hollanditis“ genannt. Vor anderthalb Jahren fand in Amsterdam eine nach den hiesigen Begriffen beispiellose Protestmanifestation statt.

Für Ende Oktober ist eine neue, noch größere Antikriegsmanifestation geplant. Jetzt werden Vorbereitungen dazu getroffen. Die Protestaktio-

nen werden sich vor allem auf den Luftstützpunkt De Peel konzentrieren. In den ersten Apriltagen kamen Hunderte Demonstranten zum Stützpunkt. Sie richteten an die Regierungspartei „Christlich Demokratischer Appell“ (CDA) und den Verteidigungsminister eine Botschaft mit dem Protest gegen die Pläne der Stationierung von US-Raketen. Manifestationen und Demonstrationen rollten über das ganze Land.

Auch Parlamentarier stehen in diesem Kampf nicht abseits. Vor kurzem richteten Frinking und de Boer, Experten der CDA-Parlamentsfraktion für Fragen der Verteidigung und Außenpolitik, ein vertrauliches Schreiben an den Ministerpräsidenten, das jedoch publik wurde. Darin heißt es, die Regierung müsse darauf gefaßt sein, daß das Parlament den Vorschlag für die Raketenstationierung zurückweise.

Mitte März nahm die zweite Kammer des niederländischen Parlaments zwei Resolutionen an, die im Lande eine positive Aufnahme fanden. Die erste fordert die Regierung auf, zusammen mit Beratern einen konkreten Plan für eine „beträchtliche Reduzierung der den Niederlanden aufgetragenen nuklearen Aufgaben“ auszuarbeiten. Es handelt sich um die allmähliche Beseitigung der im Lande befindlichen amerikanischen

DEM FRIEDEN EINE CHANCE

Klub der kernwaffenfreien Städte völkerrechtlich anerkannt

Eine weiße Taube mit ausgebreiteten Schwingen vor einem blauen Himmel. Eine Sonnenblume auf blauem Feld. Ein Marschflugkörper in einem Verbotschild für Kraftfahrzeuge. Solchen Schildern kann man immer häufiger an Einfahrten in Städte und Ortschaften Westeuropas begegnen. Ihre Bedeutung erläutert die Aufschrift: „Kernwaffenfreie Gemeinde“.

Entstanden war diese Bewegung kurz nach dem NATO-Beschluß, neue US-Raketen in Europa zu stationieren. Im Herbst 1980 erklärte sich die Stadt Manchester zu einer kernwaffenfreien Zone und forderte andere britische Ortschaften auf, ihrem Beispiel zu folgen. Dieser Aufruf fand nicht nur auf den britischen Inseln eine starke Resonanz, wo es gegenwärtig 155 kernwaffenfreie Gemeinden mit

35 Millionen Einwohnern gibt. In Holland sind es über 100 und in der BRD etwa 180. Ein Drittel aller italienischen und die Hälfte aller belgischen Städte und Ortschaften nehmen an dieser Bewegung bereits teil.

Der Klub der kernwaffenfreien Gemeinden wurde international. Diesen Status verlieh ihm die erste Begegnung (11./12. April, Brüssel) von Stadtvätern und Aktivisten der Antinuklearbewegung der westeuropäischen „Fünf“ potentiellen Stationierungsländer. Bürgermeister seien näher an der Bevölkerung als manche Politiker auf Minister sesseln, erklärte einer der Organisatoren, der Präsident des belgischen Nationalkomitees für Frieden und Entwicklung, Pierre Galand, auf dem Treffen. Sie wüßten besser über die Stimmung der Massen Bescheid. Und die

Atomwaffenlager. Die zweite Resolution orientiert die Regierung auf die Erörterung von Bedingungen, unter denen das Land an der Schaffung einer kernwaffenfreien Zone in Mitteleuropa teilnehmen könnte.

Im Dezember 1979 unterstützte die niederländische Regierung im Prinzip den NATO-Raketenbeschuß. Seitdem haben sich drei Regierungen abgelöst. Keine davon gab ihre endgültige Zustimmung zur Stationierung von US-Raketen in den Niederlanden. Die jeweiligen politischen Führer des Landes müssen nämlich in Betracht ziehen, daß die überwiegende Bevölkerungsmehrheit gegen die NATO-Pläne auftritt. Bei einer kürzlichen öffentlichen Umfrage erklärten rund 80% der Niederländer: Wenn neue Kernwaffen in ihrem Lande auftauchen, werden sie die

Kampagne des "zivilen Ungehorsams" unterstützen.

Der gegenwärtige Ministerpräsident Lubbers gab wiederholt die Treue seiner Regierung zum NATO-Beschluß von 1979 bekannt. Dennoch meinte er bei einer Begegnung mit ausländischen Journalisten am 15. Februar, in seinem Lande werde es keine "automatische" Stationierung neuer Kernwaffen geben. Er sagte u. a.: "Selbst wenn die Genfer Verhandlungen scheitern, bleibt die Möglichkeit, ein Szenario durchzudenken, bei dem die Niederlande auf die Raketenstationierung verzichten."

Die Antikriegsstimmungen, die faktisch alle Schichten der nieder-

Foto aus: "NRC-Handelsblad"
(Niederlande)



Masse der Westeuropäer wolle, daß ihre Sicherheit auf Entspannung und Zusammenarbeit, nicht aber auf Konfrontationspolitik und weiteren Kernwaffenlagern basiere. Sie wolle, daß die Genfer Verhandlungen mit einem Beschuß beendet werden, der die Stationierung neuer Raketen untersagt. Die Bewegung schlässe sich den Stimmen an, die, wie es in einem Antikriegssong heißt, 'dem Frieden eine Chance' fordern.

Hier einige Kurzinterviews mit Teilnehmern des Treffens.

M. Matthijs, Bürgermeister der belgischen Stadt Lommel:

"In meiner Gemeinde leben 26 000 Menschen. Auf dem bei Lommel gelegenen Soldatenfriedhof sind doppelt so viele begraben. Im Falle eines neuen Krieges könnte meine kleine Stadt zu einem einzigen großen Grab werden. Damit es nicht dazu komme, haben wir sie zur kernwaffenfreien Zone erklärt und unternommen alles in unseren Kräften Stehende, damit sie niemals zu einer Kriegszone werde."

W. Risby, Stadtrat von Manchester, Präsident des Landesverbandes Kernwaffenfreie Zonen Großbritanniens:

"Das Echo auf den Appell von Manchester hat all unsere Erwartungen übertroffen. In den seither vergangenen zweieinhalb Jahren sind wir zu einer Massenbewegung geworden, zu der heute nicht nur Städte Westeuropas, sondern auch der USA, Neuseelands ... zählen. Vor kurzem hat die Labour Party, der ich angehöre, öffentlich erklärt, wenn sie das Staatsruder übernehme, werde sie dafür sorgen, daß es auf britischem Boden keinerlei Kernwaffen gebe. Die jetzige Regierung hat leider eine andere Einstellung. Wir halten es für unsere Pflicht, unseren Landsleuten die Wahrheit zu vermitteln. Die neuen Raketen, so sagen wir ihnen, bringen uns an den Rand eines Abgrunds. Wenn nicht wir mit dem Weltfrieden Schluß machen, macht es mit uns Schluß."

M. Lalleroni, Stadtrat des italienischen Perugia, Sekretariatsmitglied des Friedenskomitees in der Provinz Umbrien:

"Unsere Erfolge sind bescheidener als die der englischen Kollegen. Aber die italienische Antikriegsbewegung wird stärker. Wir haben die Organisation 'Wissenschaftler für den Frieden' gegründet. Ihre Mitglieder berichten den Italienern sachkundig und objektiv von den

ländischen Gesellschaft erfaßt haben, verärgern die Anhänger einer 'Raketisierung' Europas. Sie reden den Niederländern ein, die US-Raketen seien lediglich ein Gegengewicht gegen die sowjetischen SS20-Raketen.

Guy Dilweg sagte mir: "Wir haben diese Frage gründlich studiert und sind zu dem Schluß gekommen, daß solche Behauptungen nicht der Wirklichkeit entsprechen. Unsere Kampagne richtet sich gegen die US-Waffen, und zwar nicht, weil wir, wie manchmal behauptet wird, Agenten des Kreml sind. Die sowjetischen Raketen sind nur ein modernisiertes Modell der in Europa seit langem bestehenden Systeme. Deshalb betrachten wir sie nicht als Faktor der Destabilisierung. Die US-Raketen dagegen sind eine Waffe neuer Generation. Ihre Stationierung würde den Anfang einer weiteren und dazu äußerst gefährlichen Runde im Wettrüsten bedeuten."

In den Niederlanden heißt es, Gott habe die Erde geschaffen, die Niederländer aber ihr Land. In der Tat haben sie durch ihre Dämme dem Meer fast die Hälfte ihres Territoriums abgerungen. Jetzt wollen sie ihre Heimat vor einer viel furchtbaren Flut, der nuklearen, schützen.

W. BOIKOW

Amsterdam

Gefahren einer weiteren Rüstungsspirale. Ende Mai planen wir die erste Landeskonferenz der Bürgermeister kernwaffenfreier Gemeinden. Sie soll u. a. den Kampf gegen die Stationierung von US-Raketen in unserem Land koordinieren."

B. Brehl, Bürgermeister des bundesdeutschen Mörfelden-Walldorf:

"Meine Stadt hat nur 30 000 Einwohner. Warum wir uns zur kernwaffenfreien Zone erklärt haben? Nicht weit von uns liegen ein großer Militärsitzpunkt der USA und amerikanische Waffenlager. Wir wissen, daß die fremden Waffen uns in eine Zielscheibe verwandeln können. Es wäre besser, wenn die Amerikaner ihre neuen Raketen zu Hause ließen. Deshalb wünschen wir den Erfolg der Genfer Verhandlungen."

Die Begegnungsteilnehmer verallgemeinerten die Erfahrungen bei der Schaffung kernwaffenfreier Städte und diskutierten ihre rechtlichen Möglichkeiten. In einer Adresse fordern die Bürgermeister ihre Kollegen und alle Menschen guten Willens auf, konkrete Schritte für ein kernwaffenfreies Europa und für die Befreiung der Welt von Nuklearwaffen zu ergreifen.

B. SLAWIN

Brüssel

DER AGGRESSOR MUSS GEHEN

In Moskau weilte auf Einladung des Sowjetischen Solidaritätskomitees der Länder Asiens und Afrikas der Vorsitzende der Sozialistischen Fortschrittpartei Libanons, Walid JOUMBLATT. Er gab unserem Korrespondenten Lew Jelissejew ein Interview.



Wie entwickelt sich Ihrer Meinung nach die innenpolitische Lage in Libanon jetzt, nach der israelischen Aggression?

Es ist ganz deutlich, daß im Ergebnis dieses räuberischen Überfalls die Einheit und die territoriale Integrität Libanons als eines souveränen arabischen Staates in Frage gestellt sind. Vor diesem Hintergrund hat sich die innenpolitische Lage dadurch ernsthaft zugespielt, daß die Kataeb-Partei der libanesischen Falangisten mit direkter Unterstützung Israels danach strebt, ihre absolute Herrschaft über das ganze Land zu errichten. Die Handlungen der Falangisten führen zu direkten bewaffneten Zusammenstößen zwischen den Libanesen selbst, und sind den demokratischen Prinzipien, die die Grundlage der einheitlichen Staatsmacht bilden, abträglich. Die Kämpfe, die die Falangisten im Libanon-Gebirge provoziert haben, sind keineswegs ein Krieg zwischen Drusen und Christen, wie das einige hinstellen. Lebten ja vor der israelischen Okkupation eines Teils von Libanon, vor der Aktivierung der Falangisten Drusen und Christen in Frieden und Freundschaft, vermochten stets Verständnis füreinander zu finden. Die Mitglieder der drusischen Gemeinde sind ein unfrankbarer Teil des libanesischen Volkes. Sie kämpften seinerzeit mit der Waffe in der Hand für die Unabhängigkeit des Landes.

Heute ist es in Libanon notwendig wie nie zuvor, mit dem religiösen Hader und den brudermörderischen Konflikten aufzuräumen und die Einheit anzustreben, um den Versuchen Israels, unser Land zu spalten, eine Abfuhr zu erteilen. Zusammenschließen müssen sich alle progressiven und patriotischen Kräfte des libanesischen Volkes. Im Rahmen der Anstrengungen zur Erreichung einer solchen Einheit unterhält die Sozialistische Fortschrittpartei Beziehungen des gegenseitigen Verständnisses und der Zusammenarbeit mit einer Reihe politischer Organisationen Libanons, darunter der Kommunistischen Partei.

Ich möchte auf ein weiteres Problem verweisen. Wenn vom "Abzug aller ausländischen Truppen" vom libanesischen Territorium gesprochen wird, muß man natürlich einen prinzipiellen Unterschied zwischen den israelischen Truppen, die nach Libanon als Aggressoren im Sommer v. J. eingedrungen sind, und den syrischen Truppen machen, die 1976 im Bestand der Arabischen Sicherheitsstreitkräfte in unser Land entsandt wurden. Zudem ist nicht zu vergessen, daß Syrien und Libanon zwei arabische Bruderstaaten sind.

Was die UNO-Truppen angeht, so ist meiner Meinung nach eine solche Form der Kontrolle zur Gewährleistung der Sicherheit Libanons und dessen Bevölkerung gegenwärtig die beste. Doch sei gesagt, daß jene multinationalen Kontin-

gente, die jetzt auf dem Territorium Libanons stationiert sind, eine aktiveren und konstruktiveren Rolle spielen könnten.

Wie bewerten Sie die Verhandlungen, die Libanon jetzt bereits einige Monate mit Israel und den USA führt?

Die offizielle Haltung Libanons ist bekannt: Wir wollen den vollen Abzug der israelischen Truppen aus unserem Land ohne irgendwelche Vorbedingungen. Doch jetzt ist völlig klar, daß Israel und die USA bei diesen Gesprächen unausgesetzt Druck auf die libanesische Regierung ausüben, wobei sie versuchen, uns einen Separathandel à la Camp David aufzuoktroyieren. Eine derartige "Regelung" ist für uns völlig unannehmbar, da sie den nationalen Interessen des Landes widerspricht. Israel strebt offen danach, maximalen politischen und wirtschaftlichen Vorteil aus seiner Aggression in Libanon zu ziehen. In den von ihm besetzten Gebieten will es einen Ausgangspunkt für Aktionen gegen die anderen arabischen Länder, vor allem gegen Syrien, schaffen. Die Zionisten und ihre Helfershelfer hoffen, daß sie durch die Schaffung einer gespannten, instabilen Lage in der Region sowie durch ständige Drohungen gegen Libanon, Syrien und Jordanien mit einer weiteren bewaffneten Eskalation den arabischen Staaten ihren



Das Konzentrationslager "Ansar" in Südlibanon, in dem Palästinenser und libanische Patrioten schmachten.

Aus: "Palestine" (Belgien)

Der schwedische Arzt David Henley berichtete darüber, wie die Okkupanten Schulen, Krankenhäuser und andere zivile Objekte, die das israelische Kommando die Sturm hatte, als "Militärobjekte" zu bezeichnen, vernichteten. Wie auf der Konferenz hervorgehoben wurde, verübt die israelische Soldateska weitere Verbrechen. Anhand der Diskussionsbeiträge

KEINE VERJÄHRUNG!

Für die Verbrechen des zionistischen Militärklüngels in Libanon kann es keine Verjährungsfrist geben. Die Untersuchung der Verbrechen wird fortgesetzt, immer neue Aussagen von Augenzeugen des Völkermordes und der Barbarei laufen ein. Sie wurden auf einer von der Organisation für Afro-Asiatatische Solidarität (AAPSO) angeregten internationalen Konferenz der Solidarität mit dem palästinensischen und dem libanesischen Volk erörtert. Nach Athen, wo die Konferenz am 16. und 17. April tagte, kamen Delegationen aus beinahe 130 Ländern, darunter eine sowjetische Delegation

unter Führung des Kulturministers der RSFSR, Juri Melentjew.

AAPSO-Generalsekretär Nouri Abdel Razzak stellte in seiner Ansprache fest: "Die Tragödie des palästinensischen und des libanesischen Volkes, an denen die israelischen Zionisten ihre Verbrechen verübt haben, wird in der Geschichte als eine Schmach erhalten bleiben." Heftig verurteilt wurden auf der Konferenz auch die Gönner der verbrecherischen Aktion. So verwies der US-Jurist Francis Lamb darauf, daß die amerikanischen Waffenlieferungen für die israelischen Aggressoren nicht nur gegen das Völkerrecht, sondern auch gegen die US-Gesetze verstößen.

Willen werden aufzwingen können. Die legitimen Forderungen des palästinensischen Volkes werden dabei vollständig ignoriert.

Doch die historischen Erfahrungen des Nahen Ostens zeigen, daß die Probleme durch Blutvergießen nicht gelöst werden können. Es verschärft die Lage nur noch weiter. Alles wird auch dadurch kompliziert, daß die USA weiterhin hartnäckig und vorbehaltlos Israel moralisch und materiell unterstützen, dem Aggressor helfen, sein Militärpotential immer weiter zu verstärken. Die Völker der arabischen Länder sehen all das sehr wohl und müssen für sich die entsprechenden Schlüsse bezüglich der USA und deren Administration ziehen. Die Vereinigten Staaten sollten endlich einmal darüber nachdenken, ob eine derartige Politik ihren eigenen langfristigen Interessen im Osten der arabischen Welt entspricht.

Die Nahostkrise gibt es schon lange. Welche Schritte könnten Ihrer Meinung nach zu einem Nachlassen der Spannung führen?

Die Beschlüsse der arabischen Gipfelerkonferenz von Fes waren ein positiver Schritt bei der Suche nach Wegen für eine Nahostregelung. Sie decken sich in ihren Hauptpunkten mit den Vorschlägen der Sowjetregierung für Maßnahmen, die für eine gerechte Lösung der Palästinenserfrage, des Kernstücks einer Nahostlösung, unternommen werden müßten. Wir sind voll und ganz für eine repräsentative internationale Konferenz, die sich mit einer umfassenden Nahostregelung befassen würde. Unbedingt müßte natürlich auch die Sowjetunion an einer solchen Konferenz teilnehmen. Alle Versuche, die UdSSR von dieser Regelung fernzuhalten, bewahren die Spannung in unserer leidgeprüften Region.

Die Moskauer Begegnungen und Gespräche unserer Delegation mit der sowjetischen Führung haben ein weiteres Mal überzeugend demonstriert, daß die fortschrittlichen Kräfte der arabischen Länder in der Sowjetunion einen zuverlässigen und treuen Freund haben.

und der auf der Konferenz erörterten Dokumente wurde einmütig ein Appell an die Regierungen, Parlamente und Völker aller Länder angenommen. Darin wird die Wiedereinsetzung des arabischen Volkes von Palästina in seine unveräußerlichen Rechte entschieden unterstützt sowie dazu aufgerufen, Sofortmaßnahmen zur Einstellung der noch immer währenden Aggression Israels zu treffen.

Die Weltöffentlichkeit hat erneut die Untaten der Zionisten angeprangert, die bis heute unter dem Schutz der "internationalen Sicherheitskräfte" der NATO-Länder, darunter von Einheiten der US-Eingreiftruppe, in Libanon ihr Unwesen treiben.

D. SGERSKI

NZ

STANDPUNKT

GETARnte ERPRESSUNG

Washington bangt immer mehr um die Aussichten seiner Nahostpolitik. Nicht nur wegen der Bombenexplosion in der Beiruter US-Botschaft. Seine Beunruhigung entspringt u. a. der Weigerung Jordaniens, auf der Plattform des berüchtigten Reagan-Plans in Verhandlungen mit den USA einzutreten. Zunächst hatte die jordanische Regierung erklärt, sie mache eine endgültige Entscheidung in dieser Frage von der Begegnung mit der PLO-Führung abhängig, die Amman vertreten sollte. Nach dem Treffen König Husseins mit Yasser Arafat verlautbarte Amman, Jordanien werde auch jetzt keine Verhandlungen im Namen der Palästinenser führen und weigere sich gleichzeitig, Separatschritte zur Nahostregelung zu unternehmen.

Diese im politischen Wind des Nahen Ostens auf den ersten Blick keineswegs so wesentliche Episode brachte westliche Kommentatoren zu der fast einhelligen Schlußfolgerung: Der "Reagan-Plan" ist tot. Höchste Beamte der Administration, darunter auch der Chef, machten sich fieberhaft an die Wiederbelebung dieses Projekts. Der Präsident wischte zwei Apriltage lang buchstäblich nicht vom Telefon. Er sprach mit König Hussein, um ihn zur Änderung seiner Haltung zu überreden, mit den Herrschern von Saudi-Arabien und Marokko, denen er Druck auf den jordanischen Monarchen nahelegte. Der Sultan von Oman, Qabus, wurde nach Washington gebeten. Und Hals über Kopf flog der britische Außenminister Pym, den der "Seniorpartner" mit einer Art Maklermission beauftragt hatte, in nahöstliche Hauptstädte. Doch bislang blieb das alles ohne Erfolg.

Der "Reagan-Plan" hatte nämlich gar keinen überraschenden "Genickschuß" erhalten, wie die Amerikaner das behaupten, sondern ein bundesdeutscher TV-Kommentator hatte recht mit seiner Äußerung, dieser Plan sei ein "totgeborenes Kind". Da es den Palästinensern das Recht auf Selbstbestimmung und auf Schaffung eines eigenen unabhängigen Staates abspricht, war Reagans Projekt von Anfang an zum Mißerkolp verurteilt, weil es den Weg zu einer gerechten Nahostlösung nicht öffnet, sondern versperrt. Die Palästinenser und alle patriotisch gesinnten Araber weisen den Plan selbstverständlich seit langem unzweideutig zurück.

Andererseits ist bekanntlich auch die Regierung Begin gegen den Plan. Was verbirgt sich hinter dieser Opposition? Sie verdeutlicht die zynische Kalkulation, daß sich von Washington mehr erreichen lasse, als der im Grunde schon proisraelische "Reagan-Plan", und zwar die uneingeschränkte Billigung der Annexionsspläne Tel Avivs. Dort weiß man sehr gut, daß Washington diesen Plan einzig und allein dazu erdacht hat, die Araber zu erpressen und die Spaltung in ihren Reihen zu vertiefen. Inzwischen ist das unübersehbar. Und geht man der Sache weiter auf den Grund, dann erinnert das Hätscheln des "totgeborenen Kindes" doch recht an eine Aktion zur diplomatischen Tarnung einer neuen israelischen Aggressionsvorbereitung.

Sollte Washington wirklich zufällig gewissen "radikalen Elementen" am Reinfall seines Plans schuld geben, während es die sogenannten gemäßigten Araber anfehlt, ihn zu retten? Dabei versteigt sich die US-Regierung dazu, diesen "Gemäßigten" beinahe schon die Nichtenkennung der PLO zu empfehlen. Eine ausgemachte Selbstentlarvung der USA bedeutet ihr Entweder-Oder: entweder Zustimmung zum "Reagan-Plan" oder eine weitere Kolonialisierung und letztlich die Annexion Cisjordaniens und des Ghaza-Streifens durch Israel. Die israelische Regierung hat bestimmt nicht ohne Hintergedanken gerade zum jetzigen Zeitpunkt den Bau von weiteren 57 "Wehrdörfern" verkündet. Das ist eine bewußte und provokatorische Entscheidung, die natürlich mit der genauso provokatorischen Politik der Begin-Regierung gegenüber Libanon und mit der fortgesetzten israelischen Truppenkonzentration im Bekaa-Tal zusammenhängt, von wo aus Syrien ins Visier genommen wird.

Angesichts all dessen ist klar, welchen Zweck die amerikanischen Hintermänner Tel Avivs mit der weiteren Spaltung der Araber verfolgen. Im Hinblick auf eine drohende neue Aggression soll ihre Solidarität untergraben werden. Das ist um so niederträchtiger, als sich Washington gleichzeitig dringend um eine Stärkung seines strategischen Bündnisses mit Israel bemüht. Im April hat kein anderer als CIA-Direktor Casey das Land aufgesucht, natürlich ohne daß davon Aufhebens gemacht wurde. Doch wir gestatten uns die todsichere Vermutung, daß nicht ohne Hilfe Caseys und seinesgleichen neue antiarabische Akte vorbereitet werden, denen der "Reagan-Plan" als Tarnung dienen soll.

Dmitri WOLSKI

WIE DER HECHT BADEN GING

Die Abhalterung des amerikanischen Präsidentenberaters Richard Allen (Foto), der bei den für die USA so unerhörten und undenkbar Delikten wie Bestechung und Korruption erfaßt wurde, ist nicht nur als Abläufhandel zu betrachten. Der ganzen Welt wurde damit wieder vor Augen geführt, daß Washingtons Politikerclan noch die christlichen Gebote gelten, daß es dort nicht an Nachreifer der barfüßigen und ärmlichen Apostel mangelt, die Demut und Armut als den wahren Segen ansehen.

Nun hat man den fetten Hecht jedoch ins Wasser geworfen. Nach seinem Rücktritt etablierte sich Allen als Berater des Mitsubishi-Konzerns und einer Tokioter Bank. Das ist eine

feine Arbeit, die bescheidenen japanischen Klienten mit hochgestellten Leuten der US-Administration zusammenzubringen und ihnen beizubiegen, was sie zu sagen hätten, welche schwachen Stellen angekippt werden könnten, was zu tun und zu lassen ist. Für dieses Maklergeschäft erhält Allen jährlich 300 000 Dollar.

Hechte wie Allen schwimmen im Potomac mehrere. Der ehemalige CIA-Direktor William Colby bringt seine sehr reichen Erfahrungen als Konsultant einer Investmentgesellschaft aus Singapur ein. Der Ex-Minister für Transport, Brockman Adams, hat seine Liebe zum Lobbyismus entdeckt, und wird nun von japanischen Werftbesitzern und Fische-



reifirmen hoch und nicht uneigennützig geschätzt, die über Adams vorteilhafte Geschäfte abschließen. Stuart Spencer, der sich einst als politischer Berater Reagans herumlümmelte, ist jetzt, da er "im Interesse des Fortschritts und Völ-

kerfriedens" die Fäden Washington-Pretoria spinnt, geradezu aufgelebt. Charles Goodell war zunächst Senator, steckte die Sache aber dann auf und wurde Repräsentant einer französischen Gesellschaft.

Ihre grandiose Wendigkeit sowie ihr Aufstieg dient naiven Moralisten als beispielhaftes Vorbild und allen künftigen Allens und Adams als vorbildliches Beispiel. Beziehungen lassen sich gut verkaufen. Beziehungen zu Washingtoner Regierungsstellen sind überhaupt Gold wert, weil sie am meisten von diesem wertvollen Metall einbringen. Deshalb wird man die Alchimisten, die dazu verhelfen, es aus dem politischen Erz zu filtern, niemals baden gehen lassen.

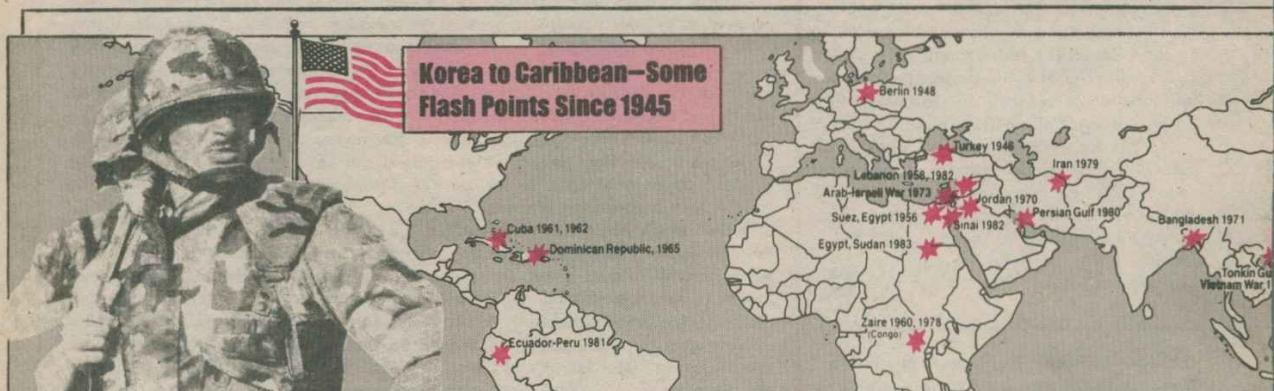
L. MAKAREWITSCH

Foto aus: "U.S. News & World Report" (USA)

ERST
DANN

Schauplatz w
ting in Ober
Schüler Jürgen
abends aus de
seine Schlüsse
aber schließen
beschoß er, i
Jugendklub zu
stieg durch ei
sich die Hand
für den der K
sagt, das zweit
den Raum, w
aufbewahrt w
nicht mehr, se
stern. Kurz na
Schüsse. Eine K
traf, erwies sic

Der Schütze
dieser Nacht h
Kriminellen, d
begangen ha



21 von 262

Wie oft hat Washington von seiner militärischen Faust Gebrauch gemacht? "U.S. News & World Report" liefert kompetente Auskunft: "Zumindest 262mal seit Ende des zweiten Weltkriegs haben die Vereinigten Staaten Streitkräfte zur Durchsetzung der amerikanischen Außenpolitik eingesetzt." Wo und wann? Von den 262 Fällen militärischer Einnahme der USA in Angelegenheiten souveräner Staaten zeigt das Piktogramm des Magazins lediglich 21.

Doch diese explosionsähnlichen Zeichen verdeutlichen, wie ausgedehnt die Ambitionen des Weltgendarms sind. Truppen, Flugzeuge und Schiffe der USA haben sich fast überall in der Welt eingemischt. Mit ihrer Hilfe wurden demokratische Regierungen gestürzt, nationale Befreiungsbewegungen unterdrückt, blutige Aggressionen verübt, Diktatoren und reaktionäre Juntas ans Ruder gebracht. Die USA waren Anstifter und Teilnehmer der meisten bewaffneten Konflikte nach 1945.

Die Angaben des Magazins resultieren aus einer eingehenden Expertenanalyse, die auch zu der Schlüffolgerung führte: Die weitverbreitete

Ansicht, nach der Vietnam-Affäre Zahl der Zwischenfälle unter US-Streitkräften abgenommenen Tatsachen. Sie bleibt stetig: 1975 und 1983 gegenüber 47 in den neun Jahren. Inzwischen bewaffnete Einmischung der USA in Angelegenheiten anderer Staaten seit 1945 einen Rekordstand erreicht. In Salvador, Nikaragua und Tierra del Fuego sind die "Brennpunkte" entdeckt worden. Präsident des Pentagon. Das ist die Logik der Politik der Stärke.

CHIESSEN, FRAGEN

Die Ortschaft Gauting. Der 14jährige Bergbauer kehrte spät nach Hause heim. Er hatte vergessen, zu Hause von alle. Deshalb in nahegelegenen Wäldern schliefen. Jürgen war ein, wobei er umfiel. Der Junge, wie dessen Leiter aus war, ging in den Verbandskasten. Aber er schaffte es, umde zu bepflanzen und bellten drei die Jürgens Kopftödlich.

ein Polizist. In die Polizei einem hrere Diebstähle en Hinterhalt ge-



on habe die Siligung von spricht nicht 44 zwischen en vorherge- en hat die die Angele- kalten Krieg anion und El d, an allen eigerlich die esetzmäßige

MICHAILOW

legt. Den 14jährigen Schüler der 7. Klasse hielten die Polizisten für den Einbrecher.

Eine tragische Verkettung von Umständen? Ein dummer Zufall?

Zwei Wochen vor dem Drama von Gauting streckte ein Hamburger Polizist einen 18jährigen Schüler, den er als Dieb ansah, mit einem Kopfschuß nieder. Zwei Tage danach starb in Augsburg der 19jährige Joachim Kaiser, der das Rotlicht überfahren und den Anruf der Polizei unbeachtet gelassen hatte, an Projektilen aus Polizeirevolvern. Um sich schießend, jagten die Polizisten dem Wagen nach. Sie behaupten, auf die Reifen gezielt, aber eben den Fahrer getroffen zu haben.

Drei Tote innerhalb von zwei Wochen. Alle drei unbewaffnete, keinerlei ernstlicher Vergehen schuldige junge Menschen.

Es gibt keine offizielle Statistik derartiger Fälle. Laut Gerd Schumann, Verfasser des kürzlich erschienenen "Schwarzbuch: die Polizei", feuerten allein zwischen 1976 und 1978 Ordnungshüter der BRD 412 Mal auf Menschen, was unter dem Strich 32 Tote und 218 Verletzte ergibt.

Bundespolizisten greifen mit und ohne Grund nach der Waffe, weil man ihnen das so beibringt. "Die Ausbildung der Polizisten im Schießen fordert blitzschnelles Ziehen der Waffe und genaues Treffen", schreibt der "Stern". "Beim Üben wird dem Beamten aber immer eine Situation vorgespielt, die er nur überlebt, wenn er eher am Drücker ist."

So wird eine Atmosphäre der Angst verbreitet. Die Polizisten veranschaulichen ihre Bereitschaft, zur Waffe zu greifen, da sie genau wissen, daß sie für die Ermordung eines Unschuldigen keine besondere Strafe zu erwarten haben.

1980 hatten Polizisten bei einer Terroristenjagd einen zufällig in das Einsatzgebiet geratenen Kraftfahrer erschossen, nur weil er verspätet auf die Forderung anzuhalten reagiert hatte. Das Gericht verurteilte den Mörder zu 7 Monaten mit Bewährung. Doch selbst solche symbolischen Strafen sind selten. "Nur etwa jeder zehnte Todesschütze in Uniform wurde in den



"COMMIE" AUS DEM ALL

Haben Sie nicht Lust, eigenhändig den dritten Weltkrieg auszulösen? Dazu müssen Sie Ihren B1-Bomber, versteht sich mit Kernwaffen an Bord, gegen ein Ziel in der Sowjetunion starten. Einfach und bequem. Sie selber dürfen sich dabei völlig in Sicherheit wiegen und nur Computerknöpfchen drücken. Den Flug des Bombers können Sie auf einem Bildschirm verfolgen. Allerdings muß die erbitterte russische Verteidigung durchbrochen werden, ehe das Flugzeug die Zielstadt erreicht, bombardiert und dann zur Base zurückkehrt".

Dieser Satz stammt aus der Anleitung zu einem neuen Videospiel, das den Briten angeboten wird. Bei einem nuklearen Konflikt sollten Sie laut Spielregeln, "die Verteidigung Ihres Landes mittels großangelegter Spionageoperationen oder Hochrüstung oder durch die Herstellung von Düsenjägern, Raketen, U-Booten und Raketenabwehrwaffen stärken".

Haben Sie keine Lust, Atomkrieg zu spielen, können Sie ein anderes Videoprogramm einlegen: "Kommunistische Mutanten aus dem All". Aufgabe ist es, die kosmischen Interventen — "Commis" — unschädlich zu machen.

Die den Briten so angepriesenen Videospiele sind in den USA bereits gang und gäbe. Kürzliche Umfragen erbrachten, daß sie den US-Bürgern im vergangenen Jahr mehr Geld aus den Taschen zogen, als Schallplatten und Kino zusammen.

Die Computerhersteller vervollständigen ihr Sortiment ständig. Immer häufiger kommen "Spiele" von der Art des "Auszieh-Pokers" und "Porno-Abenteuers" auf den Markt. Die Geschmacksrichtung, auf die sie abzielen, unterscheidet sich kaum vom Denkneuve jener, die vor dem Bildschirm "die erbitterte russische Verteidigung durchbrechen". Allerdings haben diese in Washington und einigen anderen westlichen Hauptstädten Gleichgesinnte, die die verantwortungslosen EDV-Spiele ganz gerne in der Praxis spielen würden. Ohne daran zu denken, daß die "Spielregeln" hier anders aussähen.

W. KSENIN

Karikatur aus: "Times" (Großbritannien)

vergangenen 10 Jahren wegen fahrlässiger Tötung oder Totschlags überhaupt angeklagt. Kein einziger Polizeibeamter mußte seine Uniformjacke an den Nagel hängen."

Gegen den Beamten, der Jürgen Bergbauer auf dem Gewissen hat, wurde allerdings ein Verfahren eingeleitet. Er bleibt jedoch auf freiem Fuß und im Dienst. Die Untersuchung des

Mordfalles Joachim Kaiser dagegen wurde eingestellt. Die Augsburger Staatsanwaltschaft teilte mit, die Kugel, die ihn getroffen habe, sei zu stark deformiert, um noch feststellen zu können, aus welchem Revolver sie stamme. Geschossen hatten nämlich gleichzeitig vier Polizisten.

Eigenbericht

Bonn

TRANSEUROPA - EXPRESS

Im April 1917 kehrte Lenin aus dem Schweizer Exil ins revolutionäre Petrograd zurück

Lenins Leben war eine ständige Bewegung auf das selbstgestellte Ziel zu. Mit 17 Jahren, als Student der Kasaner Universität, stößt er zum revolutionären Kampf. Der im Frühjahr 1897 nach Sibirien verbannte 27jährige Ulianow bleibt dort weiter an seiner Aufgabe. Mit 37 muß er als Verfolgter des Zarismus Rußland verlassen. 1917 — sein 47. Lebensjahr — bringt er in der Fremde, in der Schweiz. Das dürfte wohl die schwierigste Periode gewesen sein. Lenin drängt es in die Heimat. Aber eine Fahrt durch das vom Weltkrieg erfaßte Europa nach Rußland, wo im Februar die bürgerliche Revolution vollzogen worden war, ist nicht so einfach. Ein Ausweg wird schließlich gefunden, und Lenin kommt im April 1917 nach Petrograd. Diese Fahrt jedoch bot Anlaß zu allen möglichen Fälschungen, die noch heute immer wieder ans Licht gezerrt werden. So schreibt die bundesdeutsche "Quick": "Deutsche gaben ihm die Papiere (gefalscht), mit denen er sein Exil verlassen konnte. Deutsche stellten ihm den Eisenbahnwagen (gepolstert), in dem er heimlich nach Rußland reisen konnte. Von den Deutschen bekam er: das Geld, die Ideen, die Strategie. Sonst hätte dieser Lenin niemals Revolution machen können — damals, vor 60 Jahren."

Wie nun verlief die Rückkehr tatsächlich?

Geld

Man schrieb das vierte Kriegsjahr, der Zeitpunkt rückt heran, da die in Rußland entstandene revolutionäre Situation dessen Proletariat vor die Frage der Gründung eines neuen, sozialistischen Staatswesens stellt. Das Russische Büro des ZK der SDAPR(B) beschließt: "Ulanow muß unverzüglich kommen".

Aber wie?

Zwischen der neutralen Schweiz und Rußland liegen die kriegsführenden Staaten. Einerseits Frankreich und Großbritannien — Verbündete Rußlands —, andererseits Deutschland und Österreich, die sich mit diesen Ländern im Kriegszustand befinden. Für Lenin und andere Bolschewiki fiel der Weg über England oder Frankreich fort: Dort herrschte ein Einreiseverbot für Bolschewiki. Es blieb der Weg durch das gegen Rußland kämpfende Deutschland, obwohl klar war, dieser Schritt könnte dazu benutzt werden, Lenin des Staatsverrats zu bezichtigen. Das wußten sowohl das Russische Büro des ZK als auch Lenin.

Er quält sich um einen Ausweg. "Wir müssen um jeden Preis fahren, selbst durch die Hölle!"

19. März... Es entsteht der Gedanke, die deutsche Regierung um die Durchfahrt der russischen Emigranten im Austausch gegen in Rußland internierte Deutsche zu ersuchen. Lenin will diese Bitte im Namen aller in der Schweiz festzitzen russischen Bürger ohne Ansehen ihrer politischen Anschauungen vortragen. Diese schwierige Mission übernahm der Sekretär der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz Friedrich Platten. In Bern tritt er dazu mit dem deutschen Gesandten Romberg in Kontakt. Berlin antwortet bald positiv. Zu ebendieser Zeit soll, wie "Quick" behauptet, Lenin deutsches Geld erhalten haben.

Über welche Mittel verfügten die Ulianows damals? Die Mitreisenden erwähnen in ihren Aufzeichnungen das Gepäck, die Fahrtroute, sogar den Wagen, von Geld jedoch kein Wort. In der Schweiz befand sich in jenen Jahren eine ziemlich große Gruppe russischer politischer Emigranten. In den Erinnerungen Raissa Charitonowas, die 1916–1917 in Zürich lebte, gilt eine Seite der Abreise Lenins. Die Charitonowa berichtet, nach Lenins Ansprache auf dem Abschiedessen der abreisenden und der in der Schweiz verbleibenden politischen Emigranten wurde eine Liste der Mitfahrenden verlesen. Alle Abreisenden waren sich der ihnen drohenden Gefahr beim

Zwei Fotos in dieser schwedischen Zeitung halten die Ankunft Lenins in Stockholm fest. Unten eine Erklärung von Internationalisten verschiedener Länder zur Unterstützung des Beschlusses der russischen Revolutionäre, die Reise durch Deutschland zu unternehmen.



Transit durch Deutschland bewußt. Sie wußten auch, was sie in der Heimat erwartete. Doch trotz der Drohung der Provisorischen Regierung, jeden, der durch Deutschland nach Rußland fährt, vor Gericht zu stellen, entschlossen sie sich dazu.

In Zürich übergab Lenin der Charitonowa ein Sparbuch mit der Bitte, für ihn und Nadescha Krupskaja die April-Beiträge in der örtlichen Sektion der Bolschewiki zu bezahlen. Dieses Sparbuch mit der Nummer 611361 hatte Lenin bereits am 28. Dezember 1916 in der Zürcher Kantonalbank angelegt. Damals hatte er 100 Franken eingezahlt — die Bürgschaft, die die städtische Polizeiverwaltung zur Verlängerung der Aufenthaltsfrist forderte. Als er die Abreise nach Rußland vorbereitete, hob er 95 Franken ab. Auf dem Konto verblieben 5 Franken und 5 Centime.

Außerdem hatten Schweizer Sozialisten etwas Geld für die Reiseverpflegung der russischen Emigranten gesammelt. Und das war auch schon alles, was Lenin und seine Genossen besaßen. Dennoch faselten nach ihrer Ankunft in Petrograd bürgerliche Zeitungen davon, Ulianow habe von der deutschen Regierung 2 Millionen Franken erhalten.

Das ist die Geschichte von dem "deutschen Geld".

"Quick" erwähnt "gefälschte" (offenbar Reise-)Papiere, mit denen Lenin durch Kaiser-Deutschland gelangen konnte. Tatsächlich gab der damalige Generalstabschef des deutschen Heeres, General Ludendorff, sein Einverständnis zu der Durchreise der Bolschewiki mit Lenin. Weshalb?

Falsche Papiere

Am 27. März fuhren 30 russische Emigranten, unter ihnen 19 Bolschewiki, von Zürich in Richtung Grenze. Am deutschen Grenzpunkt Gottmadingen wurden sie von zwei deutschen Offizieren erwartet. Die Passagiere wurden gezählt und in einen deutschen Wagen umgesetzt.

Erhalten gebliebene Dokumente geben eine Vorstellung vom Verlauf der Fahrt. Drei Türen des Wagons waren verschlossen. Die vierte, rückwärtige, blieb offen. Das nächstliegende Coupe hatten die beiden erwähnten Offiziere belegt. Hier war auf dem Gangboden mit Kreide auch eine Linie gezogen, die die russischen Emigranten vom deutschen "Territorium" trennte. Niemand, außer



Sozialdemokr.
Bürgschaftsvereinigung

N° 21

Platz N:

Foto: Plakat

Die Karte zeigt den Weg Lenins aus der Schweiz ins revolutionäre Petrograd. Darunter einer der Scheine, die Platten jedem Reiseteilnehmer übergab. Sie waren das einzige Berechtigungspapier für die Fahrt durch Deutschland. Rechts das Telegramm aus Sässnitz an den Vertreter der Bolschewiki, Ganezki, in Stockholm.

dem Verantwortlichen der Fahrt, Platten, durfte diesen Kreidestrich übertreten. Jegliche "Grenzverletzung" — der Versuch, den Waggon zu verlassen oder irgendwelche Annäherungsversuche an Fremde —, hätte Anlaß zu Provokationen, zur Festnahme geben können.

Das Gepäck war in der Zollstelle bei der Einreise nach Deutschland untersucht worden. Die Ulanows hatten, wie aus Aufzeichnungen Lenins erheilt, "einen Korb mit Hausrat, einen Korb mit wertvollen Büchern, einen Karton mit Zeitungsausschnitten, ein Kästchen mit dem Archiv, einen Korb mit Zeitungen, einen schwedischen Petroleumkocher" bei sich.

Und die Reisepapiere? Sie wurden gar nicht gebraucht. Jeder besaß einen von Platten abgezeichneten Schein, der vorzuzeigen werden mußte, als die Passagiere auf der Station Gottmadingen den

deutschen Waggon betraten, sowie an der Ostseeküste in Sässnitz, beim Verlassen deutschen Bodens.

Von welchen "gefährdeten Papieren" hätte denn auch die Rede sein können, wo doch die Fahrt durch Kaiser-Deutschland unter den wachsamen Augen der Offiziere des deutschen Generalstabs stattfand? Die Waggoninsassen waren keineswegs an "gefährdeten Papieren" interessiert, wie "Quick" das behauptet, sondern daran,



jeleglicher Provokation, darunter auch einer mit "gefährdeten Papieren", aus dem Weg zu gehen. Der deutsche Generalstab hätte ja einen beliebigen Vorwand benutzen können, gegen Lenin und die Bolschewiki vorzugehen.

Der Reiseteilnehmer Michail Zchakaja entsinn sich:

"In Deutschland unternahm man Versuche, sich mit uns zu treffen. Besonders strengten sich die deutschen 'Vaterlandsverteidiger' wie Scheidemann und Konsorten an. Sie drängten uns auf verschiedenen Stationen, wo unser Waggon Aufenthalt hatte, ihre Visiten auf. Wir aber, allen voran Lenin, lehnten diese Begegnungen kategorisch und rigoros ab."

Der Kreidestrich auf dem Gang bedeutete gewissermaßen die Scheidelinie zwischen Leben und Tod.

Plombierter Waggon

Wie sah dieser Waggon überhaupt aus? Ist vielleicht er oder ein Prototyp erhalten geblieben?

Telefonisch bat ich den NZ-Berichterstatter in Berlin, Michail Podwigin, möglichst viel über den Waggon herauszufinden. Ein paar Tage später teilte er mir mit, er habe sich mit dem Direktor einer Gedenkstätte in Sässnitz getroffen, wo jetzt ein restaurierter Eisenbahnwaggon aus der Zeit des ersten Weltkriegs ausgestellt ist. In einem derartigen Waggon hatte Lenin 1917 Deutschland durchquert.

"Obrigens war der Leiter der Gedenkstätte, Genosse Alber, vor kurzem in Moskau", bemerkte Podwigin. "Du solltest dich mal umhören..."

Ich begebe mich also ins Zentrale Lenin-Museum am Platz der Revolution.

Der wissenschaftliche Sekretär des Hauses, Alexej Newerkowitsch, bestätigt, Hans Alber habe tatsächlich ein kleines Andenken an die Ausstellung der Sässnitzer Gedenkstätte hinterlassen.

Neugierig durchblättere ich die wenigen Seiten in der dünnen Mappe...

...Im März 1917 gab es auf den Schienenwegen Europas ein paar Dutzend Waggonarten. Infolge des Krieges wurde ihre Herstellung wesentlich eingeschränkt, und die Zugpaare jener Zeit wurden nach den vierzig Jahren nicht mehr eingesetzt.

Anfangs hatten Experten bei der Suche nach technischen Daten des Waggons eingehend alle veröffentlichten Erinnerungen der Reiseteilnehmer studiert. Dabei trugen sie interessantes Material zusammen, das sie mit den Archiven der Reichsbahn der DDR verglichen, wobei sie hundertprozentig erhielten, daß die Gruppe Lenins Deutschland in einem Waggon des Typs "Preußen" durchfahren hatte.

Im ganzen Lande wurde die Suche aufgenommen, und in einem Betriebswerk schließlich ein solcher Waggon vom Baujahr 1916 entdeckt. Das war schon ein Erfolg!

Man wandte sich an das Verkehrsmuseum der DDR. Dort fanden sich denn auch die technischen Unterlagen des genannten Waggons und ein paar Fotos von ihm. Nach diesen Unterlagen ließen 11 Betriebe der Republik den Waggon wiedererstehen, einschließlich der ursprünglichen Farbe und der Schilder am Coupe und in den Gängen. Er wurde nach Sässnitz gebracht, wo die russischen Emigranten 1917 auf das Fährschiff nach Schweden umgestiegen waren. Inzwischen wurde auf Beschuß des ZK der SED in Sässnitz die Lenin-Gedenkstätte eingerichtet.

In der Historischen Bibliothek in Moskau werden die 1924 erschienenen Memoiren Erich Ludendorffs aufbewahrt. Dort schneidet er Dinge in Verbindung mit der Deutschland-Durchquerung der Gruppe Lenin an. Ludendorffs Erinnerungen ist zu entnehmen, daß er die Erlaubnis für den Transit erhielt, in der Hoffnung, die aktive Arbeit der Bolschewiki unter Lenin für einen Kriegsausritt Rußlands werde zur Schwächung der russischen Armee führen. Die deutschen Generale vermochten nicht, alle Folgen ihrer Entscheidung abzusehen. Ludendorff mußte das später eingestehen.

Die deutsche Regierung habe mit der Durchreiseerlaubnis für Lenin eine besondere Verantwortung auf sich genommen, schreibt er. Militärisch gesehen sei seine Fahrt durch Deutschland gerechtfertigt gewesen. Rußland sollte fallen. Aber die deutsche Regierung habe darauf achten müssen, nicht mit Rußland zusammen unterzugehen.

Es blieb der Geschichte vorbehalten, das bürgerliche Rußland ebenso wie das Deutsche Reich untergehen zu lassen.

Weitere Augenzeugen

Ich versuchte mir den durch das brennende Europa dahinratternden Zug vorzustellen. Er schlingert über die Weichen; Felder, Bahnsteige, Menschen huschen vorbei... 30 Fahrgäste sitzen in dem Waggon, viele von ihnen haben ihre Erinnerungen an diese Reise hinterlassen. Doch dort waren auch die beiden deutschen Begleitoffiziere. Sie haben sich vermutlich Aufzeichnungen gemacht, Rapporte angefertigt, und das wären neue Einzelheiten! Wo könnten diese Notizen nur sein?

Wieder rufe ich Berlin an. Nach drei Tagen die Antwort:

"Ich habe mit dem Leiter der Denkstätte in Saßnitz telefoniert", sagt Podwigin. "Einer der Offiziere hat wirklich seine Erinnerungen auf 7 Seiten niedergeschrieben. Es handelt sich um den Hauptmann im Generalstab Wilhelm Bühring. Da er Russisch beherrschte (er stammte von Baltendeutschen ab), hatte er die Gespräche zu belauschen."

"Und was hat der Hauptmann erlauscht?"

"Fast nichts. Er erklärt das damit, man habe zu leise gesprochen".

"Was schreibt Bühring sonst noch?"

"In Saßnitz traf der Zug am späten Abend ein. Er wurde von Abgesandten der Militärkommandantur der Stadt empfangen, angeblich soll eine Villa für ein festliches Abendessen gemietet worden sein. In der Stadt wurde das Gerücht in Umlauf gebracht, es handele sich um durchreisende 'Großfürsten'. Das alles roch sehr nach Provokation, und Lenin lehnte Begegnungen entschieden ab. Übrigens war der Waggon, wie der Rapport des Offiziers ausweist, nicht verplombt..."

"Wie kam es dann zu der Version von dem verplombten Waggon?"

"Genosse Alber hat herausgefunden, warum Platten von 'verplombten Türen' schreibt. In Schwyzerdütsch (und Platten war Schweizerdeutscher) bedeutet das Wort 'verplombt' einfach 'verschlossen'".

* * *

Die Fahrt durch das kriegführende Deutschland dauerte drei Tage. Ein paar Stunden waren für das Übersetzen zur schwedischen Küste nötig. Und etliche Tage Zugreise bis zur russischen Grenze. Dann endlich Petrograd.

Seinen 47. Geburtstag feierte Lenin in Rußland. Das war vermutlich das schwierigste Jahr und sein glücklichster Geburtstag.

Mit diesem Jahr begann eine neue Epoche der Menschheit. Die Epoche der Großen Oktoberrevolution.

B. KOSLOW

BRD

DER BUNDESWEHR-REBELL

Gert Bastian und sein Buch

„Frieden schaffen.“

Gedanken zur Sicherheitspolitik“

Als die machtvolle Protestbewegung gegen die Washingtoner Pläne zur Stationierung neuer Nuklearraketen in Westeuropa entstand, versuchte die bürgerliche Propaganda deren Teilnehmer als Menschen hinzustellen, die sich von Emotionen leiten lassen und kaum etwas von der komplizierten modernen Militärstrategie verstehen. Bald schon jedoch schloß sich der Bewegung eine Gruppe Generale an, die hohe Posten in Armee und Stäben der NATO besetzten. Ihre Kompetenz in militärischen Fragen konnte niemand bestreiten. Unter ihnen war auch der Kommandeur der 12. Panzerdivision der Bundeswehr, Gert Bastian. In einem Schreiben an den Verteidigungsminister machte er deutlich, daß er mit dem "Raketenbeschuß" der NATO nicht einverstanden sei. Der rebellische General wurde zurückgetreten. Seine ehemaligen Kameraden wandten sich von ihm ab, die bürgerliche Presse verketzerte ihn als "Agenten Moskaus".

Aber Bastian ließ sich nicht mundtot machen. Er wurde zum Mitinitiator des Krefelder Appells, der die Bundesregierung auffordert, ihre Zustimmung zur Raketenstationierung zurückzunehmen. Er spricht auf vielen Antikriegskundgebungen. Er beteiligte sich an dem von den Grünen initiierten Internationalen Tribunal in Nürnberg, das die NATO-Pläne als verbrecherisch und völkerrechtswidrig deklariert. Anfang d. J. erschien sein Buch "Frieden schaffen. Gedanken zur Sicher-

heitspolitik", in dem der General seinen Standpunkt darlegt.

Den wichtigsten Raum nimmt die Polemik mit jenen ein, die die geplante Raketenstationierung als "Nachrüstung" deklarieren, also als einen erzwungenen Schritt, der den "Ausgleich" zu den sowjetischen Mittelstreckenwaffen schaffen solle. Stimmt es, daß die NATO-Länder den sowjetischen Raketen gegenwärtig nichts entgegenzusetzen haben, fragt der General. Kalkuliert man nur die landgestützten Raketen ein, wie die Verfechter der "Nachrüstung" das tun, dann besitzt die sowjetische Seite tatsächlich ein Übergewicht. Nur Frankreich besitzt 18 landgestützte Raketen. Sie sind jedoch nur ein unwesentlicher Teil des eurostrategischen NATO-Potentials. Die meisten westlichen Kernraketen, die auf sozialistische Länder zielen, sind unter Wasser basiert. Berücksichtigt man alle westlichen Waffen, darunter auch die Trägerflugzeuge für Kernwaffen, dann kommt, wie Bastian schreibt, dabei heraus, daß der Osten keinerlei Übergewicht hat. Es besteht ein Gleichgewicht, "in dem beide Seiten über zwar technisch unterschiedliche, aber in der Zerstörungswirkung und im Umfang gleichwertige eurostrategische Raketenpotentiale verfügen".

Es ist kein Wunder, daß die sowjetischen Raketen fast zwei Jahrzehnte hindurch keinerlei Beunruhigung im Westen auslösten, wie es in dem Buch heißt. Die Ablösung der veralteten Systeme durch die perfekteren SS20 hat am Kräfteverhältnis nichts geändert."Gemessen an den

im Westen bereits vorhandenen eurostrategischen Systemen waren die Merkmale der SS20 allerdings keineswegs "sensationell." (Bastian). Diese Raketen dienten zur Aufrechterhaltung der Parität.

Ranghohe und gut informierte Repräsentanten des Westens haben mehrfach eingestanden, daß die "Nachrüstung" der NATO keineswegs vorgenommen werde, um den sowjetischen SS20 entsprechende Waffensysteme gegenüber-

häufiger und unverblümter bekunden, wird der Krieg mit Nuklearwaffen von der westlichen Führungsmacht nicht länger als völlig undenkbar betrachtet, sondern als ein zwar schreckliches, aber doch kalkulierbares Kriegsgeschehen von möglicherweise längerer Dauer angesehen, in dem ein Sieg möglich und bei erträglichen Schäden im eigenen Land auch lohnend sein könnte", schreibt der Verfasser.

Um ihr Land vor Zerstörungen zu schützen, wollen die USA einen künftigen Krieg auf Europa "begrenzen". Hier steckt nun die Antwort auf die Frage nach dem "Raketenrang" Washingtons. "Den Preis für diese Begrenzung müßten allerdings die Europäer bezahlen", bemerkt Bastian, "deren Kontinent bei jedem Krieg zwischen den Blöcken zum nuklearen Schlachtfeld werden würde." Die Hoffnungen des Aggressors, es werde ihm gelingen, mit "annehbaren Verlusten" davonzukommen, sind natürlich auf Sand gebaut. Wo immer er sich auch befände, er wird von einem Gegenschlag erreicht werden. Die Gefährlichkeit solcher Pläne jedoch ist offensichtlich.

"Eine wachsende Kriegsgefahr, nicht das versprochene Mehr an Sicherheit ist deshalb das Ergebnis von immer neuen und immer perfekteren Nuklearwaffen, ist vor allem die Folge der bevorstehenden nuklearen Aufrüstung Westeuropas", schlußfolgert Bastian.

Er sieht folgendes als unbegreiflich und völlig unzulässig an: Die Regierung des Landes, in dem alle Pershing 2 und ein wesentlicher Teil der Marschflugkörper aufgestellt werden sollen, kann oder will die damit verbundenen Gefahren nicht erkennen. Bekanntlich unterstützt die Bundesregierung uneingeschränkt die "Null-Lösung". Dabei versichert sie, die Reagan-Variante ließe sich jetzt oder später durchsetzen, wenn nur alle NATO-Länder fest hinter ihr stünden. Bastian aber schreibt, mit "Null" sei "ja keineswegs ein beiderseitiger Abbau aller jetzt schon bereitgehaltenen östlichen und westlichen eurostrategischen Waffen gemeint, was allein ein seriöser Vorschlag wäre". Damit werde praktisch eine einseitige Abrüstung der UdSSR im Bereich der Mittelstreckenraketen gefordert. Für einen Militärexperten besteht an der Absurdität solcher Forderungen kein Zweifel. "Nein, die 'Null-Option' wird das Problem nicht lösen. Sie wird es den Europäern nicht ersparen, ihre Interessen zu wahren."

Gert Bastian: Will neue US-Raketen in der BRD verhindern

Foto aus: "Der Spiegel"

zustellen. Das erklärte z. B., wie Bastian darlegt, der Generalinspekteur der Bundeswehr auf einer Kabinettsitzung am 31. März 1982. Colin Gray, Berater der amerikanischen Rüstungskontrollbehörde, äußerte sich noch eindeutiger: Die Pershing 2 seien nicht zum Ausgleich sowjetischer SS20-Raketen bestimmt und würden von den USA auch dann benötigt, wenn auf der Gegenseite keine einzige SS20 mehr vorhanden wäre.

Weshalb dann will Washington seine Pershings und Marschflugkörper auf europäischem Boden dislozieren?

Bastian meint, das liege an der veränderten Nuklearstrategie Washingtons. Als die für den Erstschlag bestimmten Waffensysteme mit höherer Zielgenauigkeit aufkamen, entwickelte das Pentagon die Theorien von der Gewinnbarkeit eines Kernkrieges. "Wie Stimmen in den USA immer

Diese Interessen erfordern sofortige Schritte zur Verringerung der Kriegsgefahr in Europa. Nach Ansicht des Generals könnte der von der UdSSR vorgelebte Verzicht auf den Ersteinsatz von Kernwaffen auch für die NATO ein solcher Schritt sein. Die sowjetische Selbstverpflichtung wird von Bastian hoch bewertet, wobei er die Versuche der NATO-Propaganda, sie als Trick hinzustellen, entschieden zurückweist. Überzeugend widerlegt er auch die These, die NATO könne wegen der angeblichen Überlegenheit der Warschauer Vertragsländer an konventionellen Waffen nicht auf das Planen des Erstschlags verzichten. Das Buch enthält Angaben aus westlichen Quellen, die beweisen, daß die UdSSR und ihre Verbündeten keine Überlegenheit besitzen, die es ihnen erlauben würde, "Westeuropa zu erobern". Bastian selbst unterstellt der Sowjetunion keinesfalls aggressive Absichten. "Ich glaube jedenfalls nicht mehr an die Bedrohung des Westens durch das sowjetische Streben nach Weltherrschaft", schreibt er. "Und je lauter bei uns die Propagandatrommel geschlagen werden, um mit täglich neuen Meldungen von der Gefahr aus dem Osten die seit Jahrzehnten geschürten Ängste wachzuhalten, desto geringer wird mein Vertrauen in die Redlichkeit der westlichen Politik."

Ein zweiter Schritt zur Verringerung der Kriegsgefahr müßte nach Bastian der Verzicht der NATO auf die geplante Stationierung der Pershing 2 und der Marschflugkörper in Europa sein. Der dritte Schritt schließlich die unverzügliche Aufnahme von Ost-West-Verhandlungen über die Beseitigung aller Arten von Kern- und C-Waffen, die für die Kriegsführung in Europa bestimmt sind.

Bastians Buch enthält einige unakzeptable Wertungen und auch Widersprüche. Aber es ist ein ehrliches und aufrichtiges Buch, diktiert von der Besorgnis um die Zukunft seines Landes, Europas und der ganzen Menschheit. Dieses Buch warnt vor der Gefahr, die durch die Realisierung der Kernraketen-Pläne entstehen würde. Es ist ein Aufruf, alles zu ihrer Verhinderung zu tun.

Bei den Bundestagswahlen am 6. März wurde General a. D. Gert Bastian über die Liste der Grünen ins Parlament gewählt. Er erklärte, als Bundestagsabgeordneter vor allem dafür kämpfen zu wollen, daß auf dem Boden der BRD keine neuen US-Raketen auftauchen.

W. PAWLOW

BUSINESS AS USUAL

Notizen von der Leipziger Messe

Mit Bezug auf die Ost-West-Geschäftsbeziehungen wird dieses Statement der Geschäftsleute von der bürgerlichen Presse in letzter Zeit nur ironisch, bisweilen auch gereizt verwandt. Und das ist verständlich: Hat ja Washington seinen Verbündeten mit allen Mitteln zu suggerieren versucht, Business as usual (Geschäfte wie gewöhnlich) mit den RGW-Ländern bedeute, die allgemeinen Interessen des Westens zu verraten.

Die Anhänger einer Konfrontation mit dem Sozialismus hoffen, der Westen werde trotz der tiefen Wirtschaftskrise die führende Position in den Bereichen, die den wissenschaftlich-technischen Fortschritt bestimmen, behalten. Doch dieses strategische Kalkül ist eine Fehlkalkulation: Davon konnte man sich auf der Leipziger Frühjahrsmesse überzeugen.

Jahrhundertealte

Traditionen

Die Geschichte der Messe beginnt vor 8 Jahrhunderten, als der dortige Markgraf Leipzig das Monopolrecht für Handelsmessen in einem Umkreis von 7,5 km um die Stadt einräumte. Er kassierte dafür große Zölle von den angereisten Kaufleuten und Steuern von den Bürgern, die an Handel und Handwerk reich wurden. Die Stadt zog bereits damals durch ihre günstige geographische Lage die Kaufleute an: Hier kreuzten sich die Handelswege von Nord nach Süd und von West nach Ost. Die Vorteile der Förderung des Handels bewegten 1268 einen anderen Markgrafen, den freien Zugang nach Leipzig für Kaufleute selbst aus mit der Stadt im Krieg liegenden Feudalbesitzungen zu garantieren. Er versprach, alles zu tun, um die Kaufleute, die ihre Waren in die Stadt brachten, zu schützen und zu fördern.

Ebdiese weitblickende Politik führte dazu, daß die hiesigen Messen immer mehr zu einem Zentrum des europäischen Handels wurden. Und so wuchs auch die Stadt: Im 15. Jh. wurde hier die Universität eröffnet, schnell begannen sich die Wissenschaften und der Buchdruck zu entwickeln. Leipzig führte Geschäftsleute sogar in Kriegen zusammen. So war es während des Dreißigjährigen Krieges, bei

Napoleons Feldzügen und im ersten Weltkrieg.

Das Messegeschäft ging mit dem Machtantritt der Faschisten, die die Stadt durch den Unrechtsprozeß gegen Georgi Dimitroff in die Schlagzeilen rücken ließen, rapide zurück. Nach Hitlers Überfall auf die UdSSR wurden die Messen überhaupt eingestellt, und die Messepavillons dienten zur Flugzeugmontage. Im Dezember 1943 zerbombten amerikanische "fliegende Festungen" und britische Halifax-Maschinen 80% der Messeanlagen.

Nach Kriegsende fragten sich viele, ob Leipzig wieder zu einem Zentrum des europäischen Handels werden würde. Die sowjetische Militäradministration räumte die Zweifel aus. Stadtkommandant General Trufanow bestätigte sofort den Antrag der dortigen Antifaschisten zur Wiederaufnahme der Messen, "um so zur Fortsetzung der weltbekannten Leipziger Tradition beizutragen". Die erste internationale Messe nach dem Kriege fand im Mai 1946 statt.

Seitdem begrüßt Leipzig, treu seinen jahrhundertealten Traditionen, zweimal im Jahr, im März und im September, Geschäftsleute aus aller Welt. Die Frühjahrsmesse 1983, die unter der Devise "Für weltförmigen Handel und technischen Fortschritt" eine Rekordzahl von Besuchern aus allen Himmelsrichtungen zusammenführte, zeigte, daß die Entwicklung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen vom Streben nach Zusammenarbeit, nicht aber nach Konfrontation bestimmt wird.

Eine andere Philosophie

Die Geschäftsergebnisse der Leipziger Messen beeindrucken stets: In einer Woche werden hier Kontrakte über Hunderte Millionen Mark geschlossen. Allein ihre Aufzählung würde einige engbedruckte Seiten füllen. Die Frühjahrsmesse 1983 kann z. B. einen Großkontrakt wie das langfristige Abkommen UdSSR-DDR über gegenseitige Lieferungen von Werkzeugmaschinen (insgesamt 193 Mio Transferrubel) verzeichnen.

Natürlich werden derartige Großkontrakte zwischen den RGW-Län-

dern lange vor der Messe vorbereitet. Ihnen gehen nicht nur Verhandlungen zwischen den Außenhandelsorganisationen voraus. Der Handelsaustausch erfolgt auf der Grundlage der Langzeitprogramme für die Spezialisierung und Kooperation der Produktion sowie der gemeinsamen wissenschaftlich-technischen Entwicklungen. Ihre konkreten Ergebnisse in Form von Maschinen und Geräten, Werkzeugmaschinen und technologischen Prozessen waren umfassend an fast allen Ständen der Aussteller aus den RGW-Ländern vertreten. Die Leipziger Messe gilt zu Recht als Schaufenster ihres wissenschaftlich-technischen Fortschritts. So machten im sowjetischen Pavillon technische Neuheiten vier Fünftel aller 8000 Exponate aus.

...die Stände der 15 Betriebe des Kombinats Elektromaschinenbau (DDR), die eine breite Palette modernster Elektromotoren demonstrieren. Das Kombinat gehört zur internationalen Organisation Interelektro, in deren Rahmen die sozialistischen Länder die Perspektiven für die Wirtschaftswege bestimmen und die wissenschaftlich-technischen Forschungen koordinieren.

Welche kapitalistische Firma würde einem ausländischen Konkurrenten helfen, den technischen Stand seiner Werke heben und die Selbstkosten der Produktion senken? Doch gerade das tun die UdSSR und die DDR, wenn sie die Betriebe modernisieren. Das Institut Lengiproenergoprom projektiert, Elektrosila und eine Reihe anderer bedeutender sowjetischer Werke liefern Anlagen zum Ausbau der Produktion in der Elektromaschinenbaufabrik Sachsenwerk in Dresden. Durch diese Zusammenarbeit verdoppelt sich die Produktion von Elektromotoren, und die Arbeitsproduktivität nimmt um 84% zu.

Die Kontrakte der Außenhandelsorganisationen sozialistischer Länder sind also viel mehr als "gewöhnlicher Handel". Sie sind ein qualitativ neuer Typ von Geschäftsbeziehungen nicht nur der Form nach — die für Jahre im voraus geplante Zusammenarbeit innerhalb ganzer Branchen. Den Kriegen der imperialistischen Mächte um Exportanteile, dem Handelsprotektionismus, der sich besonders in der jetzigen Krise der kapitalistischen Wirtschaft verschärft, setzen die RGW-Länder eine andere Philosophie der internationalen Wirtschaftsverbindungen entgegen. Ihr Wesen ließe sich so formulieren: Die gegenseitige Hilfe, die die aktuellen und die langfristigen Interessen der souveränen Länder berücksichtigt, ist ein viel mächtigerer Motor des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts als die Rivalitäten.

Zukunftstechnologie

Um alles zu sehen, was die 9000 Aussteller auf der Messe demonstrierten, müßte man 100 km zurücklegen. Gleichzeitig findet hier eine Vielzahl von Spezialistentreffen in den verschiedensten Bereichen von Wissenschaft und Technik statt. Das ist nur gesetzmäßig: Der Austausch wissenschaftlicher Informationen und von Know how ist heute eher ein stärkerer Stimulator des technischen Fortschritts als der Handel mit Fertigerzeugnissen.

Die neuen Ideen, die bei den wissenschaftlichen und Berufskontakten erlangt werden, sind mit Geld nicht zu messen, doch ihre Effektivität übersteigt wohl sogar die Geschäftsergebnisse der Messe. Verständlich war deshalb das Interesse auch an den Diskussionen auf dem Internationalen Kongreß Mikro-

bringt auch Veränderungen im Alltag. Ein Mikrocomputer kann viele häusliche Dinge und die Freizeitgestaltung übernehmen: Er regelt den Fernseher und informiert über die neuesten wissenschaftlichen Entwicklungen.

Die Bedeutung der neuen Etappe der wissenschaftlich-technischen Revolution kann nicht hoch genug geschätzt werden: Das kommunistische Ideal — mehr Freizeit für die allseitige Entwicklung der Persönlichkeit — erlangt eine ihm adäquate technische Gestalt. Und umgekehrt führt die Diskrepanz zwischen der Zukunftstechnologie und den kapitalistischen Produktionsverhältnissen bereits heute in den westlichen Ländern zu neuen sozialen Spannungen. Die jüngsten Konjunkturübersichten stimmen darin überein, daß, selbst wenn in der kapitalistischen Weltwirtschaft der langerwartete Aufschwung einsetzen würde, Millio-

Die EG-Länder werfen die Frage nur auf, von den RGW-Ländern aber wird sie bereits in Angriff genommen.

Programmierung der Effektivität

"Das Monopol für wissenschaftliche Neuerungen in unserer Branche bleibt nicht lange bestehen", sagte mir ein Teilnehmer des Mikroelektronik-Kongresses. "Wir Elektronikfachleute gehen sozusagen parallele Wege: Wenn jemand bei uns oder im Westen auch vorschreibt, so bleibt der Abstand nur zwei, höchstens drei Jahre lang."

Im November 1979 wurde im VEB Maxhütte Unterwellenborn der erste Industrieroboter im Hüttenwesen der DDR in Betrieb genommen, zu Jahresbeginn aber waren in den Hüttenwerken der Republik 100 Universal- und 350 Spezialroboter im Einsatz. Die Gesamtzahl der in der DDR eingesetzten Roboter (einschließlich der Kleinroboter) belief sich 1982 auf 22 000, Ende 1985 aber werden es 45 000 sein. Allein 1983 werden in der UdSSR 7700 automatische Roboter hergestellt. In allen RGW-Ländern werden gegen Ende des Jahrzehnts 200 000 Industrieroboter im Einsatz sein — mehr als in den USA und in den Ländern Westeuropas zusammengekommen.

Heute entwickeln die RGW-Länder 58 Typen von Industrierobotern für den Masseneinsatz in der Produktion. Das sind bereits Roboter der zweiten Generation, die mit sensiblen, sich selbst regelnden Elementen versehen sind. Sie werden nach dem Prinzip der Schaffung von Modulen, d. h. Basiselektroniksystemen, konstruiert. Dieses Prinzip bringt den größten ökonomischen Effekt, da es erlaubt, verschiedene Modifikationen "denkender Maschinen" nach einer kleinen Zahl von Typmodellen zu erzeugen.

Das ist nicht die einzige Richtung der internationalen Programmierung der Effektivität. Die Computer helfen, die Langzeitprogramme der Zusammenarbeit selbst zu planen, für deren Erstellung und Verwirklichung eine neue Technologie der Bearbeitung und Verteilung der verschiedensten Informationen erforderlich ist. Im Internationalen System für wissenschaftliche und technische Information der RGW-Länder gibt es bereits 7 Spezialsysteme für die Bearbeitung von Dokumenten und 20 Branchensysteme zur Sammlung wissenschaftlich-technischer Daten.

Welchen Effekt die Entwicklung der internationalen Informationsindustrie haben kann, zeigt folgende Tatsache: Der Umfang der Informationen, die jährlich in der sowjetischen Volkswirtschaft zirkulieren, entspricht heute 25 Millionen



Dieser Mikroelektronikkomplex für die zentralisierte Leitung von Telefonverbindungen, Newa IM, wurde gemeinsam von Konstrukteuren der UdSSR und der DDR entwickelt

Foto: ADN

elektronik, der 400 Fachleute aus 15 Ländern zusammenführte.

Warum Mikroelektronik? Deshalb, weil die Lösung der Messe lautete: "Programmierte Effektivität durch Mikroelektronik".

Die Mikroelektronik schafft die Technologie der Produktion und Wissenschaft von morgen. Die noch junge Industrie der Informationsverarbeitung durch Mikrocomputer befreit den Konstrukteur und den Ingenieur von technischer Routine. Eine solche technische Revolution hat natürlich ihre besonderen Probleme. Die qualitativ neue Technik verlangt sowohl entsprechende Fachkräfte als auch eine Veränderung des Charakters der Arbeit, der Organisation und der Leitung. Sie

nen Arbeiter erwerbslos blieben. Sie würden durch Roboter ersetzt.

Die Mikrocomputerrevolution hat auch schwerwiegende Reibungen zwischen den kapitalistischen Machtzentren bewirkt. Das Tempo der Konkurrenz in der neuen Branche gibt Japan an. Die US-Elektronikfirmen forcieren die wissenschaftlich-technischen Entwicklungen, Washington aber sucht Tokio unter Androhung von Handelsrepressalien dazu zu bringen, Erfahrungen bei der Produktion von Mikroprozessoren "freiwillig" zu vermitteln. In der EG wird über den Rückstand in der "Informationstechnologie" gegenüber Japan und den USA geklagt: Auf die westeuropäischen Länder entfällt ca. ein Drittel des Weltmarkts bei Computern, doch nur 10% ihrer Produktion. Der einzige Weg zur Überwindung dieser Kluft ist, wie die EG-Kommission meint, die Ausarbeitung einer gemeinsamen Haltung zur Entwicklung der Elektronik.

Buchbänden je 500 Seiten; gegen Ende des Jahrzehnts wird sich das Informationsvolumen für Planung und Leitung verzwei- bis verdreifachen. Um die Wirtschaft zu modernisieren, werden in der UdSSR 15 Komplexprogramme zur EDV-Einführung verwirklicht.

Derartige Programme werden auch in den anderen RGW-Ländern realisiert. Und nicht allzu fern ist der Tag, da die heute im Aufbau begriffenen gesamtstaatlichen Informations- und Leitungssysteme zu einem einheitlichen System zur Planung der Integration der Volkswirtschaftskomplexe der sozialistischen Länder zusammengefaßt werden.

Die angestrebte Programmierung der Effektivität erfolgt nicht in einem Vakuum. Wir müssen mit den negativen Tendenzen in der Weltpolitik und -wirtschaft rechnen. Nichtsdestoweniger läßt sich mit Gewißheit sagen: Die Falken jenseits des Atlantik hoffen vergeblich, ihre Handelsverbote würden die Zunahme des wissenschaftlich-technischen Potentials der sozialistischen Gemeinschaft verhindern.

Wer das Fundament zerstört

Selbst in den besten Zeiten der Entspannung, Mitte der 70er Jahre, betrug der Anteil der technisch komplizierten Produkte am Export der kapitalistischen Industrieländer in die Staaten mit Planwirtschaft (einschließlich der VR China), wie man im US-Handelsministerium errechnete, nur 6% aller an sie gelieferten Waren aus dem Westen. Die Verschärfung der Handelspolitik gegenüber den RGW-Ländern, die Washington in den letzten Jahren den NATO-Verbündeten und Japan aufkroyierte, führte zu einer fast vollständigen Drosselung des Verkaufs dieser Kategorie von Produkten, die in die Verbotslisten der COCOM, des NATO-Ausschusses zur Exportkontrolle strategischer Güter an die sozialistischen Länder, gerieten. Davon konnte man sich auch in Leipzig überzeugen: Viele west-europäische, japanische und natürlich amerikanische Firmen wagten es nicht, Neuheiten der Mikroelektronik zu zeigen.

Trotzdem waren amerikanische Firmen durch einen Gemeinschaftsstand des US-Handelsministeriums vertreten, das von einem Reagan-Porträt geziert wurde.

Ein US-Geschäftsmann sagte mir, seiner Meinung nach werde Washington seine Position im Osthandel in nächster Zeit nicht mildern. Das sei auch kaum erforderlich. Könne man etwa von "gewöhnlichem Handel" sprechen, wenn die RGW-Länder die Einfuhr westlicher Waren drosselten. In der Londoner "Financial Times" stieß

ich in einem Bericht aus Leipzig auf den gleichen Gedanken: Die westlichen Industriellen seien über die Aussichten des Handels mit den RGW-Ländern enttäuscht, die mehr verkaufen als kaufen wollten.

Tatsächlich wird trotz der sehr flauen Geschäftskonjunktur auf den westlichen Märkten Technik aus den RGW-Ländern weiter exportiert. So beabsichtigt das Kombinat Robotron, an die BRD ein Mikrocomputersystem für die bargeldlose Verrechnung an Tankstellen zu liefern. Das ist kein Einzelfall. Die westlichen Firmen können wegen der NATO-Verbote selbst nur wenig Interessantes anbieten, wurde mir in der DDR gesagt. Doch dafür würden sie gern unsere technischen Neuheiten kaufen. Das schrieb kürzlich der Bostoner "Christian Science Monitor": "Obgleich die USA die möglichen Folgen einer Ausfuhr wissenschaftlicher Kenntnisse und modernster Technologie in die sozialistischen Länder fürchten, kaufen sie selbst weiterhin entsprechende Produkte aus den Ostblockländern wie viele Jahre zuvor und möglicherweise sogar in größerem Umfang."

Die Zeitung erklärte das so: "Wir beruhigen uns selbstzufrieden mit dem Gedanken, die Russen bräuchen unsere Technologie, unterdes aber können die Russen viel Derartiges erzeugen, was wir nicht vermögen." Und kam zu dem Schluß: "Wenn die US-Firmen Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt bewahren wollen, sollten sie sich bemühen, mehr Technologie in den Ostblockländern zu kaufen."

Während der Leipziger Frühjahrsmesse wurde in den USA die Direktive Nr. 75 von Präsident Reagan veröffentlicht, die ordnet, die Schrauben beim Export von Anlagen in die sozialistischen Länder noch stärker anzuziehen. Davon wird die Rede auch auf dem Wirtschaftsgipfel der sieben führenden kapitalistischen Länder in Williamsburg (USA) im Mai sein.

Eine paradoxe Situation ist entstanden: Das amerikanische Business kauft in den RGW-Ländern weiterhin neue Technologie ein, Washington aber erklärt den sozialistischen Ländern einen Wirtschaftskrieg, wodurch es das Fundament der Ost-West-Geschäftsverbindungen, den beiderseitigen Vorteil, zerstört. Die sozialistische Gemeinschaft steht fest zu den Prinzipien eines offenen Welthandels. Doch wenn die USA und deren Verbündete die wirtschaftliche Konfrontation wählen, werden wir den kommerziellen und wissenschaftlich-technischen Austausch mit dem Westen unter neuem Aspekt sehen müssen.

F. GORJUNOW
Sonderbericht

Leipzig--Moskau

Zwei Jahre ist es her, daß die Regierung Reagan den Kurs auf eine "konstruktive Zusammenarbeit" zwischen den USA und der RSA ankündigte. Wie hat sich dadurch die Lage im südlichen Afrika "konstruktiv" verändert? Gar nicht. Keins der Probleme, auf die die Spannungen in der Region zurückzuführen sind, hat eine Lösung gefunden. Etwas Neues ist aber in dieser Situation eingetreten: Washington und Pretoria drücken unverhohlen gemeinsam auf die "Frontstaaten", vor allem auf die VR Angola.

Die "Verknüpfung" klappt nicht

Der Druck auf Angola besteht vor allem in verstärkten Aggressionsakten Pretorias. Nach dem Scheitern seines Versuchs von 1975, mittels einer bewaffneten Intervention in der VRA die Volksmacht zu stürzen, und bis zum Amtsantritt der Administration Reagan in den USA hatte sich die RSA mit sporadischen Aggressionsakten begnügt. Durch den Einzug des neuen Herrn im Weißen Haus ermutigt, unternahm sie aber 1981 einen massierten Einfall ihrer Truppen in Angola und einen Vorstoß in dessen Inneres. Nachdem die Offensive zum Stehen gebracht worden war, verschanzten sich die Interventen in der südlichen Provinz Cunene und halten sie noch jetzt teilweise besetzt.

Die "konstruktive Zusammenarbeit" hat zu einer Art Rollenverteilung zwischen den Partnern geführt. Während Pretoria Angola im Fadenkreuz ihrer Geschütze hält, sucht Washington, dessen Verteidigungsfähigkeit abzuschwächen. Das bezweckt Washingtons Forderung, daß als unbedingte Voraussetzung der Unabhängigkeit für Namibia das kubanische Truppenkontingent aus Angola zurückgenommen wird.

Um seine Absicht auf Biegen oder Brechen durchzusetzen, hat Washington versucht, sich Angolas wirtschaftliche Schwierigkeiten zunutze zu machen. Sie röhren übrigens hauptsächlich davon her, daß die junge Republik in den acht Jahren ihrer Unabhängigkeit immer wieder Diversionsakten und Angriffe der RSA ausgesetzt war und sich deshalb nicht auf die Förderung ihrer Wirtschaft konzentrieren konnte. Wie die südafrikanische Zeitung "The Star" schrieb, haben die USA Luanda ein "verlockendes" Hilfsangebot gemacht, falls es in eine sukzessive Entfernung der kubanischen Truppen aus Angola einwillige. Luanda hat

AUF BIEGEN UND BRECHEN

Andrey DOLGOW

geantwortet, es habe nichts gegen eine wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den USA einzubinden, aber ohne alle Bedingungen und ohne jede Einmischung in seine Hoheitsrechte.

Unfähig, Angolas Widerstand gegen ihre unverschämte Forderung zu brechen, haben die USA versucht, andere Staaten Afrikas für eine Teilnahme an den Druckmaßnahmen gegen Angola zu gewinnen. Voriges Jahr bereisten viele offizielle und

RSA und der sogenannten Kontaktgruppe (fünf westliche Länder mit den USA an der Spitze) keine Regelung hinsichtlich des Systems der Wahlen zur Konstituierung des unabhängigen Namibias getroffen werden konnte. Ebenfalls durch ihr Verschulden blieben einige andere Probleme ungelöst. Gerade damals stellte Washington und im selben Atemzug auch Pretoria die Forderung nach dem Abzug der kubanischen Truppen in der unverkennbaren Ab-



Ranger aus der RSA, Teilnehmer an Bandenüberfällen auf Angola

Foto aus "Newsweek"

inoffizielle US-Vertreter Afrika und suchten afrikanische Regierungen zu veranlassen, der "Verknüpfung" der Unabhängigkeit für Namibia mit dem Abzug des kubanischen Truppenkontingents aus Angola beizupflichten.

Die USA führen folgendes ins Treffen: Sämtliche Fragen, die die Unabhängigkeit für Namibia betreffen, seien schon bereinigt, das einzige Hindernis sei die Präsenz der Truppen Kubas in Angola. Mit anderen Worten blockiere Angola die Befreiung Namibias. Das ist purer Bluff. Die Bereinigung der Namibiafrage kam schon 1981 deshalb ins Stocken, weil durch Verschulden der

sicht, an der Verzögerung der Gewährung der Unabhängigkeit an Namibia die Schuld Angola in die Schuhe zu schieben.

Die afrikanischen Spitzenpolitiker sind auf den amerikanischen Bluff nicht hereingefallen. Bei aller Verschiedenheit ihrer sozialen und politischen Orientierung fand sich unter ihnen kein einziger, der der "Verknüpfung" beigepflichtet hätte.

Viele Afrikaner erblicken in der "Verknüpfung" ein Manöver der USA und der RSA mit einem doppelten Zweck: erstens die Entkolonialisierung Namibias möglichst lange aufzuhalten und zweitens, falls es gelänge, den Abzug des kubanischen Militärs durchzusetzen, abermals einen Sturz der legitimen Regierung Angolas mit Waffengewalt und die Einsetzung von Marionetten Pretorias an ihrer Stelle zu versuchen. Damit wäre eine Scheinlösung des Namibiaproblems erleichtert, bei der auch dieses unter die Macht von Kreaturen der Rassisten geriete.

Die Washingtoner Propaganda verhehlt diese Absichten und behauptet, durch den Aufenthalt der kubanischen Truppen in Angola sei die Sicherheit im ganzen Süden Afrikas gefährdet.

Die USA beteuern, ihnen liege die Sicherheit der Region am Herzen. In Wirklichkeit geht es ihnen aber nur darum, die Interessen der RSA, ihres einzigen verlässlichen Bündnispartners in Afrika, zu wahren. Daher strengen sie sich an, die Kontrolle der RSA über Namibia und seine Bodenschätze, an deren Ausbeutung übrigens auch US-Konzerne rege beteiligt sind, in der einen oder anderen Form aufrechtzuerhalten.

Die Zeitschrift "West Africa" hat die "konstruktive Zusammenarbeit" zwischen den USA und der RSA sehr genau charakterisiert: "Das jetzige wirtschaftliche und politische System in der RSA entspricht bestens den Interessen der USA im ganzen Süden Afrikas. Sie meinen, daß sich das ultrareaktionäre Regime dank seiner Streitmacht noch viele Jahre halten und fortfahren kann, die Lage in Angola, Simbabwe und Mosambik zu destabilisieren."

Marionetten voran

Bei den Versuchen, Luanda unter Druck zu setzen, haben angolanische konterrevolutionäre Gruppierungen, die schon lange Söldner der RSA und der amerikanischen CIA sind, eine wichtige Rolle zu spielen. Die Stör- und Terrorakte dieser Gruppierungen, namentlich der UNITA, sind mit dem Amtsantritt Reagans merklich intensiver geworden. Die UNITA operiert vornehmlich von Namibia aus. Dort befinden sich ihr Hauptquartier, Ausbildungslager und Depots von Waffen und anderem Heeresgut. Sie hat auch in dem von

den Rassisten besetzten Teil der Provinz Cunene Stützpunkte. Von diesen aus operieren bewaffnete Truppen der UNITA ab 1981 im Süden und im Innern Angolas, terrorisieren die friedliche Bevölkerung, besetzen kleine Ortschaften und verüben auf Bahnstrecken und an Fernmeldeleitungen Diversionsakte.

Bei einem kürzlichen Überfall auf das Zellulose- und Papierkombinat in Alto Catumbela (Provinz Benguela) ergriffen UNITA-Banden eine große Gruppe dort beschäftigter tschechoslowakischer Fachkräfte und Mitglieder ihrer Familien und verschleppten sie.

Der westlichen Presse zufolge wird im benachbarten Zaire eine neue antiangolanische Organisation mit Namen COMIRA gebildet. In ihr werden Überbleibsel der aufgeriebenen oder zerfallenen FNLA- und FLEC-Gruppierungen zusammengefaßt. Bei der Gründung der COMIRA haben die südafrikanischen Geheimdienste und die CIA ihre Hand im Spiel gehabt. Sie haben auch geholfen, Kontakte zwischen ihr und der UNITA herzustellen. Diese Koordinierung bezweckt die Eröffnung einer neuen Front gegen die VRA und eine Möglichkeit für die UNITA, von den Stützpunkten in Zaire aus vorzustoßen. Wie der Pariser "Mafin" mitteilte, haben die Behörden Zaires solche Vorstöße vom Norden her begünstigt.

In diesem Zusammenhang ist man, wie Beobachter feststellen, in Angola darüber alarmiert, daß Anfang dieses Jahres ein Abkommen zwischen Zaire und Israel über militärische Zusammenarbeit geschlossen wurde.

Die UNITA hat in Angola überhaupt keine soziale Basis. Sie versucht, sich dort wenigstens unter den tribalistisch eingestellten und einander befiehrenden Stämmen Rückhalt zu verschaffen.

In Washington weiß man das genau, nimmt aber, wie sich gewisse Funktionäre der UNITA beklagen haben, bei der Erörterung ernster Fragen nicht allzusehr auf sie Rücksicht. Indes stellen die USA ihre Mietlinge als eine Kraft hin, "mit der zu rechnen ist".

Verhandlungen in Praia

Pretoria benutzt den UNITA-Führer Jonas Savimbi auch dazu, die Verhandlungen zwischen Vertretern

der RSA und der VRA in Praia, der Hauptstadt der Republik der Kapverden, vom Dezember v.J. und Februar d. J. zum Scheitern zu bringen. Die angolanische ANGOP meldete, die VRA habe bei diesen Verhandlungen Mittel und Wege zur Herstellung des Friedens und der Sicherheit im Süden Afrikas finden wollen. Sie habe u. a. die widerrechtliche Präsenz von Truppen der RSA im Süden Angolas zur Sprache gebracht. Beide Treffen fruchten nichts. "Die Ursache, warum wir bei diesen Verhandlungen nicht weitergekommen sind, ist der Versuch der RSA-Delegation, Angola für die derzeitige Ausweitung der Kampfhandlungen der SWAPO-Truppen in Namibia verantwortlich zu machen", erklärte Paulo Jorge, der Außenminister der VRA. "Die RSA ging offenbar von der falschen Voraussetzung aus, daß die SWAPO die angolanische Regierung von der Ausdehnung ihrer bewaffneten Aktionen hätte in Kenntnis setzen oder sie sogar um Erlaubnis dazu ersuchen müssen." Mit anderen Worten verlangten die Vertreter Pretorias, daß die Behörden Angolas das Vorgehen der bewaffneten SWAPO-Truppen kontrollieren.

Anderseits intensivierte die UNITA gerade während der beiden Treffen in Praia ihre subversiven Umtriebe in Angola.

Wie in der Erklärung der ANGOP betont worden ist, muß die RSA aufhören, UNITA-Banden zu benutzen, und muß die eigenen Truppen aus der angolanischen Provinz Cunene zurücknehmen, damit die angolanisch-südafrikanischen Verhandlungen erfolgreich ausgehen. Was die Absicht Pretorias betrifft, Savimbi in die Regierung der VRA einzuschleusen, so hat Luanda kategorisch erklärt, es werde niemals mit den Marionettenbanden, den ärgsten Feinden der VRA, verhandeln.

Luanda ist auf die Verhandlungen mit der RSA eingegangen, weil es nach Mitteln und Wegen zu einer friedlichen Lösung der Probleme im Süden Afrikas, auch der Namibiafrage, suchen will. Für Pretoria waren die Verhandlungen aber nichts weiter als ein Manöver zu dem Zweck, sich als "Tauben" aufzuspielen, die bereit wären, nicht nur mit röher Gewalt vorzugehen. Offenbar rechnete man in Pretoria auch darauf, daß Angola unter militärischem und politischem Druck nachgeben werde. Die Rechnung ist nicht aufgegangen.

Die Geschichte begann 1971. Mrs. Judy Piatt, Inhaberin eines Gestüts und einer Reitbahn in einem Vorort von Saint Louis (Missouri), stand vor einem Rätsel, an dem ihr Geschäft einzugehen drohte. Ein Pferd nach dem anderen ging ein, und keiner wußte, warum. Mrs. Piatt glaubte, es liege daran, daß der Fußboden ihres Pferdestalls mit Schmierölabfällen gegen den Staub begossen worden war. Mit der Abfallnutzung befaßte sich ein gewisser Russell Bliss. Mrs. Piatt beschloß, seine Tätigkeit unter die Lupe zu nehmen, und nach einigen Monaten hatte sie eine Liste von etwa 15 Ställen beisammen, wo Bliss mit seinen Abfällen am Werk gewesen war, z. B. an den Rändern von Chausseen, die er ebenfalls gegen den Staub damit begossen hatte. Sie schickte die Liste an viele Ämter des Bundesstaats und an die Bundesregierung mit der Bitte, ihren Verdacht zu klären. Darauf erfolgte nichts, abgesehen davon, daß ein 23jähriger Tierarzt namens Phillips ins Gestüt kam.

Er konnte die Ursache der Seuche nicht klären, fand aber gemeinsam mit der Inhaberin und anderen freiwilligen Helfern heraus, daß die Krankheit gerade dort auftrat, wo Bliss gewesen war. Müllproben gingen zur Analyse an ein Laboratorium. Es vergingen drei Jahre, bis dieses in sämtlichen Proben Dioxin, ein Nebenprodukt des Herbizids 2,4,5-T, feststellte, das nach dem Einsatz im Vietnamkrieg als Agent Orange bekannt geworden ist. Dieses wurde in einem nahegelegenen Betrieb, nämlich in Verona, erzeugt.

Die Erde im Gestüt von Mrs. Piatt enthielt über 300 Teile Dioxin auf 1 Md. Schon bei einem Teil auf 1 Md. muß die Stelle gründlich gesäubert werden.

Eine "heiße Kartoffel"

Ober diese Verseuchung Amerikas sind schon Bände geschrieben worden, aber bevor die Amerikaner von dem Dioxin erfuhren, hatten sie nicht begriffen, daß die Sache jeden von ihnen angeht.

Heute ist festgestellt, daß 26 Orte im Staat Missouri mit Dioxin verseucht sind, darunter Times Beach, eine Stadt mit 2000 Einwohnern. Man vermutet aber, daß es mindestens 100 Orte sind. Das ist kein Zufall. Eine Untersuchung von 1979 hat ergeben, daß Missouri in der Mißachtung der von giftigen Abfällen herrührenden Gefahr nur hinter dem Bundesstaat Georgia zurücksteht. Vor 1977 gab es überhaupt keine Gesetze über die Verwertung solcher Abfälle, und bis Mitte 1980 brauchte man, um einen Abladeplatz anzulegen, keine behördliche Erlaubnis. Und das neun

VERSEUCHTES AMERIKA

Skandal um die US-Agentur für Umweltschutz

Jahre, nachdem Pferde und andere Haustiere in Massen eingegangen waren."

Unter diesen Umständen wußten die Behörden und die Konzerne nichts Besseres zu tun, als das Geschehen geheimzuhalten.



Diese Kinder werden nie mehr in ihrer Vaterstadt Times Beach wohnen. Die meisten Einwohner werden es verlassen, weil es verseucht ist

Foto aus: "Süddeutsche Zeitung"

Unlautere Politiker faßten die unangenehme Entdeckung "wie eine heiße Kartoffel" an. So drückte sich ein Beamter der Seuchenverhütungszentrale von Missouri aus und fuhr fort: "Amtspersonen mimen gern Verständnis, wenn sie ins Rampenlicht geraten, aber sonst spielen sie ein Problem gern anderen zu."

Das klappte so gut, daß der Gouverneur des Bundesstaats auf die Anfrage eines Senatsausschusses Ende 1978 offiziell antwortete: "Wir haben wirklich Glück gehabt, in Missouri ist nur ganz selten lebensgefährlicher Stoff auf Müllabladeplätzen befördert worden."

Jetzt steht das "glückliche Missouri" im Mittelpunkt des im ganzen Land tobenden Skandals, aber nur, weil die dortige Verseuchung von Boden, Wasser, Tieren und Menschen publik gemacht worden ist. Dioxin als Nebenprodukt wurde aber zwischen Anfang der 50er und Mitte der 70er Jahre in 31 Städten der

USA in einer Menge von 80 kg jährlich erzeugt. Bedenkt man, daß es mit den Jahren nicht weniger giftig wird und nicht von allein zerfällt, daß es auch nicht unter der Einwirkung von Wasser, Sonne und Klima verschwindet, so kann man den wirklichen Umfang der Verseuchung nur mutmaßen. Nach einer kürzlichen Meldung der US-Agentur für Umweltschutz (EPA) gibt es in den USA 14 000 "Zeitzünderbomben". Nach Ansicht vieler Experten sind es sogar über 50 000.

Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, die Tätigkeit der EPA ins Auge zu fassen, die die Interessen der Öffentlichkeit gegen die Allmacht der Konzerne zu wahren hat. Zu ihrer Überraschung und besonders zur Überraschung des Weißen Hauses geriet sie besonders ins Blickfeld der Presse und ganzer sechs Unterausschüsse des Kongresses.

Im vergangenen Herbst forderte ein Unterausschuß bei der EPA Aktenstücke über die Verwendung des sogenannten Superfonds — 1,6 Md. Dollar, die für die Säuberung von Stellen bewilligt sind, welche für die Bevölkerung eine besondere Gefahr darstellen — an. Der Fonds wird aus den Steuern der Chemiekonzerne subventioniert. Das Besondere an dem 1980 verabschiedeten Gesetz über die "Superfonds" ist, daß es eine unverzügliche Säuberung gestattet, wonach der Lohn für die dabei Beschäftigten von den Schuldigen, u. zw. doppelt oder sogar dreifach, einzuziehen ist. Von 14 000 "potentiell gefährlichen" Deponien nannte die Agentur die 418 "schlimmsten" und brachte in zwei Jahren die Säuberung von sage und schreibe fünf Zustande. Der "Superfonds" blieb so gut wie unangetastet, und die Umweltverseucher blieben ungestraft. Das war schon früher bekannt, löste aber keine Einwände aus, jedenfalls nicht in dem Gewirr der Machtkorridore. Das Malheur für die EPA fing erst an, als sie das Gesuch des Unterausschusses ablehnte, ihre Akten einsehen zu dürfen. Das geschah im vergangenen Oktober. Ende November verbot Präsident Reagan, um den entbrennenden Skandal abzuwürgen, der Agentur in aller Form, Aktenstücke herauszugeben, und berief sich dabei auf das Privileg der Exekutive.

Die gekränkten Kongreßmitglieder strengten sogleich gegen Anne Burford, die Leiterin der EPA, Klage wegen Mißachtung des Kongresses an. In der Presse und von Amtspersonen wurden konkrete Fälle von Verstößen gegen das Gesetz und von Amtsmißbrächen leitender Beamter der EPA genannt. Die Berufung des Präsidenten auf das Privileg der Exekutive wurde so aufgefaßt, daß er damit haarsträubende Gesetzesbrüche decken wollte. Mitte Dezember widerrief er das Verbot, Aktenstücke auszufolgen. Rita Lavelle, die für den "Superfonds" zuständige Assistentin der EPA-Leiterin, wurde entlassen.

Rita Lavelle und ihr Essen

Wie vieles andere in diesem Fall, so ist auch die Rolle dieser Dame unklar. Man weiß nur das, was nicht verhehlt werden konnte, weil Zeugen dafür vorhanden sind: ihre Vorliebe für Zusammenkünfte mit Vertretern der Chemiekonzerne. Sie traf sich mit ihnen gewöhnlich in den teuersten Washingtoner Restaurants. Zu ihren Begleitern zählten Mitglieder der Direktion von du Pont de Nemours, Monsanto Chemical, Union Carbide und Chevron. Voriges Jahr allein traf sie sich 14mal mit Vertretern von Dow Chemical, der Gesellschaft, die das Agent Orange erzeugte.

Ein bezeichnendes Detail: Das Amt der Mrs. Lavelle beabsichtigte, 10 000–100 000 mal soviel Dioxin wie die jetzige Menge für unschädlich zu erklären. Dann hätte Mrs. Piatte keinen Grund zur Beschwerde und die Firma Dow keinen Anlaß zur Säuberung gehabt. Auch eine private Zusammenkunft mit Vertretern von Monsanto ist ruchbar geworden, bei der die Verseuchung des Hafens von Waukegan (Illinois) durch diesen Konzern zur Sprache kam. Die Säuberung würde 40 Mio Dollar kosten, abgesehen von den Geldstrafen, die in solchen Fällen laut Gesetz zu verhängen sind. In diesem Zusammenhang ist eine Episode mit Robert Perry, einem hohen EPA-Angestellten, von besonderem Interesse. Er wurde schriftlich beschuldigt, übermäßige Forderungen an die Konzerne zu stellen.

Bei der Tätigkeit ging die EPA nicht zuletzt von den Absichten bei jeweiligen Wahlen und von den damit zusammenhängenden Machenschaften aus. Ihrer Niederlassung in Missouri wurde befohlen, von einem Schadenersatz an Dioxinopfer nichts verlauten zu lassen, da das "Wasser auf die Mühle Ted Kennedys" wäre. Als eine der gefährlichsten Stellen in den Staaten wird der kolossale Müllabladeplatz

Stringfellow in Kalifornien angesehen. Im Juli v. J. versprach die EPA 6 Mio Dollar für seine Säuberung. Im September, also kurz vor den Kongreßwahlen vom November, nahm sie das Versprechen in der durchsichtigen Absicht zurück, dem Demokraten Jerry Brown, der von Kalifornien für den Senat kandidierte, das Wasser abzugraben. Später zeigte es sich, daß Edwin Meese, ein Assistent des Präsidenten, der seinerzeit Vizepräsident der Rohr Industries war (bei einer Reinigung von Stringfellow hätte dieser Konzern zwischen 6 und 60 Mio Dollar zahlen müssen), ferner Justizminister William Smith, Justin Dart, ein Mitglied von Reagans "Küchenkabinett", und schließlich Mrs. Lavelle selbst mit den Konzernen, die am Abladen der giftigen Abfälle schuld waren, in Verbindung gestanden hatten. Mrs. Lovelle hatte ihren Posten übrigens ihrer langjährigen Bekanntschaft mit Meese zu verdanken.

An derartigen Gesetzesbrüchen ist natürlich nichts neu oder ungewöhnlich. Konzerne schicken so oft ihre Leute in die Regierung oder stellen so häufig Politiker von gestern ein, daß von einer Trennung der geschäftlichen und der politischen Interessen im Ernst keine Rede sein kann. Hier ein neues Beispiel: Im April scheidet Thomas Reed, der überführt ist, 3125 Dollar in Aktien investiert und einen "Gewinn" von 427 000 Dollar eingestrichen zu haben, aus dem Nationalen Sicherheitsrat aus.

Sparsamkeit

Zwei Jahre seit Amtsantritt der Regierung Reagan wurde der Etat der EPA um 45% gekürzt. Als Mrs. Burford in der Haushaltsdebatte für das Rechnungsjahr 1984 eine neue Kürzung beantragte, war es sogar dem Vorsitzenden des Ausschusses, in dem die Debatte stattfand, zuviel. Er nannte den Drang nach Ersparnissen einen "systematischen Versuch, die EPA aktionsfähig zu machen", u. zw. mit gesetzlichen Mitteln. Es kam so weit, daß der Leiter der Abteilung Giftmüll im Justizministerium mit der Begründung abdankte, er habe nichts zu tun gehabt: "Im Grunde genommen hat die EPA die einschlägige Tätigkeit im Ministerium nicht gelenkt."

Damit nicht genug, gab es bei der EPA eine "schwarze Liste" für Beamte, die als Gegner der an Verseuchungen schuldigen Konzerne bekannt waren. Sie wurden rücksichtslos entlassen. Der Zweck dieses Schritts war klar. Das Kongreßmitglied James Florio sagt dazu: "Die EPA hat absichtlich wissenschaftliche Angaben verfälscht, um die akutesten Probleme des Umweltschutzes hinwegzuzubauen." Der Ausschuß, der sich mit der Gefahr von Krebsgeschwüren befaßt, wurde aufgelöst und der Verkauf chemischer Stoffe erlaubt, die schon vor zwei Jahren, weil kanzerogen, verboten worden waren. 1979 wurde der Verkauf von 2,4,5-T teilweise

verboten, jetzt aber haben Verhandlungen über eine Aufhebung des Verbots mit Dow Chemical begonnen.

Unlängst ist noch eine Sache bekannt geworden, die mit Dow Chemical zusammenhängt. Die EPA-Zweigstelle in Chicago verfaßte einen Bericht darüber, daß dieser Konzern die Flüsse und den Golf von Michigan verseucht. Sofort kam aus Washington der Befehl, den Wortlaut des Berichts mit Dow Chemical "abzusprechen". Die Begründung: Das Schriftmaterial der EPA müsse von kompetenten Wissenschaftlern begutachtet werden. Diese nahmen eine ganze Reihe von Korrekturen vor. Sie strichen z. B. den Satz: "Die Abfälle der Dow sind die wichtigste, aber nicht die einzige Ursache der Verseuchung der Flüsse Tittabawasee und Saginaw sowie der Saginaw-Bucht in Michigan mit TCDD" (einer Spielart des Dioxins).

Der Konzern wird vor "übermäßigen" Sorgen bewahrt. Im Jahre 1979 wurden 255 und voriges Jahr 97 Akten an das Justizministerium weitergeleitet. Das paßt den Konzernen durchaus, aber selbst sie sind alarmiert darüber, wie Gesetze umgangen werden.

In einem Artikel, betitelt "Wir brauchen eine Vertrauen erweckende EPA", hieß es in der Zeitschrift "Chemical Week": "Abgesehen von den juristischen Fragen kann sich weder die EPA selbst noch die Industrie auch nur die geringste

DAS POLITISCHE BUCH

GENERAL DER FREIEN MENSCHEN

Bald jährt sich in Nikaragua der Sieg der antiimperialistischen Volksrevolution, die die Ketten der Somoza-Diktatur sprengte, zum vierten Male. An der Spitze der Revolution stand die Sandinistische Nationale Befreiungsfront (FSLN), die ihren Namen nach dem Führer des Befreiungskampfes des nikaraguensischen Volkes gegen die USA-Intervention in den Jahren 1927-1934, Augusto Cesar Sandino, erhalten hat.

Henri Barbusse, der die heroischen Ereignisse jener Jahre aufmerksam verfolgte, nannte Sandino "General der freien Menschen". Über diesen hervorragenden Patrioten und Kämpfer, über die Leistungen seiner



Nachfolger berichtet das kürzlich in Moskau erschienene Buch "Das Gedankengut von Sandino".

"Um die heutige Lage Nikaraguas besser zu verstehen, muß man auf einige Aspekte seiner Vergangenheit eingehen", schreiben das Korrespondierende Mitglied der AdW der UdSSR I. R. Grigulewitsch und Dr. sc. phil. Historiker M. F. Kudatschkin, in der Einleitung. "Vor

* "Das Gedankengut von Sandino". Dokumente und Materialien. Hrsg. von I. R. Grigulewitsch, M. F. Kudatschkin, K. N. Kurin. Progress, Moskau 1982 (russ.)

allem geht es um die unaufhörliche Einmischung der USA in die inneren Angelegenheiten dieses Landes. Die Reagan-Administration tut es heute unter dem Vorwand, sie wolle Nikaragua vom Kommunismus erlösen. In Wahrheit sind die USA in diese Region lange vor der Oktoberrevolution, der Gründung der UdSSR und dem Sieg der kubanischen Revolution eingedrungen."

Der Leser macht sich mit der dramatischen Geschichte Nikaraguas, mit Freibeutern und Abenteurern, dreisten US-amerikanischen Interventionen und deren Marionetten bekannt.

Vor mehr als einem halben Jahrhundert hat Sandino den bis an die Zähne bewaffneten Imperialismus herausgefordert. Die chilenische Dichterin Gabriela Mistral nannte seine Schar "eine winzige Wahnsinnigenarmee". Damit hat sie ihre Begeisterung für Sandino wie auch Zweifel an seinem endgültigen Sieg zum Ausdruck gebracht.

In der Einleitung lesen wir ferner:



Spur von Argwohn leisten, daß sie eine Gefangene der Industrie sei."

Der Rat kommt zu spät, und Anne Burford hat tatsächlich zusammen mit noch einigen höchsten EPA-Beamten abtreten müssen.

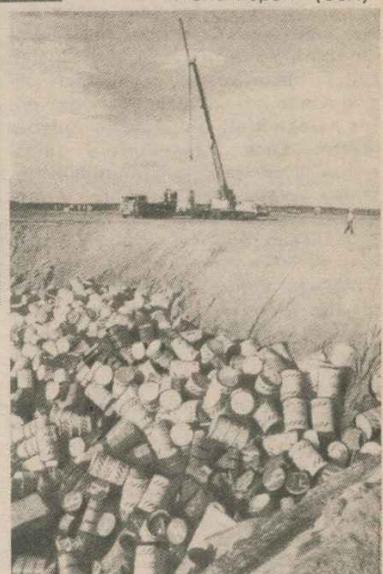
Schuld sind die Pflanzen

In Reagans Wahlkampf versetzte die Erklärung alle in Erstaunen, daß die Luftverseuchung größtenteils von Pflanzen verschuldet sei, weshalb man "strikte Beschränkungen über die von Menschenhand geschaffenen Ressourcen verhängen und durchsetzen" müsse. Als Präsident drückt sich Reagan noch deutlicher aus. Vor kurzem sprach er über eine staatliche Regelung der Privatgesellschaften und sagte, das "bürokratische

Monstrum" des Staatenbundes, das früher fest entschlossen war, "das Privatunternehmertum in Acht und Bann zu tun, lernt jetzt, auf das neue Kommando 'Kusch dich!' hören." Die EPA hat dem Kommando ohne Widerrede gehorcht. Jonathan Lash, ein Jurist, der den Ausschuß zum Schutz der Naturressourcen vertritt, hat die Tätigkeit der EPA folgendermaßen umrissen: "Das Problem sind nicht vereinzelte Überstreuungen der Gesetze, sondern eine Entstellung des ganzen Programms. Mit allem, was Mrs. Burford tat, verfolgte sie nicht den Zweck, die Interessen der Öffentlichkeit zu wahren, sondern den Umweltverseuchern ihre Bürde zu erleichtern."

Als Rechtsanwältin, Vertreterin einer Fernsprechgesellschaft und

Der neue Leiter der Umweltschutzaagentur, W. Ruckelshaus. Ob sein Optimismus wohl zur Lösung der akuten Probleme ausreicht?
Foto aus: "U. S. News & World Report" (USA)



So wird im Bundesstaat Washington Atommüll aufbewahrt

Foto aus: "Newsweek" (USA)

späteres Mitglied der Legislative im Staat Colorado, waren Mrs. Burford Fragen des Umweltschutzes nur insoweit bekannt, wie sie sie zum

"Aber Sandino war natürlich weder ein Wahnsinniger noch ein Räuber... Er war auch kein Kommunist, als den man ihn in den USA hinzustellen suchte. Allein die Tatsache, daß er kein Antikommunist und bei weitem kein sowjetfeindlicher Politiker war, machte ihn in den Augen seiner Gegner zu einem 'besonders gefährlichen Hochverräter'."

Sandino war vor allem Patriot. Er glaubte an die Fähigkeit seines Volkes, die Feinde Nikaraguas zu besiegen. Eben daher rührte die aufrichtige Begeisterung und Hochachtung der Lateinamerikaner für ihn. Die Gedanken des großen Nikaraguers haben sich heute im Kampf und in den Errungenschaften der FSLN, dieser mächtvollen Kampforganisation und der führenden Kraft der Revolution, verwirklicht. Unter den Schlägen des Volksaufstandes brach eine der anrüchigsten und blutigsten Diktaturen in Lateinamerika zusammen. An die

Macht kamen die Vertreter der revolutionär-demokratischen Kräfte, die sich auf breite soziale Schichten stützen. Sie haben ein Programm tiefergehender Umgestaltungen unterbreitet.

Im vierteiligen Sammelband finden wichtigste Etappen und Besonderheiten des revolutionären Prozesses in Nikaragua ihren Niederschlag. Der erste Teil: "Sandino gegen den USA-Imperialismus" enthält Dokumente, Erklärungen und Briefe Augusto Sandinos aus den Jahren 1927-1934. Dieses mit Kommentaren versehene Faktenmaterial rekonstruiert die Geschichte der sandinistischen Bewegung recht vollständig. Im zweiten Teil sind die Artikel von Carlos Amador Fonseca gesammelt, die eine Analyse des Volkskampfes gegen das Somozaregime darstellen. Der dritte und der vierte Teil des Sammelbandes bieten dem Leser diverse Dokumente der Sandinistischen Revolution (z. B. das FSLN-Programm von 1969, Erlasse des Führungsrates der Regierung der

Nationalen Erneuerung, Gesetze über die Rechte und Garantien für Nikaraguaner sowie über die Tätigkeit des Staatsrates) und der sowjetisch-nikaraguanischen Beziehungen an.

Im politischen Vokabular der Gegenwart verkörpert der Begriff "Nikaragua" die große Bedeutung der Einheit des Volkes, das gegen seine Unterdrücker kämpft. Zur Einheit hatte auch Sandino aufgerufen. Dank der Einheit hat die FSLN gesiegt.

Die Regierungs Kreise der USA suchen diese Aufbauarbeit zu stören. "Man kann jedoch voller Zuversicht sagen", heben die Autoren hervor, "daß die Wiederbelebung 'der Kanonenboot-Politik und des großen Knüppels' die Reagan-Administration nicht mit Lorbeer schmücken wird. ... Die Zeiten, da die USA unerwünschte demokratische Regierungen in Mittelamerika und in der Karibik straflos stürzen, gehören der unwiederbringlichen Vergangenheit an."

W. POCHWALIN

Kampf gegen die Verabschiedung von Umweltschutzgesetzen brauchte. Eine kürzliche Untersuchung ergab, daß die meisten der von ihr eingesetzten 15 mittleren Beamten nie in Regierungsämtern tätig gewesen waren. Ungefähr 10 der Assistenten, die sie sich aus Colorado nach Washington holte, hatten früher Posten bei Großkonzernen, namentlich bei der Chemical Waste Management Inc., bekleidet, die Abfälle nutzbar macht. Auch Mrs. Burford selbst sowie der jetzige Innenminister, James Watt, waren früher Angestellte, Protektionskinder oder einfach Kreaturen von Joseph Coors, einem Bier- und Öl König, der in Colorado allein über die Republikanische Partei gebietet und als einflußreichstes Mitglied von Reagans "Küchenkabinett" angesehen wird.

Anne Burford war nur ausführend tätig. Der Kongreßmann Guy Molinari sagt: "Ich habe einige Schriftstücke eingesehen, und manche waren für das Weiße Haus äußerst peinlich." Thomas O'Neill, Speaker des Repräsentantenhauses, war noch offener: "Diese Regierung verhält sich so wohlwollend zum Big Business, daß einem angst und bange werden kann."

Eine Tonne pro Person

Die jetzige "Unnachgiebigkeit" der Kongreßleute erklärt sich in erster Linie mit dem Bestreben, im Hinblick auf die kommenden Wahlen politisches Kapital daraus zu schlagen. Die Geltungsdauer der Umweltschutzgesetze ist längst abgelaufen. Sie gelten nur noch, weil im Staatstaat die entsprechenden Posten vorgesehen sind. In einem soeben veröffentlichten Kongreßbericht wird zugegeben, daß es infolge von

Hintertürchen in den Bundesgesetzen oder wegen deren Fehlens unmöglich ist, "gesundheitsschädliche Abfälle gehörig zu verarbeiten oder unter Kontrolle zu halten". Selbst das Dioxin wird noch immer nicht dazu gezählt. Rechnet man dieses aber nach Pfunden und Kilogrammen, so wiegen diese Abfälle, die alljährlich in den USA erzeugt werden, dem Bericht zufolge insgesamt 255-275 Mio t, d. h. 1 t pro Landesbewohner.

Die Regierung hat erklärt, sie werde alle Häuser von Times Beach, das mit dioxinhaltigem Abfall verseucht worden ist, aufkaufen. Wenn aber jemand heute auf die Idee kommt, Chausseen mit diesem Gemisch zu begießen, kann er es getrost tun, das ist ja nicht verboten. Vor Times Beach wurde z. B. schon Love Canal im Staate New York verseucht.

Die beiden Städte symbolisieren nur diese Geschehnisse. Die Familie von Ben Essen, die aus Times Beach nach Gray Summit überführt wurde, entdeckte nach einiger Zeit auch dort Dioxin. In Holbrook (Massachusetts) sind die Trinkwasserreservoirs verseucht. Waste Management allein lud in Illinois, Ohio, Alabama, Pennsylvania und Kansas in gesetzwidriger Weise stärkste Gifte auf Müllabla-deplätzen ab. In Louisiana ist der 70 Meilen lange Streifen zwischen Baton Rouge und New Orleans als der Krebskorridor berüchtigt. Dort muß man Trinkwasser im Laden kaufen. Mrs. Piatt und ihre beiden Töchter leiden an derselben Krankheit wie Veteranen des Vietnamkriegs, die der Wirkung von Agent Orange ausgesetzt waren. Ihre Reitbahn, die sie vor 12 Jahren verkaufte, wurde erst im Januar d. J. für das Publikum gesperrt.

J. GUDKOW
Eigenbericht

New York

DIPLOMATEN BEIM MOSKAUER OB

In der UdSSR akkreditierte Botschafter ausländischer Staaten trafen am 14. April mit dem Vorsitzenden des Exekutivkomitees des Moskauer Stadtsowjets W. Promyslow zusammen. Die Begegnung war von der Protokollabteilung des UdSSR-Außenministeriums organisiert worden.

Wladimir Promyslow berichtete über das politische, industrielle, wissenschaftliche und kulturelle Leben in der Hauptstadt, über die Realisierung des Generalplans für die Entwicklung Moskaus, über die Erfahrungen der Stadt bei der Lösung von Problemen, die sie mit ihrer Millionenbevölkerung zu bewältigen hat. Sorge um die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Moskauer, Reinerhaltung des Luftraums und der Gewässer, Vervollkommenung des Verkehrsnets waren einige der angeschnittenen Themen. Der Vorsitzende des Exekutivkomitees betonte, daß die Rekonstruktion und Entwicklung der Hauptstadt mit der sorgfältigen Bewahrung ihrer reichen revolutionären, historischen und kulturellen Gedenkstätten einhergeht.

Im Namen der Diplomaten dankte der Botschafter Kenias in der UdSSR, Ernest Cheruiyot Langat, dem Bürgermeister für die interessanten Ausführungen.

M. JURJEW



In welchen Ländern bestehen die Militärstützpunkte Großbritanniens?

M. MALZEW
Togliatti, RSFSR

Nach dem Zerfall des britischen Kolonialreiches verlor London viele Militärstützpunkte in strategisch wichtigen Regionen der Welt: Militärbasen und Truppenstandorte in Malaysia und Singapur, in Aden und auf der Insel Bahrein, in den Vereinigten Arabischen Emiraten. Ende der 70er Jahre wurde der letzte britische Stützpunkt auf Malta aufgelöst.

Und trotzdem behält der britische Imperialismus einen Teil des ehemals weitverzweigten Netzes von Militärstützpunkten. Trotz der Proteste der örtlichen Bevölkerung bestehen sie auf Zypern, in Gibraltar, auf der Insel Masira (Sultanat Oman). Seit der Mitte der 70er Jahre existiert die britisch-amerikanische Militärbasis auf der Insel Diego Garcia. Ergebnis des 10wöchigen britisch-argentinischen Konflikts war die Verstärkung der britischen Militärpräsenz im Südatlantik auf den Falklands (Malwinen). Auf der Insel Südgeorgien werden Militärflugzeuge und Kriegsschiffe repariert.

In Kenia hat Großbritannien keine Militärbasen. Dort werden aber jährlich 4 bis 5 Bataillone der britischen Armee in der Führung von Antipartisanen-Operationen im Dschungel und Gebirge gedrillt. Der kenianische Seehafen Mombasa wird oft von britischen Kriegsschiffen besucht.

Das größte britische Truppenkontingent im Ausland, die sogenannte britische "Rheinarmee", ist in der BRD disloziert. Sie ist ein Bestandteil der Vereinigten NATO-Streitkräfte in Europa und wird als eine der wichtigsten Stoßtruppen dieses Blocks auf dem europäischen Kontinent betrachtet. Zu ihr gehören ca. 55 000 Soldaten und Offiziere des Heeres und 10 000 Angehörige der Luftstreitkräfte.

DISKUSSION MIT DEM LESEN

Warum behaupten Sie, daß die USA und die NATO das nukleare Gleichgewicht in Europa verletzen wollen? Will ja der Nordatlantikpakt gemäß dem Brüsseler Beschuß von 1979 nur seine Nuklearkräfte modernisieren. Überdies baut er die Zahl der Nuklearsprengköpfe in Westeuropa ab.

Hans MÜLLER
Münster, BRD



Es diskutiert

NZ-Kommentator
Dmitri
POGORSHESKI

Situation im Grunde unverändert. Gestehen ja selbst die NATO-Experten ein, daß nur veraltete Sprengkopftypen entfernt werden.

Unter einer "Modernisierung" aber verstehen die Väter des "Doppelbeschlusses" nichts anderes als die Stationierung qualitativ neuer US-Nuklearraketen systeme in Westeuropa. Sie verfügen über eine viel größere Reichweite, Treffsicherheit und Sprengkraft. So liegt die Reichweite der Pershing 2 bei 2500 km. Bei den neuen Pershing-Raketen wurde die Treffsicherheit verzehnfacht: Die Rakete hat nur eine Abweichung von 30 bis 40 Metern. Eine solche Zielgenauigkeit aber läuft auf eine vielfache Verstärkung der Sprengkraft hinaus. Nehmen wir die Cruise Missiles. Sie können Entferungen von über 2600 km in einer Höhe von ca. 60 Metern über dem Boden zurücklegen. Die Radarstationen können sie im Grunde nicht orten. Jede solche Rakete hat die 20fache Sprengkraft der Hiroshima-Bombe.

Angesichts der geographischen Lage der UdSSR kann man sehen, daß die neuen Raketen imstande sind, strategische Aufgaben zu lösen, da sie sowjetisches Territorium erreichen können. Die USA verschweigen hartnäckig diese durchaus wesentliche Tatsache, obgleich sie von westlichen Militärs eingestanden wird.

Warum brauchen die NATO-Strategen neue Waffen? Bekanntlich verfolgt die NATO die Doktrin des "flexiblen Reagierens". Ihr zufolge wird der Nordatlantikpakt Nuklearwaffen einsetzen, wenn die Warschauer Vertragsstaaten "auf das Territorium Westeuropas vordringen". Das wäre nur die erste Stufe eines Nuklearkrieges. Und dann? Präsident Reagan sagte es deutlich: Die USA könnten sich durchaus einen Schlagabtausch mit taktischen Nuklearwaffen vorstellen. Dieser Abtausch würde sich, wie er meint, auf dem Territorium Europas vollziehen, insbesondere auf dem Territorium Ihres Landes.

Die USA würden es nach der Stationierung neuer Raketen in Westeuropa dem "Wall Street Journal" zufolge vorziehen, taktische Nuklearwaffen einzusetzen, bevor sie entscheiden, ob strategische Waffen zum Einsatz kommen sollten. Anders gesagt, schert man sich einen Dreck um Westeuropa. Sollen doch die anderen, die Westeuropäer, die Kastanien

Ihrem Brief, geehrter Herr Müller, zufolge gehören Sie zu jenen, die die NATO-"Nachrüstung" unterstützen und diese als "reine Modernisierung" ansehen. Im sogenannten "Doppelbeschuß" der Brüsseler NATO-Ratstagung ist tatsächlich von einer Modernisierung und sogar Reduzierung der Zahl der taktischen Nuklearsprengköpfe die Rede. Doch was verbirgt sich dahinter?

Heute befinden sich NATO-Angaben zufolge unter Berücksichtigung des bereits erfolgten Abbaus an die 6000 taktischen Nuklearwaffen des Blocks in Westeuropa. Die NATO-Strategen verfolgen nach wie vor ständig deren Modernisierung. In den letzten Jahren werden auch die Trägermittel der Nuklearsprengköpfe vervollkommen. So sind heute die taktischen und operativ-taktischen Raketen Pershing 1A, Lance sowie die Flugzeuge F111, F4, A6 und A7 im NATO-Arsenal. Die NATO-Klassifizierung rechnet sie zu den taktischen Waffen, obwohl viele von ihnen nukleare Sprengköpfe über eine Entfernung bis zu 2000 km tragen können. Modernisiert wurde auch die Nuklearartillerie des Blocks. Alle Geschütze von Kaliber 155 und 203,2 mm können Nukleargeschosse verschießen. Auch die Reichweite wurde vergrößert.

Der NATO-Oberkommandierende in Europa, General Bernard Rogers, konstatierte kürzlich: Die NATO ist gegenüber der UdSSR bei den taktischen Nuklearwaffen mit einer Reichweite bis zu 150 km im Vorteil. Wohl kaum dürfte der General lügen. Wenn also die NATO an die 1000 taktische Sprengköpfe, vor allem Artillerieschüsse und Fliegerbomben, aus Europa zurücknehmen würde, wäre die

aus dem Feuer holen. Nur können die Brandwunder an ihren Händen den Exitus bedeuten.

All diese Überlegungen gründen sich auf eine völlig falsche Voraussetzung: Die Sowjets würden jeden Augenblick Westeuropa überfallen. Das sucht die NATO-Propaganda täglich und ständig den Einwohnern Westeuropas weiszumachen. Und das, obgleich die NATO-Strategen selbst an diese Möglichkeit nicht glauben. Unlängst wurden geheime Operativpläne der NATO bekannt, die 1969 für den Fall eines Atomkrieges in Nord- und Mitteleuropa erarbeitet wurden. Im Dokument Nortag/330/69 heißt es unumwunden, die Truppen des Warschauer Paktes würden kaum einen Krieg unter Einsatz von Nuklearwaffen beginnen. Deshalb sei es besser, wenn der Westen selbst den ersten entwaffnenden Schlag führe. Doch dafür sind die entsprechenden Mittel erforderlich. Taktische Waffen sind wegen ihrer begrenzten Reichweite nicht geeignet. "Eurostrategische" Waffen sind da die passendsten. Nicht von ungefähr gestehen westliche Militärs ein, daß es sich bei ihnen um Erstschiesswaffen handelt. Ich will keineswegs Sie und Ihre Landsleute einschüchtern. Doch die rauhe Realität des modernen Krieges ist derart, daß als Antwort auf den Erstschiess unverzüglich ein nicht weniger starker Gegenschlag folgen würde. Eben ein Gegenschlag, da die Sowjetunion bekanntlich auf den Erstschiess von Nuklearwaffen verzichtet hat.

Der Abzug der veralteten Artilleriegeschosse ist nichts als ein Trick, da sie durch, wie sich westliche Militärs ausdrücken, "Waffen mit erhöhter Strahlung", d. h. durch Neutronenwaffen, die gleichfalls rein offensiv sind, ersetzt werden sollen. Überdies will das Pentagon parallel zur Auswechslung der veralteten Nuklearsprengköpfe in Westeuropa eine neue Generation chemischer Waffen zum Einsatz nur in Europa stationieren. Können ja chemische Waffen 20mal mehr Zivilisten als Soldaten auf dem Schlachtfeld vernichten. Zudem verstärkt die NATO gemäß der "Rodgers-Doktrin" auch die konventionellen Waffenarten. Ihre Zerstörungskraft liegt kaum hinter der der taktischen Nuklearwaffen zurück.

Und schließlich soll, wie das Magazin "Stern" zu Recht konstatiert, die Auswechslung der alten NATO-Nuklearsprengköpfe "die Stationierung der Pershings 2 und der Flügelraketen in der Bundesrepublik versüßen. Diese Aktion, geplant als theatralische Geste im Bereich der Abrüstung, hat jedoch nur propagandistischen Effekt — die Atomsprengköpfe sind hoffnungslos veraltet".

PS

... Kurze Beine



Die "Washington Post" veröffentlichte man eine vom State Department inspirierte Mitteilung, Indien kaufe bei den USA einige Hundert 155-mm-Geschütze im Gesamtwert von 900 Mio Dollar. Die Zeitung "Hindu" dementierte das. Wozu aber hat man die notorische Lüge verbreitet? Auch dafür gab "Hindu" die Erklärung: Man tat es, um die amerikanische Aufrüstung Pakistans zu rechtfertigen — und nicht nur Pakistans, wie wir hinzufügen möchten, sondern auch Thailands und anderer den USA höriger Bündnispartner.

Was ein Bier kosten kann

Zolloberinspektor Heinz Schäpe in Köln trank in der Mittagspause in einem Lokal ein Glas Bier. Das wurde sofort von einem Kollegen den Vorgesetzten hinterbracht. Die "Sache Heinz Schäpe", der das Verbot, in der Arbeitszeit harte Getränke zu sich zu nehmen, übertreten hatte, beschäftigte 18 Monate lang einen Zollamtmann, zwei Zolloberinspektoren, einen Zoll-

rat, zwei Oberregierungsräte, zwei Regierungsdirektoren, einen leitenden Oberregierungsdirektor, einen Oberfinanzpräsidenten, einen Richter am Bundesdisziplinargericht und ein gutes Dutzend Schreibkräfte. Das Bundesdisziplinargericht verurteilte Schäpe zu 150 DM Geldstrafe. Was das Verfahren den Staat gekostet hat, ist nicht bekannt.

Galgenhumor

In der "Quickborner Umschau" (BRD) erschien folgende Anzeige: "Pachtland, 1800 qm, strategisch wertvoll! Bestens geeignet zur Nachrüstung, als Air-Base für Pershing 2. Nur in vertrauenswürdige Hände — Strauß, Zimmermann, Kohl o. ä. geg. Gebot ..."

In vino veritas



Die anglikanische Kirche im Londoner Stadtbezirk Walworth hatte ein defektes Dach, aber kein Geld für die Reparatur. Da richtete Pastor Paul Jobson bei der Kirche einen Ausschank ein, der, wie der "Stern" schreibt, nicht nur die Dachreparatur ermög-

lichte, sondern sich überhaupt als "gottgefälliges Werk" erwies. Der Pastor sagt, daß ihm die Gemeindemitglieder seitdem viel mehr als früher vertrauen. Nach dem Besuch des Ausschanks seien sie sehr beifreudig. Auch die Rassenfrage sei dann weniger akut, alle Besucher des Ausschanks hätten das Gefühl, liebende Brüder zu sein.

Vorsicht!

Schlangen!



Im New Yorker Flughafen trafen aus der Schweiz zwei große Kisten mit allerlei Schlangen ein, die für eine Tierhandlung bestimmt waren. Die "Neue Zürcher Zeitung" berichtet, daß die Kisten doppelte Böden hatten und daß furchtlose Zollbeamte darin eine große Partie Marihuana entdeckten.

Einmal zuviel

John Jones, Elektrotechniker im Krankenhaus von Greenwich (England), galt, wie der "Daily Telegraph" berichtet, als unerschrockener Mann. In etwas mehr als einem Jahr löscht er im Krankenhaus mehrere Brände und wurde dafür reichlich belohnt. Aber einmal hatte er Pech: Er wurde dabei erwispt, wie er selbst einen Brand legte.

Kostspielige Überlebenschance

Bei der Kriegspsychose, die von der US-Regierung aufgeheizt wird, läßt der Gedanke die Amerikaner nicht los, wie sie einen Kernkrieg überleben sollen. Schon besteht eine Gesellschaft der "Überlebensfähigen", der

"Survivalists", die laut "Frankfurter Rundschau" bereits einige Tausend Mitglieder hat. Sie halten Rogue River im Süden von Oregon für den sichersten Ort und siedeln eilends dortherin über. Viele kaufen sich kleine Farmen: Haus, Schuppen, Pferdestall, Wiese, Obst- und Gemüsegarten und eine Quelle. Natürlich muß ein Nahrungsmittelvorrat und für alle Fälle auch ein Gewehr da sein. So eine Farm ist nicht billig: 120 000–140 000 Dollar. Wer die nicht hat, kann sich nicht zu den "Überlebensfähigen" rechnen.

Nicht gemerkt, oder?

Ein kanadischer Markensammler machte laut "Frankfurter Rundschau" folgendes Experiment: Er schickte einen Brief, mit zwei längst ungültigen deutschen Briefmarken frankiert, an sich selbst ab. Er wollte feststellen, wie die Post darauf reagieren wird. Der Brief kam richtig an. Bleibt hinzuzufügen, daß auf den Marken ein Hitlerbild und die Aufschrift "Deutsches Reich" zu sehen waren.

Rekorde, Rekorde...



In Frankfurt/M(BRD) hat Clemens Muetter (42) einen Duschrekord aufgestellt. Er hat 360 Stunden hintereinander geduscht, um 19 Stunden mehr als 1981, was auch schon ein Rekord gewesen war. Es ist aber nicht sicher, ob der neue Rekord anerkannt wird, denn Muetter hatte sich vorher den Körper eingefettet und die Beine mit Maschinenoöl eingerieben.

Zeichnungen: V. Rosanzew